

Harald Pätzolt

**LINKE PARTEIEN IN
KOALITIONSREGIERUNGEN -
DIE DEUTSCHE ERFAHRUNG**

EIN BEITRAG ZUR EUROPÄISCHEN
VERGLEICHENDEN PARTEIENFORSCHUNG

15

Linke Parteien in Koalitionsregierungen –
die deutsche Erfahrung
Ein Beitrag zur europäischen vergleichenden
Parteienforschung

Harald Pätzolt

**LINKE PARTEIEN IN
KOALITIONSREGIERUNGEN -
DIE DEUTSCHE ERFAHRUNG**

EIN BEITRAG ZUR EUROPÄISCHEN
VERGLEICHENDEN PARTEIENFORSCHUNG

Rosa-Luxemburg-Stiftung

IMPRESSUM

MANUSKRIPTE – Neue Folge wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig

V. i. S. d. P.: Martin Beck

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-864X · Redaktionsschluss: Oktober 2015

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

INHALT

Erster Teil: Fragestellung, Methodik und Ergebnisse	7
Fallauswahl	8
Methodik	10
Kriterien für Erfolge und Misserfolge in der Regierung?	11
Zweiter Teil: Allgemeine Ergebnisse	15
Policy, office, votes	15
Organisation, Zustand der Partei	20
Dritter Teil: Länderberichte	25
Policy, office, votes	25
Exit-Strategien	41
Organisation, Zustand der Partei	44
Legitimität und Akzeptanz	71
Schlussfolgerungen im Vergleich zu Dunphy und Bale	75
Anhang	78
Literatur	78
Interviewleitfaden	79
Interviewte Personen	81

ERSTER TEIL: FRAGESTELLUNG, METHODIK UND ERGEBNISSE

Der Fall der Berliner Mauer, Symbol des Endes der Herrschaft kommunistischer Parteien in einem Teil Europas, hat die Parteiensysteme in Europa erheblich verändert. In den ehemals staatssozialistischen Ländern bildeten sich Parteien und Parteiensysteme neu, in Westeuropa erschien eine ganze Reihe neuer Parteien auf den nationalen politischen Bühnen.

Linke Parteien agierten in Europa in den letzten beiden Jahrzehnten mit unterschiedlichem, teils wechselndem Erfolg, doch behaupteten sie sich in den allermeisten Ländern. Sie haben sich, wie andere Parteien auch, auf europäischer Ebene in einem Verbund zusammengetan. Allerdings ist die alte Einteilung in Kommunisten, Sozialdemokraten und Grüne nicht mehr geeignet, das linke Parteienspektrum abzubilden. Wenn die Parteienforschung heute über Parteien links von der Sozialdemokratie spricht, dann sind damit zwar auch kommunistische Parteien wie die KPF in Frankreich, die KP Tschechiens, Portugals und Griechenlands gemeint, sehr viel mehr aber Parteien, die keine kommunistischen sind.

Seit Beginn der 1990er Jahre haben sich Parteien links von der Sozialdemokratie in Europa an Koalitionsregierungen beteiligt, nachdem sie vier Jahrzehnte lang in Westeuropa von der Regierung nahezu ausgeschlossen gewesen waren.¹ Das waren in aller Regel kommunistische Parteien gewesen, deren systemkritische Perspektive sie unter den Bedingungen der Blockkonfrontation zu ewiger Opposition und zu einem Dasein als Nischenakteur verdammt hatte.

Mit der wachsenden Zahl von linken Regierungsbeteiligungen und einer noch größeren Zahl linker Parteien als potenziellen Koalitionspartnern gab es für die Poli-

1 Eine Ausnahme war die KPF, die von 1981 bis 1984 an der Regierung Mitterrand beteiligt war.

tikwissenschaft keinen Grund mehr, linke Parteien weiterhin als Nischenakteure zu behandeln, die weniger geeignet und auch nicht bereit seien für Regierungsbeteiligungen.²

Vor einigen Jahren haben Tim Bale, Richard Dunphy, Dan Hough und andere an der Universität von Sussex im Rahmen eines Forschungsprojektes die seit 1989 gemachten Erfahrungen linker Parteien in Regierungskoalitionen analysiert. Daran knüpft die vorliegende Studie ergänzend an drei Punkten an, denn erstens hatten sich Bale und Kollegen Parteien zugewandt, die sich an nationalen Koalitionsregierungen beteiligten oder diese stützten. Damit waren PDS und DIE LINKE nur insofern in ihren Fokus geraten, als auch diese Parteien im Untersuchungszeitraum die Option der Beteiligung an einer Bundesregierung diskutierten. Zweitens konzentrierten sich Bale et al. auf die nationale Ebene. Beteiligungen linker Parteien an Regierungen unterhalb der nationalen Ebene waren nicht Gegenstand ihres vergleichenden Forschungsansatzes.³ Drittens thematisierten sie in ihrem Projekt linke Parteien, die zu Recht als *small leftwing parties* bezeichnet werden. Auch hier ist die deutsche Erfahrung mit linker Regierungsbeteiligung eine andere, da auf subnationaler Ebene mit der PDS beziehungsweise der Partei DIE LINKE eine Volkspartei als zweit- oder drittstärkste Partei in eine Landesregierung eintrat.

Fallauswahl

Die Wissenschaftler an der Universität Sussex hatten es mit kleinen, im Parteienspektrum links außen positionierten Parteien zu tun. In der internationalen wissenschaftlichen Literatur ist es nicht unüblich, diese Parteien als *radical left parties* zu bezeichnen. Abgesehen davon, dass uns im deutschsprachigen Raum die Verwendung der Begriffs linksradikal als unangemessen erscheint, weil er politisch-kulturell und auch politikwissenschaftlich anders konnotiert ist,⁴ blieb für uns zu klären, ob es dann überhaupt gerechtfertigt war, die PDS und DIE LINKE in den Untersuchungsansatz aufzunehmen.

Bale und Kollegen beschreiben ihr Vorgehen bei der Fallauswahl folgendermaßen: Die Parteien, die sie als *radical left* oder *antikapitalistische Linke* bezeichnen, sind mit dem alten Gegensatzschema von reformistischen und revolutionären Parteien nicht mehr zu begreifen. Die Parteien der Linken hatten sich, 20 Jahre nach Ende der

2 Diese kurze Argumentation folgt Dunphy, Richard/Bale, Tim: The radical left in coalition government. Towards a comparative measurement of success and failure, in: Party Politics 17 (2011) 4, S. 488–504, hier S. 489 ff.; vgl. auch Bale, Tim/Dunphy, Richard: In from the cold? Left parties and government involvement since 1989, in: Comparative European Politics 9(2011)3, S. 269–291.

3 Michael Koß und Dan Hough untersuchten die Strategien von vier ostdeutschen Landesverbänden der PDS auf ihrem Weg zur Koalitionsfähigkeit auf subnationaler Ebene; vgl. Koß, Michael/Hough, Dan: Between a rock and many hard places. The PDS and government participation in the eastern German Länder, in: German Politics 15(2006)1, S. 73–98. Dabei interviewten sie einige der Personen, die auch für diese Studie befragt wurden. Auf einige Ergebnisse der älteren Studie wird im weiteren Bezug genommen.

4 Vgl. Anders Baier, Walter: Linker Aufbruch in Europa?, Wien 2015.

Systemkonfrontation, abgesehen von wenigen Ausnahmen, in die Mehrparteiendemokratie hineinbegeben und deren Grundwerte akzeptiert. Dass auch *radikale* Realpolitik Kompromisse und den Wechsel von Opposition und Regierung notwendig einschließt, wird von diesen Parteien längst akzeptiert.

Radikal und also links von der Sozialdemokratie sind diese Parteien insofern, als sie erstens die chronische Ungleichheit und soziale Ungerechtigkeit als Hauptquelle der Gefährdung der repräsentativen Demokratie ansehen, zweitens den Kapitalismus nicht für das letzte Wort der Geschichte halten und drittens der Idee einer Transformation hin zu einer sozialistischen Gesellschaft folgen, einer universalistischen, internationalistischen Idee.

Betrachtet man die Parteiprogramme der PDS und der LINKEN, so treffen die drei genannten Kriterien zweifellos zu. Die Fallauswahl erschien uns damit theoretisch gerechtfertigt, terminologische Probleme der Attribuierung sollten dagegen nachrangig sein.

Trotzdem blieb zu fragen, ob die Erfahrungen der anderen linken Parteien in Europa mit denen der deutschen Parteilinken (PDS, DIE LINKE) wirklich vergleichbar sind. Wie gravierend wirkte sich in der Erfahrung der Akteure die zweifache Einschränkung von Regierungshandeln auf subnationaler Ebene aus? Zum einen agierte die Partei ja als Landesverband einer Bundespartei und hatte eine weitere Organisations- und Führungsebene über sich; sie war also mindestens mit bestimmten statuarischen, programmatischen und finanziellen Einschränkungen ihres Handlungsspielraumes konfrontiert. Zum anderen hat die Landesregierung selbst im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland von vornherein politisch, rechtlich und vor allem fiskalisch deutlich eingeschränktere Möglichkeiten politischer Gestaltung als die Bundesregierung.

Es lässt sich bereits an dieser Stelle sagen, dass diese Eigenheiten linker Politik auf subnationaler Ebene nicht nur von theoretischem Interesse für einen vergleichenden Ansatz sind. Sie lassen sich, das wird diese Studie zeigen, auch in den Erfahrungen der Akteure als zwei ernsthafte praktische Probleme linker Regierungsbeteiligung darstellen. Es gibt eine schmerzhaft erfahrene Lücke zwischen den Gestaltungserwartungen einer linken Partei mit Blick auf die Gesamtgesellschaft in Deutschland und den Gestaltungsmöglichkeiten auf der Ebene eines Bundeslandes. Der daraus erwachsene Konflikt innerhalb der Partei wurde sowohl jeweils auf Landes- und auf Bundesebene ausgetragen als auch als Konflikt *zwischen* führenden Funktionären der Bundes- und Landesparteien.

Eine Besonderheit war schließlich auch, dass alle drei untersuchten Landesparteien *eine* gemeinsame Vergangenheit und *eine* vergleichbare Geschichte aufweisen. Denn sie sind sowohl *Untergliederungen einer Partei* als auch allesamt *ostdeutsche* Parteien. Bestimmte Faktoren, die Bale et al. als relevant für die befragten Akteure bezeichneten (Ideologie und Idealismus, Druck durch die Sozialdemokratie, institutionelle Faktoren wie Parteigröße usw.) wirkten sich – wie noch zu zeigen sein wird – daher nicht

so stark differenzierend für das taktische und strategische Verhalten der jeweiligen Parteien aus. Gleichwohl ließen sich deutliche Pfadabhängigkeiten für die jeweiligen Parteien nachweisen.

Methodik

Es ist uns wichtig zu betonen, dass auch wir bei der deutschen Studie keineswegs den Anspruch haben, die Verläufe der Regierungsbeteiligungen der PDS und der LINKEN umfassend nachzuzeichnen oder deren Erfolge und Versagen aufzulisten und zu bewerten. Wir schließen bewusst nur an jenen Teil des Sussex-Projektes an, der sich mit der Frage befasst, wie die Parteien selbst das Maß ihrer Erfolge und Niederlagen evaluieren.⁵

«Erlebnisse hat man, Erfahrungen macht man», hat der Schriftsteller Manès Sperber einmal gesagt. Wir teilen die Auffassung der Kollegen um Tim Bale, dass diese Erfahrungen, individuelle und kollektive Verarbeitungen erlebter eigener Politik, durchaus relevant sind für Entscheidungen für oder gegen künftige Regierungsbeteiligungen und auch für das Verhalten innerhalb erneut gebildeter Koalitionen.

Methodisch arbeiten auch wir mit strukturierten Face-to-Face-Interviews mit einem standardisierten Leitfaden, der etwa 20 Fragen umfasst. Dieser Leitfaden orientiert sich stark an dem der Sussex-Studie, was für eine Vergleichbarkeit der Studien unabdingbar ist.

Wir haben drei Bundesländer (Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Brandenburg) ausgewählt, in denen die PDS und/oder DIE LINKE an Koalitionsregierungen beteiligt waren beziehungsweise DIE LINKE heute noch ist. Wichtig war dabei, dass zumindest eine Regierungsperiode hinter den Parteien liegt. Aus diesem Grund haben wir darauf verzichtet, das erst begonnene Regierungsprojekt in Thüringen zu berücksichtigen. In Mecklenburg-Vorpommern entstand die erste rot-rote Landesregierung 1998, sie wurde 2002 fortgesetzt und endete mit der Landtagswahl 2006. Wir haben uns entschieden, diesen Fall aufzunehmen, obwohl er etwas länger zurückliegt (die Verfasser der Sussex-Studie haben noch länger zurückliegende Fälle akzeptiert), ihn mit Kollegen der Parteilorschung diskutiert und in wenigen Fällen potenzielle Interviewpartner getestet. Es ist einer der für uns wichtigen Befunde, wie intensiv,

5 Damit ist der Fokus dieser Studie deutlich enger als der der wenigen früheren Arbeiten zum Thema linker Regierungsbeteiligung in deutschen Bundesländern. Berg und Koch verfolgten in transformationstheoretischer Perspektive mit ihrer Explorationsstudie das Ziel, landespolitische Spielräume transformatorischer linker Politik und deren Ausnutzung durch die PDS als Regierungspartei in Mecklenburg-Vorpommern zu erkunden; vgl. Berg, Frank/Koch, Thomas: Politikwechsel in Mecklenburg-Vorpommern?, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 2, Berlin 2000. Felfe et al. bemühten sich, mehr ideologie- als theoriegeleitet, aufzuzeigen, dass derartige Möglichkeiten gar nicht vorhanden waren; vgl. Felfe, Edeltraut/Kischel, Erwin/Kroh, Peter: Warum? Für wen? Wohin? 7 Jahre PDS Mecklenburg-Vorpommern in der Regierung, Schkeuditz 2005. Reißigs Untersuchung ist eine komplexe »politikwissenschaftliche Handlungs-, Akteurs- und Erfahrungsanalyse« (Reißig, Rolf: Mitregieren in Berlin, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 22, Berlin 2005, S. 8) der Berliner PDS in den Jahren zwischen 2001 und 2005. Wo sich auf der Ebene der Erfahrungsanalyse Bezugsmöglichkeiten zu diesen Studien ergeben, werden sie kenntlich gemacht.

ja geradezu politisch existenziell diese Erfahrungen der Regierungszeit und der Zeit danach noch heute für die Beteiligten sind. Berlin hatte eine rot-rote Regierung von 2002 bis 2011. In Brandenburg regiert die LINKE mit der SPD seit 2009 die Koalition befindet sich dort in der zweiten Legislaturperiode.

Als InterviewpartnerInnen haben wir jeweils acht Personen ausgewählt, führende ParlamentarierInnen, ParteifunktionärInnen und Regierungsmitglieder. Die Interviews wurden aus Gründen limitierter Ressourcen auf eine Stunde begrenzt; sie wurden wie üblich transkribiert und anonymisiert.⁶

Kriterien für Erfolge und Misserfolge in der Regierung

Bale, Dunphy et al. arbeiteten in ihrer Studie mit verschiedenen Sets von Kriterien. Ein theoretisch begründetes Set umfasste die bekannte Trias der Ziele aller Parteien: (1) Parteien wollen ihre programmatischen Vorstellungen realisieren (*policy seeking*), (2) Parteien wollen den Zugriff auf die dafür nötigen Ressourcen, darum streben sie in möglichst viele Regierungsämter (*office seeking*) und (3) müssen bei Wahlen ihre Stimmen maximieren (*vote seeking*).⁷

Es ist evident, dass diese Trias auch für linke Parteien stets eine Optimierungsaufgabe enthält, die es nur zu lösen gelingt, wenn damit im Zusammenhang stehende Herausforderungen erkannt und gemeistert werden. Koalitionen, das gilt auch für solche mit linker Beteiligung, müssen ausreichend große Schnittmengen an politischen Vorhaben für die Legislaturperiode haben. Diese Schnittmengen werden zu *winsets*, wenn die Themen und Projekte in den Augen der Wählerschaft von entscheidender Bedeutung sind. Zudem muss der Realisierung dieser Vorhaben, also *policy*, Vorrang vor den beiden andern Zielen, besonders der Stimmenmaximierung (*vote*), eingeräumt werden.

Die Probleme im Umgang mit diesen Herausforderungen sind für Koalitionen, die durch Parteien aus *einem* politischen Lager gebildet werden, andere als bei Koalitionen von Parteien verschiedener Lager. Merkel und Weißels nehmen an, dass es wegen der großen Nähe der jeweiligen Wählerschaften und gemeinsamer politischer Präferenzen bei Koalitionen von Parteien aus einem Lager keinen auseinandertreibenden Wettbewerbsdruck gebe. Speziell die Frage des Wettbewerbs um Wählerstimmen von Parteien in der Regierung hat sich – das zeigt unsere Studie – jedoch als ein zentrales Problem für PDS und DIE LINKE erwiesen. Würde man für Erfolge, für erreichte soziale Verbesserungen etwa, auch bei der nächsten Wahl belohnt werden? Oder sollte man darauf gar nicht erst hoffen? Wäre das überhaupt ein Erfolgskriterium für linkes Regieren? Wie stark sollte man Opposition in der Regierung sein, wie weit kann der

6 Für jede interviewte Person gibt es ein Kürzel (wobei MV, BE und BRB für das jeweilige Bundesland stehen). So werden Querbezüge möglich, und es wird deutlich, wie breit das Spektrum der Wahrnehmungen zum jeweiligen Sachverhalt ist.

7 Vgl. Merkel, Wolfgang/Weißels, Bernhard: In der Zwickmühle, in: WZB-Mitteilungen 117 (2007), S. 20–23.

öffentliche Konflikt mit dem größeren Partner gehen? Ist es bloße Cleverness der SPD, wenn sie Erfolge der PDS/LINKEN in der Regierungszeit als ihre Erfolge verkauft?

Zum «harten Kern» der Erfolgskriterien zählt, ob man die eigenen Ideen, Vorhaben, politischen Projekte durchsetzen konnte. Was gelangte aus dem Wahlprogramm in den Koalitionsvertrag? Und wie viel vom Eigenen konnte man tatsächlich in die Landespolitik implementieren? Waren es Minimalforderungen, wie das auf nationaler Ebene und von kleinen Parteien nicht anders zu erwarten ist, oder war auf subnationaler Ebene und für eine linke Volkspartei mehr zu holen? Hätte es in diesem Fall überhaupt noch gewisser «roter Linien» bedurft, die einen unbedingt zu erlangenden Mindestertrag markierten? Und wenn ja, gab es entsprechende Exit-Strategien?

Als kleiner Partner in einer Koalition kann man sich die wenigen Kabinettsposten nicht frei aussuchen. Umso wichtiger sollte, das berichten Bale und Dunphy für die kleinen *radical left parties*, die Frage werden, ob man solche Ressorts bekam, die für die Implementierung der eigenen politischen Projekte nützlich waren.⁸ Wie stellte sich das im Rückblick für linke Parteien dar, die den Zugriff auf drei, vier Ministerien geltend machen konnten?

Über die *Trias policy, office, votes* hinaus gibt es weitere relevante Fragestellungen, wenn es um Einflüsse auf Entscheidungen linker Parteien in der Regierung geht. So haben sich ideologische und programmatische Grundüberzeugungen der Linken als ebenso einflussreich wie ihre jüngste historische Entwicklung erwiesen. Zeigte sich im deutschen Fall auch eine gewisse Pfadabhängigkeit für die jeweiligen Bundesländer oder ist die Geschichte von der SED in der DDR über die Wendezeit 1989/90 ins vereinigte Deutschland für alle drei Landesparteien identisch? Hat das Mitregieren die PDS/DIE LINKE nach Jahren der Stigmatisierung und Diskriminierung seitens der anderen Parteien endgültig als normale demokratische Partei legitimiert? War eine relevante Steigerung der Legitimität und Akzeptanz überhaupt eine in den Parteien von vielen geteilte Hoffnung, ein politisches Ziel?

Linke Parteien verstehen sich gemeinhin als Vehikel des sozialen und politischen Wandels. Dieses Transformationsverständnis unterscheidet sie schließlich von sozialdemokratischen Parteien, die darum als rechts von ihnen stehend angesehen werden. Wie beeinflusste ein solches das gegebene gesellschaftliche System transzendierende Selbstverständnis die Bewertung des Übergangs von der Opposition in die Regierung? Konnte man die Erwartungen der Mitglieder und der Wählerschaft hinsichtlich des Ausmaßes, der Breite und Tiefe sozialer und politischer Veränderungen erfüllen? Wie sahen die Erwartungen des handelnden Parteipersonals selbst aus, wie veränderten sie sich?

Die Studie geht vor diesem Hintergrund auch der Frage nach, ob und in welche Richtung sich durch die Erfahrung des Regierens die kollektiven Identitäten der Par-

8 Bale/Dunphy: *In from the cold?*, S. 279 f.

teien verändert haben. Gab es die Furcht vor einer zu starken Anpassung an den größeren Partner, die SPD? Und wie werden die Ergebnisse der Regierungsbeteiligungen für die Glaubwürdigkeit der Partei nach innen und außen beurteilt? Ein dafür ganz wichtiges Moment ist bekanntlich die Einheit und Geschlossenheit von Parteien. Parteinterne politische Entscheidungsprozesse über Programme, Strategien, Ziele usw. (*social choice*) werden davon ebenso bestimmt wie die Mobilisierungsfähigkeit, die Fähigkeit zu kollektivem politischem Handeln (*political action*). Hat Regierungshandeln diese Kompetenzen der Parteien eher gestärkt oder geschwächt?

Radical left parties in der Opposition haben gewöhnlich ein enges Verhältnis zu Protestbewegungen und beziehen das gesamte Repertoire von außerparlamentarischen Protest- und Widerstandspraxen in ihr Alltagshandeln ein. Verändert sich das Verhältnis zum Protest im Übergang von Opposition in Regierung? Wird man gar selbst Adressat von Protesten, erlebt sich als «auf der anderen Seite» stehend?

Wie entwickeln sich die Beziehungen zu anderen sozialen Akteuren, zu sozialen Bewegungen, Bürgerinitiativen, Vereinen und Verbänden, besonders zu den Gewerkschaften?

Damit eng verbunden sind Fragen danach, ob es beim Regierungshandeln eine Orientierung auf die Interessen bestimmter sozialer Gruppen und Milieus gab, die als Anhängerschaft, als Stammwählerschaft oder aus anderen Gründen, programmatischen etwa, der Partei wichtig sind, deren Unterstützung für unverzichtbar gilt. Gab es Überlegungen zu einer wohlverstandenen linken Klientelpolitik? In welchem Spannungsverhältnis zu der verfassungsmäßigen Gemeinwohlorientierung der Regierungen wurde die Interessenvertretung der Anhängerschaft durch die eigenen VertreterInnen in der Exekutive gesehen?

Auch auf der Ebene des politischen Personals der Parteien wird über Erfolg und Misserfolg linker Regierungsbeteiligung entschieden. Personalentwicklung kann, so das Ergebnis der Studien zu linker Regierungsbeteiligung auf nationaler Ebene in Europa, stark beeinträchtigt werden, wenn fast das gesamte Personal in Regierungsapparate und -ämter wechseln muss.⁹ Andererseits kann eine Regierungsbeteiligung auch einen gewissen Zustrom an neuen, jüngeren Menschen auslösen, die Attraktivität der Mitarbeit in Parteien steigern und Jobperspektiven eröffnen. Welche Rolle spielten derartige Erwägungen der Personalpolitik beim Übergang linker Landesparteien in Deutschland von der Opposition in die Regierung – und umgekehrt?

Im Unterschied zu den kleinen Parteien in anderen europäischen Ländern, die Bale und seine Kollegen untersuchten, waren die ostdeutschen Landesverbände der PDS und der LINKEN mitgliederstark und mit einer robusten Infrastruktur ausgestattet. Wenn sich die Aufmerksamkeit des politischen Führungspersonals der Parteien mehr auf Legislative und Exekutive richteten, sollten eigentlich noch genug Ressourcen

9 Dunphy/Bale: The radical left, S. 492.

für das normale Parteileben, die übliche Organisationsarbeit, die Führung der Partei und innerparteiliche Kommunikation übrig bleiben. Aber war das wirklich so? Oder entstand eine gewisse Führungslosigkeit der Partei, wenigstens temporär? Welche Wahrnehmungen haben die Akteure der Linken von der Mobilisierungsfähigkeit der Partei in der Regierung – erschläft diese oder bekommt sie umgekehrt einen Schub?

Eine interessante Fragestellung des Forschungsansatzes von Dunphy und Bale war, wie sich linke Parteien in der Regierung mit der neuen massenmedialen Aufmerksamkeit auseinandersetzen. In ihrer Studie berichteten sie, dass sich mit Eintritt in die Regierung und entsprechender Berichterstattung über das Personal in der Exekutive allmählich das von diesen Medien gemachte Bild linker Politiker als Personen in der Öffentlichkeit, vor allem aber auch in den Parteien selbst durchsetzt. Das politische Personal kommuniziert primär über die Massenmedien mit der eigenen Anhänger-schaft. Es stellt sich eine Distanz her, die sich auch in einer wachsenden Intoleranz gegenüber parteiinterner Kritik zeigt, die durch Medienberichte ausgelöst wird. Wie stellte sich das für linke Parteien wie die PDS/DIE LINKE in Deutschland dar, für Parteien also, die bereits in der Opposition ob ihrer Größe und ihres Einflusses eine gewisse Medienaufmerksamkeit für sich hatten?

Gemeinhin gilt das Verhältnis linker Parteien zu den «bürgerlichen» Massenmedien als schwierig. Welche Verabredungen wurden erwogen, um den Gefahren der Verführung wie der Vorführung in der Mediengesellschaft zu entgehen? Wie wurden die neu gewonnenen Chancen auf umfängliche Darstellung der eigenen Positionen genutzt, gab es einen Sinn für entsprechend zu erwerbende Medienkompetenzen?

Diese Sets von Kriterien für Erfolg und Misserfolg in der Regierung sollen nun detailliert betrachtet werden. Zu beachten ist, dass linke Regierungsbeteiligungen in Deutschland erst seit 16 Jahren beobachtbar sind. Bestenfalls liegen in den einzelnen Bundesländern Erfahrungen über zwei Legislaturperioden vor. Allerdings gab es von Anfang an einen regen Austausch zwischen den regierenden und nicht regierenden Landesparteien untereinander zu den gemachten Erfahrungen. Das wurde in den Interviews deutlich, die Bezüge zu den Praxen der Genossinnen und Genossen in anderen Bundesländern wurden immer wieder hergestellt.

Nicht alle Fragen werden schon im zweiten Teil (Allgemeine Ergebnisse) beantwortet. Zu einem Teil der Fragen wird im dritten Teil (Länderberichte) das Spektrum, die Vielfalt der Erfahrungen der interviewten Personen dokumentiert. Es wird davon ausgegangen, dass dieses Set von Argumenten den Diskursraum der Parteien auf Länderebene bestimmt.

ZWEITER TEIL: ALLGEMEINE ERGEBNISSE

Policy, office, votes

Dominante Policy-Orientierung. Beim mit dem Regieren befassten Personal lässt sich in den Interviews eine dominante Policy-Orientierung erkennen. Diese entwickelte sich schrittweise, von der Konzeption des Wahlprogramms über die Koalitionsverhandlungen und den Koalitionsvertrag bis hin zum praktischen Regierungshandeln. Mit jedem Schritt wechselte man gewissermaßen auch den Bezugsrahmen dafür, was mach- und erreichbar war. Insofern veränderten sich auch die Vorstellungen davon, was man umsetzen wollte und konnte. Politischer Erfolg und das, was man erreicht, gemacht hatte, wurden am Ende identisch. In diesem Sinne erklärten alle TeilnehmerInnen der Studie *post festum*, sie seien politisch erfolgreich gewesen.

An dieser Entwicklung hatten nicht alle Mitglieder und Funktionäre gleichermaßen Anteil. So entstanden Spannungen dadurch, dass die einen Erfolg am Wahlprogramm, die anderen am Koalitionsvertrag und wiederum andere an den Gelegenheitsstrukturen festmachten.

Suspendierung des Parteienwettbewerbs und Aussetzung der Oppositionshaltung durch die Exekutive. Mit der dominant werdenden Policy-Orientierung scheint das Erfolgskriterium *votes*, also der bei der nächsten Wahl zu erwartenden und erreichten Stimmen, im Bewusstsein suspendiert worden zu sein.¹ Wir können nicht sagen, ob

1 Dieser generelle Befund scheint dem Urteil von Koß und Hough aus dem Jahr 2006 zu widersprechen. Damals hatten sie die PDS Mecklenburg-Vorpommerns als klassische *policy-seeker*, die PDS Berlins als echte *office-seeker* identifiziert, während sie in der PDS Brandenburgs die typischen *vote-seeker* sahen. Der Befund für Brandenburg mag für die Partei als Ganzes zutreffend gewesen sein, für deren späteres Regierungspersonal wohl eher nicht. Für Berlin dürfte 2006 eine Rolle gespielt haben, dass die politischen Ziele aufgrund externer Faktoren (Haushaltsnotlage, gespaltene Stadt, Bundeshauptstadt) nicht traditionell landespolitischer Natur waren und deren Verfolgung schwer als *policy-seeking* verstanden werden konnte. Die Aussagen der hier vorliegenden Studie beziehen sich aber nur auf die Erfahrungen der interviewten Personen, nicht auf die Parteien und deren tatsächliches Handeln.

und in welchem Umfang der Gedanke an die kommenden Wahlen bei einzelnen Interviewten während ihrer Regierungszeit eine Rolle gespielt hat. Einige Akteure haben vielleicht schon vorab gewusst, dass es keinen kausalen Zusammenhang zwischen dem Erfolg bei der Umsetzung eigener Projekte in der Regierung und dem Erfolg bei Wahlen gibt. Bedenken wir allerdings die tiefe Frustration über die teils dramatischen Stimmenverluste, die sich in nicht wenigen der Interviews zeigte, so scheint es wenigstens keine einigermaßen gelungene Verständigung in dieser Frage vor und während der Regierungszeit gegeben zu haben. Dankbarkeit, wenigstens jedoch eine gewisse Anerkennung für die Erfolge hatte man wohl doch erwartet. Diese Erwartung wurde in allen drei Ländern tief enttäuscht. Das ist sicher ein Unterschied zu den Erfahrungen anderer, kleinerer radikal linker Parteien, deren Verluste zeitweise nur marginal waren.²

Wahlergebnisse der PDS, Linkspartei.PDS, DIE LINKE

	Wahlergebnis vor Regierungseintritt	Wahlergebnis nach der 1. Regierungsperiode	Wahlergebnis nach der 2. Regierungsperiode
Mecklenburg-Vorpommern	24,4 % (1998)	16,4 % (2002)	16,8 % (2006)
Berlin	22,6 % (2001)	13,4 % (2006)	11,7 % (2011)
Brandenburg	27,2 % (2009)	18,6 % (2014)	

Mit der Zurückstellung des künftigen Wahlerfolgs als Erfolgskriterium aktuellen Regierungshandelns wurde, so scheint es in den Interviews durch, auch der Parteienwettbewerb mit dem Koalitionspartner, der SPD, ausgesetzt. Man habe sich schließlich auf Jahre des gemeinsamen Regierens verabredet. Allerdings dürfte diese Verabredung und eine entsprechende Aussetzung der Parteienkonkurrenz zwar für das linke Regierungspersonal gegolten haben, schon für die Landtagsfraktionen und Landesvorstände und noch mehr für die Parteigliederungen dürfte es so nicht gewesen sein. Es scheint mindestens eine Ungleichzeitigkeit bei der Aussetzung der Oppositionshaltung gegenüber der ewigen Regierungspartei SPD, bei dem Identitätswandel gegeben zu haben: Die Regierungsmitglieder schalteten in einem Tempo von kompetitivem oder konfrontativem Verhalten auf Kooperation um, das die Landtagsfraktionen und die Landesparteien nicht mitgingen. Diese haben sich, so die Wahrnehmungen der Befragten, kaum als Regierungsfaktionen und als Regierungsparteien verstanden. Vielfach wurde diese Entwicklung auch in Funktionärskreisen und bei den Mitgliedern nicht mitvollzogen.³

2 Dunphy/Bale: The radical left, S. 495.

3 Ähnlich schon Reißig: Mitregieren in Berlin, S. 65.

So ist die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen koalitionsinterner Konflikte seitens der LINKEN nicht aus der Perspektive des Parteienwettbewerbs um Stimmen, sondern nach anderen Kriterien diskutiert worden, worauf weiter unten, bei der Frage nach den «roten Linien» und Exit-Strategien eingegangen wird.

Erfolge nicht optimal verkauft. Für die Interviewten stand außer Frage, dass es der LINKEN nicht gut gelungen ist, ihre Erfolge öffentlich als solche darzustellen. Der SPD wurde darin eine größere Cleverness attestiert. Dass die Bevölkerung zwangsläufig dem größeren Partner in der Koalition, der Sozialdemokratie, alles Lobenswerte in der Regierungszeit zuschreibt, dem Kleineren die Misserfolge, wurde durchgehend verneint. Bemerkenswert ist, dass die Wahlniederlagen nicht vordergründig der schlechten Vermarktung der eigenen Leistungen zugerechnet wurden. Man war sich darüber bewusst, dass es sehr viel mehr Vermittlungen zwischen dem eigenen Tun und der Wahlentscheidung der eigenen Anhängerschaft gibt.⁴ Es wurde von den Befragten eine Vielzahl von Faktoren für die Wahlniederlagen genannt, eine das Kapitel der letzten Regierungsbeteiligungen abschließende Verständigung darüber scheint indes nicht gelungen zu sein, oft scheint in den Interviews eine gewisse Ratlosigkeit bis heute durch.

Implementierung eigener Themen gelungen. In den Interviews kam immer wieder zum Ausdruck, dass man die wichtigsten Punkte der Wahlprogramme in den Koalitionsverträgen habe unterbringen können. Häufig wurde in diesem Zusammenhang auf die große Zustimmung der Landesparteitage zu den Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen verwiesen. Beide Punkte, die Bindung der Koalitionspartner *und* die Bindung der eigenen Parteien an den Vertrag, scheinen den Befragten wichtig gewesen zu sein.

Auch der Prozess der Implementierung der eigenen Projekte in die Landespolitik, im Politikprozess selbst, wurde durchweg als gelungen beschrieben. Praxistauglichkeit, günstige bundespolitische Rahmenbedingungen, ermöglichende Umstände im Land, wozu auch entsprechende Unterstützung relevanter gesellschaftlicher Kräfte sowie ein gutes Klima in der Koalition gehören, sowie die eigene Handlungsfähigkeit als Partei in dieser Sache wurden als Voraussetzungen dafür benannt.

Policy erfolgreich. Die Studien über kleinere radikal linke Parteien hatten ergeben, dass deren Erfolge nur bescheiden waren. Weniger Kürzungen im sozialen Bereich, kleine Steigerungen bestimmter Leistungen – Maßnahmen, die nicht zu verachten sind in ihren Auswirkungen für schlechter gestellte Menschen, aber kaum geeignet, um im Wahlkampf als glänzende Beispiele für die Kraft radikal linker Parteien angeführt zu werden, Träume Realität werden zu lassen.⁵

4 Wenn March und Rommelskirchen mit ihrem Befund Recht haben, dass vor allem Faktoren auf der (politischen) Nachfrageseite für den Wahlerfolg von radikal linken Parteien verantwortlich sind und weniger Faktoren der Angebotsseite, so mag das die Schwierigkeiten etwas erhellen; vgl. March, Luke/Rommelskirchen, Charlotte: Out of left field? Explaining the variable electoral success of European radical left parties, in: Party Politics 21(2015), S. 40–53.

5 Vgl. Dunphy/Bale: The radical left, S. 493.

Das stellt sich in der Erfahrung unserer Befragten etwas anders dar. Von nur minimalen politischen Eingriffen war in unseren Interviews nirgends die Rede. Es ging in allen drei Ländern schon um Reformen, um die Gestaltung wichtiger gesellschaftlicher Bereiche wie Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Bildung und Kultur, Verwaltung und öffentlicher Dienst, Umwelt und Verbraucherschutz oder Justiz. Die Sanierung eines vollkommen maroden Haushalts, das zentrale Problem Berlins in der ersten Regierungsperiode, kann schwerlich als kleines Problem bezeichnet werden. In dieser Hinsicht dürften sich Regierungsbeteiligungen kleiner linker Parteien auf nationaler Ebene von denen großer linker Parteien auf subnationaler Ebene deutlich unterscheiden.

Eine vielleicht wichtige Differenz in den Wahrnehmungen der Befragten dürfte eine geradezu habituelle sein. Einige der Gesprächspartner schienen eher *zustandsorientiert*, wollten also ein erreichtes Ergebnis, eine Maßnahme, eine Reform, den konkreten Output des Regierens als eine messbare, erfahrbare Verbesserung für die Betroffenen in den Vergleich mit einem *Davor* setzen. Andere schätzen dies zwar nicht gering, waren aber eher *entwicklungsorientiert*, es ging ihnen um Weichenstellungen, um neuralgische Punkte, an denen neue Entwicklungen, die einer klaren Vorstellung von Landesentwicklung folgten, ermöglicht und getriggert werden sollten.

Beide Haltungen haben ein gemeinsames Problem. Der landespolitische Output auf den einzelnen Politikfeldern wurde kaum *unmittelbar* als grundlegende Verbesserung, als neue Qualität der eigenen Lebensverhältnisse vieler erlebbar. Als *neuer Zustand* wurde Erreichtes rasch zur Normalität, betraf wenige oder blieb hinter den Erwartungen zurück. Als *Weichenstellung, erster Schritt*, lag der Erfolg in der Zukunft. Geduld und Bescheidenheit aber sind, so kam es auch in den Interviews immer wieder zur Sprache, Tugenden, mit denen besonders die radikale Linke bei ihren Anhängern zwar in programmatischer, nicht aber in pragmatischer Hinsicht rechnen sollte.⁶

Die Erfahrung vieler Befragter war also, dass die gestalterischen Möglichkeiten und der Output linker Landespolitik in der Regierung in der Anhänger- und Wählerschaft häufig geringer geschätzt werden, als sie tatsächlich sind. Das ist ein deutlicher Hinweis auf ein Auseinanderfallen der Maßstäbe für politischen Erfolg bei Exekutive, Partei und Wählerschaft.

Exit-Strategien kaum relevant. Für kleine Parteien sei, so Dunphy und Bale, das Wissen darum, wann und unter welchen Bedingungen ein Kompromiss einer zu viel ist und man die Koalition verlassen muss, Teil des Überlebensprozesses.⁷ In den Re-

6 Dieser Befund korrespondiert mit der Feststellung von Berg und Koch, dass in Mecklenburg-Vorpommern «keine neue Gesamtqualität des Regierungshandelns» (Berg/Koch: Politikwechsel, S. 119) wahrgenommen worden ist. Reißig (Mitregieren in Berlin, S. 20 f.) konzeptualisiert Kurs- und Politikwechsel für die PDS als Veränderung auf zwei Ebenen: einmal als Verbesserungen und/oder als Verhinderung von Verschlechterungen, man macht die sozialere, demokratischere, emanzipatorischere Politik als die anderen vorher. Auf dieser Ebene machen Quantitäten den Unterschied. Auf einer zweiten Ebene geht es um transformatorisch intendierte Öffnungen, neue Entwicklungspfade.

7 Dunphy/Bale: The radical left, S. 494.

flexionen der in dieser Studie Interviewten spielten Exit-Strategien, rote Haltelinien und Ähnliches eine eher geringe Rolle. Das ist einmal darin begründet, dass in allen drei Ländern die LINKE so stabil war, dass selbst ein Versagen sie nicht unmittelbar in Existenznot gebracht hätte. Gleichwohl war man sich in allen drei Ländern darin einig, dass eine einseitige Aufkündigung der Koalition langfristig schwerwiegende Folgen gehabt hätte.

Auffällig sind bei den Interviews zwei Einstellungen: einmal der politische Wille, die kooperative Haltung, die Verabredung zum gemeinsamen Regieren bis zu einem Punkt, wo es nicht mehr geht, bewahren zu wollen. Und die Übernahme einer persönlichen Verantwortung dafür, wo dieser Punkt liege und wann er erreicht sein würde. Die Akteure waren durch die Konflikte, «Knackpunkte», die durchaus vorkommenden Vertrags- und Vertrauensbrüche persönlich stark belastet. Routinen und Verfahren für diese Situationen hatte man nicht, vieles lief informell; es wurde eher vermittelt, dass dies auch kaum anders vorstellbar sei.

Frage der *offices* nachgeordnet. Für kleinere radikal linke Parteien sei die Wahl der «richtigen» Ressorts geradezu existentiell gewesen, so Dunphy und Bale in ihrer Studie.⁸

Aus unseren Interviews ergab sich der Eindruck, dass die Wahl der Ministerien wohl wichtig, aber nicht entscheidend war. Dass man sie mit kompetenten Leuten besetzt und dass es gelingt, gut mit der Verwaltung zu arbeiten, diese zu größeren Teilen für eine loyale Zusammenarbeit zu gewinnen, wurde als sehr wichtig beschrieben. Auch das Zusammenspiel der eigenen Ministerien, der Politikstil, die politische Kultur, die man praktizierte, das erschien als mindestens ebenso entscheidend, wenn nicht gar wichtiger für den politischen Erfolg der LINKEN in Regierung.

Mit der Wahl der Ressorts waren die Befragten im Wesentlichen zufrieden. Es sei besser, gestaltende als verwaltende Ministerien zu bekommen, Gestaltungsmacht war ein wichtiges Kriterium. Welche Ministerien das sind, das war von Land zu Land verschieden. So erschien Soziales in Mecklenburg-Vorpommern nicht als Feld, auf dem man Erfolge erzielen konnte, in Berlin dagegen durchaus. Ein anderes, eher negatives Kriterium war, ob man mit der Übernahme eines bestimmten Ministeriums nahezu zwangsläufig in Konflikt mit der eigenen Klientel geraten würde, etwa beim Innen- oder Justizressort.

Die Frage, ob es typisch «linke» Ressorts gebe, wurde in der Tendenz zwar mit Ja beantwortet, aber generell könne man mit jedem Ministerium linke Politik machen, wenn man die soziale Frage entsprechend zentral setze. Außerdem habe man die Erfahrung gemacht, dass man eigene Projekte auch dann durchsetzen könne, wenn man das entsprechende Ressort nicht besetzt habe. Gern aber hätte man künftig sogenannte Schlüsselressorts wie Bildung und Finanzen mit besonderer Gestaltungsmacht, die die SPD aber wie Erbhöfe verteidige.

8 Vgl. ebd.

Dunphy und Bale verwiesen auf die «Geschichte der Exklusion» radikal linker Parteien und erklärten damit, dass es diesen dann in der Regierung besonders darauf angekommen wäre, zu zeigen, «dass man es kann». Diesbezüglich sei man meist erfolgreich gewesen, auch wenn man dadurch oft an Identität und WählerInnen eingebüßt habe. MinisterInnen seien meist von den KollegInnen geachtet und in der Öffentlichkeit als kompetente Profis gesehen worden, eben nicht als «boat-rocking people».⁹

Von diesem Befund können wir für die deutschen Fälle nur den zweiten Teil bestätigen. Die MinisterInnen haben sich überwiegend entsprechende Anerkennung erarbeitet, die über das Ende der Amtszeit hinaus nachwirkt. Als ein Hauptziel bei der Entscheidung, in eine Koalitionsregierung zu gehen, wurde dieser Nachweis von Kompetenz eher nicht erinnert.

Organisation, Zustand der Partei

Dunphy und Bale haben berichtet, wie der Zusammenhalt in den radikal linken Parteien in der Regierungsverantwortung und damit auch die innerparteiliche Demokratie unter Druck geraten sind. Das habe gerade mit der Offenheit und Pluralität, der Toleranz gegenüber abweichenden Stimmen zu tun gehabt. AktivistInnen und Abgeordnete, die meinten, die Partei verwässere in der Regierung ihre Ideologie und ihre längerfristigen Ziele, seien frei gewesen, sich derart zu äußern.¹⁰

Die Dynamik, mit der die Parteien sich mit dem Eintritt in die Landesregierungen verändert haben, erscheint in den Interviews als äußerst komplex, spannungsreich und schwer beherrschbar. Mit Eintritt in eine Regierung veränderten sich grundlegend die Machtverhältnisse, die Zugänge zu Informationen, die Kommunikationswege, die Rolle der Medien und der Öffentlichkeit, die Tempi von Lern- und Entwicklungsprozessen innerhalb der Partei sowie zwischen Partei, Fraktion und Exekutive. Die neu auftretenden und im Vergleich zu denen einer Oppositionspartei enorm erhöhten Spannungen zwangen zu Stellungnahmen, Entscheidungen, Bewertungen, Engagement und Identifikation oder zu Rückzug und Distanz. Je nach aktueller Position und parteiinterner Bezugsgruppe wurden dabei längerfristige Einstellungen und Überzeugungen relevant. Die Frage war dann, ob man in einen Lernprozess eintreten, sich iterativ, Runde für Runde einander anpassend besser verstehen sollte. Oder ob man sich immerzu in Widersprüchen bewegen sollte, die häufig als Entweder-oder-Entscheidungen gestellt wurden: Realpolitik oder Systemkritik, Alltagspolitik oder die große Linie, die bessere von zwei möglichen Entscheidungen oder Aufgabe von Prinzipien, Erfolg oder Unterwerfung, Regieren ja oder nein, Freund oder Feind.¹¹

Wie wir weiter unten zeigen werden, deuten die Erfahrungen der Interviewten an, dass man in den drei Ländern in keiner Regierungsperiode richtig damit klar ge-

9 Vgl. ebd., S. 494.

10 Vgl. ebd., S. 496.

11 Vgl. Reifig: Mitregieren in Berlin, S. 17.

kommen ist, diesen Prozess zu moderieren. Das ist vielleicht – allerdings nur aus der Perspektive der Exekutive – am besten in der Bemerkung zusammengefasst, dass die Partei nicht in ihre Rolle als Regierungspartei hineingefunden habe.

Verhältnis zu Akteuren der Zivilgesellschaft und zu Protesten. Viele der von Dunphy und Bale Befragten sagten, es sei nicht nur die innerparteiliche Demokratie, die unter massiven Druck geraten könne. Der Aktivismus, breite politische Partizipation, außerparlamentarische Beteiligung sowie die engen Bindungen an kommunale und soziale Bewegungen sind wichtige Markenzeichen radikal linker Parteien. Es kann schwierig werden, diese Bindungen zu erhalten.¹²

Einige Parteien sehen enge Beziehungen zu sozialen Bewegungen als essenziell an und die Gefährdung derselben als Zeichen des Misserfolgs in der Regierung. Für andere sind Beziehungen zu traditionellen Wählermilieus und Gewerkschaften existenziell.¹³

Der generelle Befund der deutschen Linksparteien auf Landesebene ist, dass die Zusammenarbeit mit den sogenannten organisierten Interessen, speziell Gewerkschaften und Sozialverbänden, pragmatisch und fair war und sich in den Regierungszeiten intensivierte. Allerdings war diese Zusammenarbeit auch mit «bitteren Erkenntnissen» verbunden, da Interessenverbände, gerade auch Gewerkschaften, das Spiel vertraulicher Kooperation einerseits und öffentlicher aggressiver Auseinandersetzung andererseits virtuos beherrschten. Dieses Umschalten in den Modus des Kampfes, nie zufrieden zu sein, immer mehr zu fordern, macht einigen Befragten bis heute arg zu schaffen.

Die Zusammenarbeit mit sozialen Initiativen und Bewegungen auf Feldern wie Integrationspolitik, Kampf gegen Rechtsextremismus oder im sozialen Bereich im weiteren Sinne gestaltete sich gut.

Das Verhältnis zu den Bürgerinitiativen und zahlreichen Interessenvertretungen vor Ort erwies sich in der Regierung als eine echte Herausforderung, weil diese sehr unterschiedliche partikulare Interessen vertraten. Besonders die sogenannten bürgerlichen Proteste – von Leuten mit Geld, die ihre Interessen leichter durchsetzen können und die für sozial Schwache nicht zu Unrecht «Luxusprobleme» zu sein schienen – konnten enormen politischen Druck aufbauen, so eine Brandenburger Erfahrung.

Neu war die Erfahrung, selbst Ziel von öffentlichen Protesten zu werden. Andererseits habe man sich, auch mit prominentem Personal, weiterhin an Protesten beteiligt, die sich gegen die Politik der Bundesregierung richteten.

Klientelpolitik im klassischen Sinne scheint für Linke kein Thema zu sein. Wohl haben die Befragten ein Verständnis davon artikuliert, für bestimmte Gruppen Politik in der Regierung zu machen, für sozial Schwache, Geringverdienende, für Prekäre, für Minderheiten. Zugleich wurde aber artikuliert, dass sich dabei kein Principal-Agent-Verhältnis herstellte, keine Dankbarkeit, keine Wahl der LINKEN ob der Leistun-

12 Vgl. Dunphy/Bale: *The radical left*, S. 497.

13 Vgl. ebd.

gen für diese Gruppen. Die meisten Befragten lehnten eine solche Denkart auch ab, wobei es durchaus AktivistInnen gab, die als Erfahrung die Notwendigkeit besserer Klientelpolitik und des Aufgebens einer «falschen Selbstlosigkeit» formulierten.

Aufmerksamkeit für Führung der Partei, Organisationsarbeit und Personalentwicklung. Dunphy und Bale resümierten für die kleineren radikal linken Parteien, dass es unter Umständen zu einem personellen Aderlass für die Parteien gekommen ist, wenn sich das Personal der Parteiführung zum Stab der MinisterInnen wandelt. Eigene Ressourcen eher an laufende exekutive und legislative Vorhaben zu binden, als sie für perspektivisch relevante politische Bildungsarbeit, strategisches Denken oder Organisationsarbeit in der Partei einzusetzen, kann sich negativ auswirken. Um die Einheit und Mobilisierungsfähigkeit der Partei zu erhalten, sei eine große Aufmerksamkeit für innerparteiliche Kommunikation und Organisationsfragen dringend geboten, gerade dann, wenn ein Teil der Mitglieder zunächst der Regierungsbeteiligung reserviert gegenüberstehen sollte.¹⁴

Die Erfahrungen der deutschen linken Regierungsmitglieder verweisen auf den krassen Mangel einer langfristigen, gemeinsamen Personalentwicklung der Gesamtpartei. Entsprechend war man, wenigstens beim ersten Regierungseintritt, personell eher unvorbereitet, die Personaldecke war dünn.

Eine der zentralen Fragen für die Partei in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin war der Umgang mit der Tatsache, dass sich geradezu zwangsläufig mit Regierungseintritt Verschiebungen im Machtgefüge zwischen Partei und Landesvorstand, Fraktion und Fraktionsvorstand sowie den Regierungsmitgliedern ergaben. Die Macht rückte näher zur Regierung, dort lagen die Informationsvorsprünge, die Ressourcen, dort wurde das Tempo gemacht und entschieden. Während Dunphy und Bale diese Machtverschiebung von der Partei hin zur Fraktion feststellten, ist die allgemeine Erfahrung auf der subnationalen Ebene in Deutschland die, dass der entscheidende Bruch zwischen Partei und Fraktion auf der einen und der Exekutive auf der anderen Seite verlief. Der Umgang mit den an dieser Bruchlinie entstehenden Spannungen war enorm kräfteverschleißend und nur wenig erfolgreich. Es ist bemerkenswert, dass gerade die Frage der Balance zwischen den Führungen von Partei, Fraktion und Exekutive, die gefundenen und verworfenen Lösungen mit Ämtertrennung oder Doppelfunktion, die wohl unterschiedlichsten Bewertungen bei den Befragten erfuhren.

Die Dramatisierung der Frage der Machtbalance findet sich dann auch in den Erfahrungen mit der innerparteilichen Kommunikation in der Regierungszeit wieder. Bestimmend ist wiederum die Erfahrung des Bruchs zwischen Exekutive und Fraktion/Partei. Der Versuch, diesen Bruch kommunikativ zu heilen, stieß schnell an Grenzen, weil die Akteure entsprechende kommunikative Haltungen eingenom-

¹⁴ Vgl. ebd., S. 498.

men hatten. Die einen erklärend, rechtfertigend, verteidigend, Kritik abwehrend, die andern distanziert, abwehrend, ohne viel Identifikation mit und Engagement für die Regierungssache im Einzelnen wie im Allgemeinen. Man befand sich, wie es ein Akteur ausdrückte, im «permanenten Krisenbewältigungsmodus».

Die Herausforderung, die Balance zwischen Partei, Legislative und Exekutive so herzustellen, dass diese gemeinsam eine Regierung tragen und eine entsprechende Kommunikation organisieren, scheint in den Erfahrungen der meisten an unserer Studie Beteiligten als nicht bewältigt auf.

Legitimation und Akzeptanz. Zweifellos, so Dunphy und Bale, betrachten radikal linke Parteien eine Regierungsbeteiligung als Ende ihrer Ächtung in den politischen Systemen Westeuropas und bewerten die gewonnene Akzeptanz ihrer vollen Legitimation als demokratische Akteure als großen Erfolg.¹⁵ Für den deutschen Fall kann man sagen, dass die Besonderheit der PDS und der LINKEN, die einzige demokratische Partei zu sein, «die die Gesellschaft insgesamt nicht so will, wie sie ist» (1001MV), sowie ihre Herkunft aus der SED in allen drei Ländern für den künftigen Koalitionspartner SPD die Frage virulent werden ließ, wie sich die PDS/DIE LINKE denn zu dieser jetzigen Gesellschaft stellte. Und das sollte anhand ihres Verhältnisses zur DDR geklärt werden. Schuld und Verantwortung, Versöhnung und Entschädigung der Opfer, Verurteilung und Aufarbeitung waren Stichworte, zu denen in den Präambeln der Koalitionsverträge entsprechende Bekenntnisse abverlangt und geleistet wurden. Die Kontexte waren in den drei Bundesländern durchaus unterschiedliche, in Mecklenburg-Vorpommern sah man das 1998 als ein Beitrag zur Normalisierung des Umgangs mit der DDR-Geschichte, in Brandenburg war man längst verfassungsgebende Partei geworden und in Berlin stand 2001 der letzte Schritt zur Überwindung der geistigen und politischen Teilung der Hauptstadt des Kalten Krieges noch aus.

Entsprechend wird von den Legitimitäts- und Akzeptanzgewinnen berichtet: Mit dem Eintritt in die Regierungen sei gewissermaßen der letzte Schritt auf dem Weg seit 1989/90 gegangen worden, hin zu einer normalen Parlamentspartei, die auch regieren will und kann, wenn die Bedingungen stimmen. Das war durchaus auch ein Ziel der Parteien.

Dunphy und Bale fanden bei ihren Studien einen «inhärenten Trade-off» zwischen der wachsenden Legitimität radikal linker Parteien und deren politischen Unterscheidbarkeit zur Sozialdemokratie.¹⁶

Auch die deutsche LINKE musste ständig abwägen, wie stark man die SPD in Bund und Ländern kritisierte und attackierte. Bisher spielte der Befund, dass Legitimität eine Notwendigkeit in Ländern ist, in denen die extreme Rechte Zugang zur Regierung hat, in Deutschland keine Rolle. Aber das könnte sich mit dem Auftreten der AfD, überhaupt der Bewegung auf der extremen Rechten, durchaus rasch ändern.

15 Vgl. ebd., S. 499.

16 Vgl. ebd.

Es könnte auch hier gelten: Aus Gründen der Demokratie muss eine radikal linke Partei eine Regierungsbeteiligung der extremen Rechten verhindern. Auch wenn die Kosten hoch sein sollten wie in Italien.

Dass sich diese Frage anders darstellt, wenn es die Gelegenheit gibt, nicht nur Teil einer sozialdemokratisch geführten Regierung zu sein, sondern selbst eine Regierung zu führen, zeigt sich auf nationaler Ebene aktuell in Griechenland, auf subnationaler Ebene in Thüringen. Man muss sich nicht länger gegen die Sozialdemokratie profilieren.

Legitimität, so stellten Dunphy und Bale richtig fest, ist nicht nur Sache der eigenen Performance, sondern auch der Berichterstattung. Alle radikal linken Parteien erklärten, dass ihre Parteien in den Medien unterrepräsentiert waren, dort stereotypisiert und trivialisiert wurden. Radikal linke Parteien böten Journalisten auch mehr Anlässe, Konflikte zu finden. Wegen der pluralistischen Kultur und der starken innerparteilichen Demokratie, dem leidenschaftlichen Idealismus und Ähnlichem werde man erst einmal angegangen. Effektives Regieren in der Mediengesellschaft erfordere straffe politische Führung und Disziplin, darauf müsse geachtet werden.¹⁷ Dieser Sachverhalt stellte sich in Deutschland etwas anders dar. Die Medienpräsenz der linken Parteien war bereits vor dem Regierungseintritt relativ gut. Dennoch hielt sich hartnäckig ein Gefühl, unterrepräsentiert zu sein, ein Gefühl der Distanz und Entfremdung: «Das sind nicht unsere Medien». Rot-Rot sei nicht beliebt bei den Medien. Auf der persönlichen Ebene wurde die Verwandlung zur öffentlichen Person als Prozess beschrieben, der auch von der Partei entfremdet. Dienstwagen, Anzug usw. schafften Distanz. Gegen die Gefahren der Verführung und Vorführung durch die vierte Gewalt würden nur Charakter und ein funktionierendes soziales Netz helfen. Man setzte weniger auf Disziplin und Führung als auf Vertrauen und funktionierende Kommunikation im inneren Zirkel. Alle empfanden einen Mangel an Medienkompetenz und Professionalität, der mittelfristig zu beheben sei.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die interviewten Personen weniger Probleme mit dem eigentlichen Geschäft des Regierens auf subnationaler Ebene hatten als Probleme gemeinsamen, iterativen Lernens der neuen Rollen ihrer Landesparteien als Regierungsparteien. Beides, erfolgreiches Regieren *und* erfolgreiches Agieren als Regierungspartei, scheinen jedoch Grundbedingungen für Wahlerfolge zu sein.¹⁸

17 Vgl. ebd., S. 500.

18 Die vorliegende Studie macht keine Aussagen über das *policy-making* der Parteien. Dazu müssten die wenigen Ansätze zu einer Policy-Forschung aus den Jahren 2000 bis 2005 wieder aufgenommen werden; vgl. Berg/Koch: Politikwechsel; Reißig: Mitregieren in Berlin; Felfe u.a.: Warum?. Vgl. auch die aktuellen Beiträge von Wolf Harald: Der Staat ist kein Fahrrad, in: LuXemburg 1/2014, S. 94–103; Wolf, Harald: Rot-Rot in Berlin, Hamburg 2015.

DRITTER TEIL: LÄNDERBERICHTE

Policy, office, votes

Mecklenburg-Vorpommern 1998: «Wir waren die Ersten»

Für die Koalitionsverhandlungen 1998 mit der SPD hatte man, so hieß es in den Interviews, programmatisch vorgearbeitet. Natürlich gab es ein Wahlprogramm, detailliert alle Politikfelder umgreifend, und auch, durch Parteitagdiskussionen vorbereitet, eine Liste von zehn Punkten, was mit dem potenziellen Koalitionspartner erst zu sondieren, dann zu verhandeln sei (1008MV).

Policy: In der Erfahrung der Akteure erscheint eine Wertschätzung für die damals eher allgemeinen Zielsetzungen: Es sollte am Ende der Legislaturperiode den Menschen im Land besser gehen, was synonym stand für mehr soziale Gerechtigkeit und Sicherheit. Die enorm hohe Arbeitslosigkeit sollte deutlich reduziert werden. Die große Schuldenlast der öffentlichen Hand sollte abgebaut und das Land zugleich entwickelt werden (1002MV). Ein anderes Politikverständnis und ein anderer Politikstil – offener, transparenter, partizipativer – gehörten ebenfalls zu den Zielen einer linken Regierungsbeteiligung (1004MV).

Hinzu kamen geschichtspolitische Fragen des Umgangs mit der DDR-Geschichte, der SED, der Stasi. Eine Einigung bei diesen schwierigen Themen war für beide Partner von großer Bedeutung, betraf sie doch das grundlegende Selbstverständnis der jeweiligen Herkunft, der eigenen Werte sowie das Verhältnis zueinander. Ohne einen für alle annehmbaren hoch symbolischen, deklaratorischen Text, erst als Ergebnis der Sondierungen, dann als Präambel zum Koalitionsvertrag, wäre es zu keiner Regierungsbildung gekommen. Diese Pfadabhängigkeit, eine Bestimmung gegenwärtigen Handelns durch Geschichte, war den Landesparteien in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Brandenburg gemeinsam – wenn auch durchaus mit einigen unterschiedlichen Akzenten. Für Mecklenburg-Vorpommern schien das klar, da waren nicht einmal zehn Jahre seit dem Mauerfall vergangen. Als prägendes Element bei der Ko-

alitionsbildung hat sich diese Geschichte, das zeigt die jüngste Regierungsbildung in Thüringen 2014, in keiner Weise abgeschwächt.

Die PDS Mecklenburg-Vorpommern hatte zu diesen allgemeinen und geschichtspolitischen Zielen als Untersetzung eine Anzahl konkreter politischer Projekte entwickelt. Die meisten dieser Einzelvorhaben orientierten sich daran, bestimmte Gruppen (Lohnabhängige, SozialhilfeempfängerInnen, Ausgegrenzte u. a.) besserzustellen und benachteiligten Regionen zu helfen, andere Vorhaben betrafen verschiedenste Politikfelder (1004MV).

Kritisch wird angemerkt, dass die Untersetzung der programmatischen Sätze der Koalitionsvereinbarung, in denen allgemein Absichten und Ziele fixiert waren, nicht hinreichend war (1007MV). Auch ist von einer gewissen Naivität die Rede, etwa was die Rahmenbedingungen des eigenen Regierungshandelns betraf: Eine kaum prozessorientierte und ohne konkrete, belastbare Finanzierung aufgestellte Agenda habe schnell auch parteiintern Probleme gemacht. Die einen hätten auf der Umsetzung der guten Absichten beharrt, die andern auf dem, was die Rahmenbedingungen hergaben. Zudem sei man auch etwas arglos gegenüber der regierungserfahrenen SPD gewesen und nicht selten «über den Tisch gezogen» worden (1004MV).

Für die Verhandlungen zur zweiten Regierungsbeteiligung im Jahr 2002 hatte die PDS in Mecklenburg-Vorpommern einiges dazugelernt. Die Akteure empfanden sich als besser vorbereitet (1001MV). Die PDS ging mit einem fertigen Entwurf eines Koalitionsvertrages in die Verhandlungen (1002MV). Die Akteure verstanden diese zweite Regierungsperiode als eine Fortführung der ersten. Zielgenauer sollte zu Erreichendes fixiert werden. Es gab mehr konkrete Projekte und weniger Prüfaufträge. Die Projekte seien seitens der PDS besser «durchgerechnet» worden als beim ersten Mal (1002MV). Die Akteure sahen die Vorteile eines solchen Vorgehens: Die Politik würde von Anfang an transparenter, nachvollziehbarer und vermittelbarer werden, auch wenn man sich damit stärker festlegte und zur Rechenschaft gezogen werden konnte, wenn ein Projekt nicht realisiert werden konnte. Ein Verfehlen einmal gesetzter Ziele sei nie zu erklären, dafür reiche die Zeit nicht aus (1004MV).

Auch diesmal waren gewisse Spielräume im Koalitionsvertrag vorhanden, zumal die SPD sich unverbindlicher gezeigt hatte. Entsprechend wurde seitens der PDS die Sorge artikuliert, dass der größere Partner derartige Spielräume besser nutzen könne als der kleinere (1001MV, 1002MV). Wenn es gut läuft, ermöglichen eher offene Agreements beiden Partnern, sich mit der Zeit zu einigen und so dem Prozesscharakter von Politik Rechnung zu tragen. Aber es gab auch die negative Erfahrung, dass man gelegentlich nicht clever genug gewesen sei, bestimmte Dinge vertraglich auszuschließen, was der Partner dann schamlos ausgenutzt habe, etwa indem er die Planung eines neuen Kohlekraftwerks forcierte (1001MV).

Den Beteiligten war damals klar, dass die Verhandlungsmacht der PDS nach der dramatischen Wahlniederlage 2002 gegenüber der SPD deutlich geschrumpft war. Zentrale Projekte wie das kostenlose Vorschuljahr oder das kostenlose Mittagessen

an den Grundschulen seien schlicht nicht mehr verhandelbar gewesen. Das erlangte Wissen um die finanziellen Rahmenbedingungen habe zusätzlich für eine freiwillige Einschränkung der eigenen politischen Pläne gesorgt (1007MV).

Die **Implementierung** wichtiger eigener Projekte in die Landespolitik wird von allen Befragten als recht gut gelungen bezeichnet. Man bezieht sich dabei zuerst auf eigene sogenannte Schlüsselvorhaben wie den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS), Projekte des Bereichs Umwelt und Naturschutz (Ausweisung von FFH-Gebieten, Moorkonzept u.a.) sowie des Bereichs Bildung (Kita-Fördergesetz, Jugend- und Sozialarbeit, Aufbrechen des dreigliedrigen Schulsystems u.a.). Nur einmal wurde als erfolgreiche Umsetzung des Koalitionsvertrages auch ein Thema der Präambel, die Abschaffung der Normüberprüfung («Gaucken»), erwähnt (1008MV).

Das Ausmaß des eigenen Erfolges beim Umsetzen des Koalitionsvertrages wird mit verschiedenen Faktoren in Zusammenhang gebracht: Zum einen – eher trivial – hänge es von den Kompetenzen der eigenen verantwortlichen MinisterInnen und Staatssekretäre ab. Zum anderen sei es von Bedeutung gewesen, dass der Ministerpräsident der SPD, Harald Ringstorff, den FachministerInnen der PDS viel freie Hand gelassen habe (1003MV). Wichtig sei auch das Zusammenspiel zwischen den eigenen Ministerien gewesen, erst dadurch hätten sich noch Gestaltungsräume im Haushalt ergeben (1001MV). Und nach Meinung eines Befragten sei es auch bedeutsam gewesen, ob es Unterstützung aus der Gesellschaft für die eigenen Vorhaben gegeben habe, wenigstens sollte es keinen gesellschaftlichen Widerstand dagegen geben.

Man machte die Erfahrung, dass Erfolg und Misserfolg der eigenen Politik auch daran hingen, wie sich die Rahmenbedingungen auf Bundesebene oder gar auf europäischer Ebene änderten. Nicht nur die nationale Politik, auch die Landespolitik ist stark konjunkturabhängig. Das Steueraufkommen verschlechterte sich für Mecklenburg-Vorpommern mit der Unternehmenssteuerreform. Die steigenden oder nur langsam sinkenden Arbeitslosenzahlen, eine anhaltende Abwanderung, Kürzungen der Förderprogramme der EU – so etwas verändert die Handlungsspielräume für jede Landesregierung ebenso wie ein Hochwasser mit seiner zerstörerischen Wirkung.

Einer der im Zusammenhang mit der mehr oder weniger erfolgreichen Implementierung von eigenen Vorhaben in praktische Landespolitik häufig benutzten Begriffe ist der der Nachhaltigkeit. Konversionsprogramme für ehemals militärisch genutzte Flächen und Anlagen, die Schaffung von 750 Stellen für Schulsozialarbeit, die Projekte im Bereich frühkindlicher Betreuung, Schritte in der Umweltpolitik, der praktizierte Umgang mit der DDR-Vergangenheit, mit Biografien – von diesen Dingen und manch anderen wird immer wieder gesagt, dass sie bis heute nachwirken, erst langfristig ihre Wirkung entfaltet haben (1002MV).

Das leitet zur Frage der *offices* über. Mit den gewählten Ressorts Arbeit und Bau (später: Arbeit, Bau und Landesentwicklung) sowie dem Umweltressort war man weitgehend zufrieden. Die Wahl des Sozialministeriums wurde eher als problematisch angesehen.

So hätten alle Ministerien zu den politischen Schwerpunkten der Landespartei gepasst. Man habe Ministerien mit hohem Gestaltungspotenzial gewollt und bekommen (1004MV). Auch sei das Gestaltungspotenzial erst durch den besonderen Zuschnitt der Ministerien erreicht worden (1003MV). Es sei gut, wenn man Zugriff auf ein Ressort hat, das Infrastrukturfragen des Landes verantwortet. Man solle als linke Partei immer eher *gestaltende* als *verwaltende* Ministerien anstreben (1006MV). Es wurde aber zugleich betont, dass man eigene Projekte auch dann umsetzen kann, wenn man nicht über das zuständige Ministerium gebietet (1006MV).

Wie es im Nachhinein scheint, als Erfahrung der Akteure, war die Wahl des Sozialministeriums keine so gute Entscheidung. Es sei doch eher ein verwaltendes Ministerium, wo man damals die Bedingungen nicht beeinflussen konnte und diese nicht so waren, dass eine linke Ministerin dem Anspruch, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen, gerecht werden konnte (1002MV, 1008MV).

Es war weitgehend Konsens in den Interviews, dass man zukünftig gern für solche *Schlüsselressorts* wie Bildung oder Finanzen zuständig wäre (1002MV, 1005MV, 1007MV). Aber zumindest das Bildungsressort erscheint aus der Sicht der LINKEN wie ein Erbhof der SPD und also nicht verhandelbar. Man müsse um solche Ressorts gleichwohl ernsthaft kämpfen.

Bei der Entscheidung über die Ressorts spielen auch landesspezifische Erwägungen eine Rolle. Für die LINKE in Mecklenburg-Vorpommern sei das Landwirtschaftsministerium in Verbindung mit der ganzen zukunftsfähigen Umweltwirtschaft künftig sehr interessant (1006MV).

Ein Schlüsselressort wie das Innenministerium, aber auch das Justizministerium wurden von der PDS nicht angestrebt. Auf diesen Politikfeldern stoße eine linke Partei leicht an ihre Grenzen (1006MV).

Schließlich kam es auch darauf an, ob und welche Personen für Ministerämter gesetzt waren, die dann gewisse Ressorts quasi natürlich beanspruchten, oder ob man für bestimmte Ressorts erst einmal Personal suchen musste. In Mecklenburg-Vorpommern habe es beides gegeben. Für Helmut Holter und Wolfgang Methling hätten sich die dann zugewiesenen Ressorts angeboten, für das Sozialministerium wurde jemand gesucht, der dazu zu passen schien (1005MV).

Wenn die Ämter einmal besetzt sind, dann sollte in der Exekutive ein sehr solidarischer, mehr als nur kollegialer Umgangsstil der Linken miteinander gepflegt werden.

Die Personalfrage scheint eine der zentralen Fragen bei der Ämterbesetzung durch Linke zu sein. Die Erfahrungen aus Mecklenburg-Vorpommern besagen, dass man kaum eigenes qualifiziertes Personal hatte. 1998 waren die DDR-Eliten lange abgewickelt, im Ruhestand oder hatten sich neu orientiert. Es wurde daher jenseits der Landesgrenzen rekrutiert (1004MV).

Rückblickend habe man auch zu viel Respekt gehabt vor den unbekanntenen Anforderungen des Verwaltungshandelns. Mangel an Selbstbewusstsein habe dazu geführt, dass man kaum eigene Leute in Positionen brachte und nicht darauf bestand,

entsprechende Stellen zu schaffen. Es sei, so eine Lehre mehrerer befragter Akteure, eine wichtige Aufgabe der Partei, eigene Leute mit Verwaltungsabschlüssen und -erfahrung systematisch zu fördern und ihnen auch Karrieremöglichkeiten außerhalb der Partei zu bieten (1004MV).

Zu den Erfahrungen *in office* gehört, dass die Verwaltungen, Apparate, Bürokratien ein starkes Eigenleben führen und kontinuierlich arbeiten, auch wenn die Führungen wechseln. Es hänge sehr von der eigenen Persönlichkeit und dem eigenen Leitungsstil ab, ob man einen Zugang zum übernommenen Personal, speziell zu den leitenden Beamten, bekomme. Derartige Kontakte und Beziehungen auf Arbeitsebene sollten weiter gepflegt werden, auch wenn man wieder in der Opposition sei (1003MV).

Durch eigene politische Entscheidungen seien sehr wohl neue Prämissen für die Exekutive gesetzt worden, in Mecklenburg-Vorpommern etwa durch den Doppelhaushalt oder durch die Erschließung neuer EU-Förderprogramme.

Eine andere interessante Erfahrung betraf die Ebene unterhalb der Minister, also die der Staatssekretäre. Sie hatte eine eigene herausgehobene Bedeutung für die Steuerung der Regierungsarbeit durch die Fraktionen, die die Regierung trugen. Durch die regelmäßige Teilnahme der Parlamentarischen Geschäftsführer an Beratungen der Staatssekretäre sei der Einfluss der Fraktion der PDS auf die Exekutive noch einmal gestärkt worden (1008MV).

Die Frage, ob man seine selbst gesetzten Ziele am Ende der Legislaturperiode erreicht habe oder nicht, wird differenziert beantwortet. Aus der Sicht der Macher, der Akteure fällt die Bilanz des eigenen Handelns vielfach positiv aus. Es seien viele kleine gesetzte Ziele erreicht worden. Auch bei zentralen Themen habe man Pflöcke einschlagen, Fundamente legen, Entwicklungen in eine andere Richtung lenken, nachhaltige Wirkung erzielen können.

Die Frage, ob man weitergehende Ziele verfehlt habe, spaltet den Akteurskreis. Man ist sich einig, dass der Sozialismus im Land nicht ausgebrochen ist. Aber auch eine zwar nicht revolutionäre, aber wenigstens nachhaltige Veränderung der Kräfteverhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern sei nicht erreicht worden, die eigene Regierungsbeteiligung daher eine Episode geblieben. Eine relevante Veränderung der Gesellschaft sei ausgeblieben. Uneins ist man also bei der Beantwortung der Frage, ob das überhaupt ein realistisches Ziel eigenen Regierungshandelns (gewesen) sei (1001MV, 1008MV).

Vote: Schließlich machte man die Erfahrung, dass die WählerInnen selbst ihr eigenes Urteil über das Regierungshandeln fällen. Dieses fiel für die PDS 2002 verheerend aus. Man verlor acht Prozent der Stimmen und 7 von 20 Mandaten. Die Suche nach den Ursachen scheint bis heute nicht abgeschlossen. So wurden die Autoren der Studie bei den Interviews mit «bitteren Erfahrungen», beinahe traumatischen Erlebnissen der Akteure konfrontiert, für die sie eindrückliche Worte fanden. Gerade für die WählerInnen linker Parteien sei es typisch, dass das Erreichte für selbstverständlich genommen wird und nicht als erkämpft, nicht als Erfolg. Sie erinnerten sich auch

kaum mehr an den vorherigen defizitären Zustand – auch wenn es nachvollziehbar sei, dass bei 200.000 Arbeitslosen die Schaffung von 3.000 Arbeitsplätzen nicht so ins Gewicht gefallen sei. Kleine Verbesserungen, die aber, gemessen an dem, wofür die PDS als Bundespartei stand, nicht als Referenzen taugten.

Geradezu resigniert formulierte ein Befragter, dass sich für die Masse der Menschen wenig geändert habe und für die Bevölkerung wie auch für die eigene Wählerschaft keine andere Qualität des Regierens ersichtlich gewesen sei. Ein Akteur befand, dass die PDS in der Opposition den Leuten kraftvoller erschienen war als in der Regierung (1008MV).

Die Erwartungshaltungen, die eigenen wie die der Wählerschaft, seien für die erste Regierungsperiode exorbitant hoch gewesen. Der Euphorie auf beiden Seiten sei rasch die Ernüchterung, die «Entzauberung» gefolgt. Weiter unten werden wir zeigen, wie dieser Stimmungswechsel innerhalb der Partei, aber auch im Elektorat, zu gestalten versucht worden ist. Aber auch das scheint eine spezifische linke Regierungserfahrung: «dieses Moment permanenter Überforderung» (1004 MV).

Freilich fragten sich die Interviewten auch, ob es nicht an der mangelnden Fähigkeit, die eigenen Erfolge zu verkaufen, gelegen hat, die den Erfolg am Ende schmälerte. Verneint hat das niemand. Die Schwäche des kollektiven Selbstbewusstseins und den akuten Mangel kommunikativer Kompetenzen bestätigen alle. Damit wird zwar auch eingeräumt, dass der größere Partner, die SPD, die besseren Karten hatte, wenn es darum ging, Erfolge der Regierung als eigene zu verkaufen und Misserfolge der PDS anzuhängen. Aber wirklich relevant ist das wohl nicht gewesen, denn es wird von einer weitgehenden Fairness der SPD gegenüber der PDS berichtet. Es scheine, so die Erfahrung, nicht zwangsläufig zu sein, dass, wenn Sahne geschöpft wird, die größere Partei immer den Rahm bekomme, wie es ein Befragter ausdrückte. Aber damit es kein stets sich wiederholender Vorgang werde, müsse man kommunikativ etwas mehr tun, als man getan hat – im permanenten Kontakt mit der Bevölkerung, aber vor allem auch im Wahlkampf. Kommuniziere nur noch die Exekutive, sei das ein Zeichen, dass die eigene Partei auf Distanz zur Regierung geht; die Sache sei dann verloren.

Ein ernstes Problem, wengleich auch wieder eine Chance, ist, dass die Anerkennung für das, was in der Regierung geleistet wurde, erst an die Akteure herangetragen wird, wenn sie aus der Regierung längst ausgeschieden sind (1007MV). Man könne die Rendite nur einfahren, solange die Akteure noch im politischen Geschäft sind (1003MV).

Erwähnenswert, weil wohl nur als Erfahrungen einer subnationalen Partei relevant, sind erstens der Einfluss des Abwärtstrends der Bundespartei übers Wahljahr auf die politische Stimmung in Mecklenburg-Vorpommern und zweitens die daraufhin erfolgte Einflussnahme von VertreterInnen der Bundespartei auf die Landespartei, doch erneut die Regierungsbeteiligung anzustreben, um das Aufmerksamkeitsdefizit zu kompensieren, nachdem die Bundespartei bei der Bundestagswahl die Fünfprozenthürde nicht hatte nehmen können (1005MV).

Berlin 2001: Die Überraschung

Im Jahr 2001 gab es vorgezogene Neuwahlen in Berlin. Die Partei sei von der Situation total überfordert (1011BE) und sich des Ausmaßes der Probleme nicht bewusst gewesen.

Den Akteuren an der Spitze der Berliner PDS war nach eigenen Aussagen damals klar: Es gibt einen Problemstau in Berlin, der öffentliche Haushalt ist ruiniert, die Schulden sind enorm. Der alte Senat hat eine Spar- und Streichpolitik zulasten der Infrastruktur und der öffentlichen Daseinsvorsorge verfolgt. Es gibt den Westberliner Filz und einen riesigen Bankenskandal. Die Westberliner Innenpolitik, inklusive der Berliner Polizei, ist sehr repressiv ausgerichtet. Und schließlich sind noch manche Doppelstrukturen der Verwaltung aus den Zeiten vorhanden, als Berlin eine geteilte Stadt war.

Der Landesvorstand der PDS hatte Ende der 1990er Jahre begonnen, ein politisches Programm für Berlin zu erarbeiten. Da stand drin, was sich ändern müsste. Aber das war keine Planung im eigentlichen Sinne, nicht vom Ende her gedacht. Das Papier «Vor der Kür kommt die Pflicht» sollte die Partei auf eine Phase intensiver Auseinandersetzung mit der tatsächlichen Problemlage des Landes einschwören, doch nach dem durch Neuwahlen und Regierungswechsel erzwungenen Kassensturz war das Papier komplett veraltet (1017 BE).

Policy: Der Spitzenkandidat Gregor Gysi, Bundespolitiker durch und durch, hob im Wahlkampf einige Ziele hervor, die sich aus der Geschichte der deutschen Teilung und Vereinigung ergaben. In Berlin, dem Zentrum der Ost-West-Auseinandersetzung im Kalten Krieg, lebte die Konfrontation weiter. Eine Regierungsbeteiligung der PDS erschien in dieser Situation als ein Beitrag zur Versöhnung, zumal wenn sich SPD und PDS dies zur Aufgabe machten. Man wollte die Stadt zusammenführen (1003BE) und nach vorn bringen.

Die Erwartungen nicht nur der Anhängerschaft der PDS waren sehr hoch, bot sich die Partei doch als Projektionsfläche für alle Hoffnungen, die man mit dem Abschied vom alten West-Berlin und von der Demütigung des Berliner Ostens verband, geradezu an. Und angesichts der antizipierten Größe des historischen Moments waren Gysi und GenossInnen auch nicht so genau, wenn es um manche Wahlversprechen «kleinerer» Art ging.¹

Der Koalitionsvertrag wurde kleinteilig verhandelt, das sei notwendig gewesen, um den Partner darauf festzulegen. Die Parteibasis habe sich allerdings nur für die Präambel interessiert, in der es um das Verhältnis der PDS zur eigenen Vergangenheit ging. Man machte die Erfahrung, dass die vielen einzelnen Punkte sich entweder rasch wegen der Haushaltslage erledigt hatten oder bald abgearbeitet waren; das sei nicht gut gewesen (1014BE).

1 Vgl. dazu auch Koß/Hough: *Between a rock*, S. 78.

Praktisch, so lautete die allseitige Erfahrung, sei es nur noch um die Haushaltssanierung gegangen, darum, die Infrastruktur der Stadt zu retten, Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen. Es würde, das war rasch klar, eine «harte Sanierungsnummer» werden. Das Hauptziel, die Haushaltsnotlage zu überwinden, war so nicht mit der Partei verhandelt worden. Und man wusste nicht, wie das geschehen sollte.

Nach der schweren Wahlniederlage 2006 war die Verhandlungsposition dramatisch geschwächt. Gleichwohl habe man aus den vorangegangenen Erfahrungen auch gelernt. Es gab seitens der PDS weniger, dafür konkretere Projekte: einen Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik hin zu längerem gemeinsamen Lernen = Gemeinschaftsschule; eine Alternative zu Hartz IV als Modellprojekt = ÖBS, keine weiteren Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und bei Wohnungen.

Dass man diese Projekte formulieren konnte, verdankte man den Erfolgen der ersten Regierungszeit; man habe sich «Luft verschafft» durch Haushaltssanierung, den Ausstieg aus der Anschlussförderung des sozialen Wohnungsbaus, die Rettung der Landesbank, den Solidarpakt im öffentlichen Dienst (1011BE).

Bei den drei Projekten machte man die Erfahrung, dass es notwendig ist, im Koalitionsvertrag auch die Umsetzungsschritte zu fixieren, und zwar kleinteilig. Sonst komme man als kleinerer Partner in Schwierigkeiten. (1007BE).

Es habe über die drei Referenzprojekte hinaus weitere wichtige Ziele gegeben, die im Koalitionsvertrag verankert wurden, etwa Studienfinanzierung, Antidiskriminierungspolitik, Kampf gegen Rechtsextremismus, Maßnahmen für mehr Partizipation (1017BE).

Die **Implementierung** gelinge umso leichter, je besser die eigenen Schwerpunkte inhaltlich und prozessual entwickelt sind. Man brauche klare Vorstellungen über Ziele, Akteure und Prozesse (1017BE). Daran habe es damals gemangelt. Themen in den parlamentarischen Geschäftsgang zu bringen sei noch nicht Politik. Sich durchzusetzen gegen Widerstände in der Gesellschaft erwies sich etwa beim ÖBS als schwierig, man habe keinen Plan gehabt, wie man mit den Protagonisten umgehen sollte. Bei anderen Themen, etwa der Anerkennung sexueller Vielfalt, sei das in einer Stadt wie Berlin leichter gewesen; auch wenn es kein Schwerpunkt im Koalitionsvertrag war, so habe gesellschaftlicher Druck auf die Politik da eine gewisse Dynamik erzeugt (1014BE).

Man habe die Erfahrung gemacht, dass die erfolgreiche Implementierung eigener Projekte abhängt (1) von deren Praxistauglichkeit, (2) von der Unterstützung durch die Stadtgesellschaft und (3) davon, dass die eigenen Kräfte nicht zu sehr mit der Aufgabe gebunden sind, permanent die Unterstützung der eigenen Leute zu beschaffen (1011BE).

Eine wichtige Rolle spielte bei der Umsetzung auch die Haltung des Koalitionspartners. Die fiel für die drei Projekte der PDS seitens der SPD durchaus unterschiedlich aus. Es gab große Vorbehalte in der SPD-Fraktion gegen die Rekommunalisierung privatisierten kommunalen Eigentums; nur durch eine aufkommende öffentliche Debatte und den Druck aus der SPD auf die eigene Fraktion konnte etwas Dynamik

entwickelt werden. In der Frage der Gemeinschaftsschule war man sich einig, in der damit verbundenen Frage der Abschaffung der Gymnasien stieß man auf Widerstand. Aber die Gemeinschaftsschulen erwiesen sich als erfolgreich und gewannen an Attraktivität, sodass sich Schulen entschieden, als Gemeinschaftsschule zu arbeiten. Das Modell des ÖBS hatte mit eigenen Problemen zu kämpfen: der Finanzierung durch den Bund, der geringen Zahl der Nutznießer, den Schwierigkeiten, das Modell verständlich zu machen.

Auch hier erwies sich, so die Erfahrung, die gesellschaftliche Unterstützung als *ein*, wenn nicht *der* entscheidende Erfolgsfaktor eigener Zielverfolgung. Es blieb aber die Frage, wie eine solche Unterstützung zu organisieren sei.

Office: Die Frage nach den eigenen Ministerien wird in Berlin im Nachhinein differenziert beantwortet. In der ersten Periode habe man genommen, was man kriegen konnte. Wirtschaft sei gut gewesen, weil es geholfen habe, Vorurteile zwischen Ost und West abzubauen, aber auch generell hinsichtlich des vermeintlichen Mangels an Wirtschaftskompetenz. Man habe zeigen können, «dass man es drauf hat» (1012BE), aber vielleicht hätte man nicht so bescheiden sein sollen und zeigen wollen, dass man es besser kann (1003BE). Man habe jedenfalls Entwicklungen angeschoben, die bis heute wirken und Zufriedenheit bringen: Industrieansiedlungen mit Zukunftstechnologien, Investitionserleichterungen usw. (1003BE).

Arbeit, Soziales, Gesundheit, Kultur und Wissenschaft, Frauen – das waren Ressorts, für die sich PDS/DIE LINKE selbst hohe Kompetenzen zusprach, die zu ihr «passten». «Soziales war natürlich ein schöner Punkt» (1003BE), weil man zeigen konnte, wie man sozial an verschiedene Fragen herangeht (1002BE).

Zugleich musste man erfahren, dass die Ressorts Gesundheit, Umwelt, Verbraucherschutz in der zweiten Periode die Partei nicht wirklich interessierten, was aber die Arbeit der Senatorin nach eigener Aussage nicht behindert habe.

Man habe also Ressorts bekommen, mit denen was anzufangen war, sei von der SPD keineswegs auf «Verliererfelder» gedrängt worden (1003BE) und habe im Wesentlichen wichtige Ressorts gehabt (1002BE). Ja, es seien aus strategischer Sicht richtige Ressorts gewesen, mit denen man in der ersten Regierungsperiode Spielräume schaffen und die in der zweiten Periode dann gestalten konnte (1017BE).

Als positives Kriterium bei der Auswahl der zu führenden Ministerien wurde die damit verbundene Umsetzungsmacht genannt, als negatives Kriterium, ob man mit dem jeweiligen Ressort eher Konflikte mit der eigenen Klientel erwarten konnte, wie etwa beim Innenressort oder bei der Justiz (1003BE; 1011BE).

Man war sich einig, dass die SPD bestimmte Schlüsselressorts fest in ihren Händen behielt: Finanzen, Bildung, Stadtentwicklung. Um eines davon müsse man beim nächsten Mal wirklich kämpfen.

Zur Strategie der SPD habe auch gehört, dass sie von Anfang an stets größten Wert auf Personalfragen gelegt habe, mehr als PDS/DIE LINKE, die eher inhaltlich diskutieren wollte. So seien Fragen nach erneuter Zuweisung von Ressorts seitens des

größeren Partners immer an den Austausch von Personen gebunden worden, die der Regierende Bürgermeister halt nicht mehr im Senat haben wollte.

Hinsichtlich des eigenen Personals sei es ein Fehler gewesen, in der ersten Periode alle Staatssekretäre von der SPD stellen zu lassen. Die Ministerien seien Riesenapparate mit Tausenden Leuten, die den Senator bestenfalls respektierten; da sei es nicht leicht, mit denen Politik zu machen, man bräuchte einen langen Atem (1003BE). Die Verwaltungen seien sehr unterschiedlich gewesen, aber die Beamtenmentalität sei für Linke ebenso problematisch wie die geringe Begeisterung. Da wiege es umso schwerer, wenn man kaum eigene Leute in der Verwaltung habe. Man müsse künftig frei werdende Stellen «mit Parteibuch» besetzen, ReferentInnen in die Sachbearbeiterebene wechseln lassen. Dafür habe man während der Regierungszeit der PDS/DIE LINKE kein Gespür gehabt (1008BE).

Es habe aber durchaus auch gewisse Erfolge beim Umbau der Verwaltung gegeben. Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung sei das Verdienst der PDS/DIE LINKE, auch der Paradigmen- und Strategiewechsel der Polizei sowie Veränderungen in der Personalentwicklung in den Verwaltungen Berlins.

Linke in der Regierung hätten allerdings auch einen höheren Veränderungsanspruch. Es gehe nicht bloß ums gute Verwalten, das könne man auch besser. «Regieren sei kein Problem, man brauche da nur ein paar gute Staatssekretäre» (Oskar Lafontaine); es gehe aber darum, Verwaltungen davon zu überzeugen, vom Alten abzuweichen. Dazu müssten dem entgegenstehende ökonomische Interessen bekämpft werden, selbst wenn man sich da immer mit Leuten anlegen müsste und dabei auch nicht immer gut aussehe (1012BE).

Bei der Bildungsreform, dem Weg zu mehr Gemeinschaftsschulen, habe man nicht allein den Verwaltungsweg beschritten, sondern eine Art Parallelstruktur aufgebaut und Zivilgesellschaft und Experten beteiligt – aber so, dass man nicht gegen die Verwaltung arbeitete, sondern diese mit ihren Kompetenzen ernst genommen habe. Man bot der Exekutive damit Gelegenheiten, sich mit dem eigenen Herangehen auseinanderzusetzen.

Es taten sich im Lauf der Jahre neue Probleme auf, die zu Beginn nicht absehbar gewesen waren. So wurde in der zweiten Periode der Bereich Wohnen/Mieten/Verdrängung ein Mega-Thema. Die SPD blockierte und die PDS/DIE LINKE saß in der Falle, war sie doch daran beteiligt gewesen, kommunalen Wohnungsbestand in der ersten Periode zu verkaufen.

Vote: Hat man seine Ziele also erreicht? Konnte man bei Wahlen so Stimmen gewinnen? Wie in Mecklenburg-Vorpommern sind die Erfahrungen auch in Berlin in dieser Hinsicht recht ambivalent.

Die für die erste Periode definierten Ziele habe man erreicht. Vorurteile seien abgebaut worden (1003BE), man habe einen Weg heraus aus der Haushaltsnotlage gefunden (1007BE), Ordnung in die Stadt gebracht, einen Mentalitätswechsel und Neuanfang erreicht (1011BE).

Allerdings sei der Erhalt der sozialen Infrastruktur der Stadt bei der eigenen Klientel nicht als Erfolg angekommen. «Das sei wohl das Mindeste», habe die Wählerschaft gedacht. Ein großes Missverständnis zwischen Akteuren und WählerInnen: «Das, was für andere das Mindeste war, waren für uns riesengroße Arbeitsaufwände und, wenn es geklappt hat, Erfolge.» Das habe auf beiden Seiten Enttäuschungen erzeugt; man müsse da anders miteinander umgehen (1012BE).

Auch in der zweiten Periode habe man die Ziele (Gemeinschaftsschule, ÖBS, keine Privatisierungen) erreicht, auch wenn sich die Frage der Nachhaltigkeit dieser Erfolge stelle. Bei der Bildung, der Orientierung auf längeres gemeinsames Lernen, sei eine solche Nachhaltigkeit gegeben (1014BE). Zwar sei die Gemeinschaftsschule nicht flächendeckend eingeführt worden, aber man habe deren Vorteile erkennbar werden lassen. Beim ÖBS habe man die Möglichkeit alternativer Arbeitsmarktpolitik (Alternative zu Hartz IV, 1012BE), zeigen können und dabei deutlich gemacht, was das Ziel der LINKEN sei. In der Regierungszeit habe man mehr Stellen als vereinbart geschaffen. Es sei allerdings enttäuschend gewesen, dass die Abwicklung des ÖBS von den Betroffenen einfach hingenommen worden sei (1008BE). In den Interviews wurde auch immer wieder darauf verwiesen, dass eine Vielzahl kleinerer Vorhaben umgesetzt, «abgearbeitet» wurde.

Einiges Versagen gab es auch. Ein «kommunikatives Desaster» habe man beim Wasser-Volksbegehren angerichtet (1012BE). Man habe keinen Hebel gegen die SPD bei der sich zuspitzenden Auseinandersetzung um Wohnen/Mieten gefunden und sei von der SPD blockiert worden (1011BE). Bei diesem Thema habe man mit dem «Sündenfall GSW-Verkauf» auch keinerlei Glaubwürdigkeit gehabt.

Auch die Berliner haben erfahren, dass man in der Regierung seine Ziele wohl erreichen kann und dennoch das Ganze kein politischer Erfolg für die Partei, gemessen am Wahlergebnis, wird (1011BE). Dafür wurden mehrere Gründe genannt. Einmal gab es unterschiedliche Erwartungen bei der Anhängerschaft und der Partei in der Regierungsverantwortung. Teile der Anhängerschaft hatten Probleme mit der parlamentarischen Demokratie, überzogene Erwartungen die einen, eine tiefe Skepsis die anderen. Hinzu kam, dass es unterschiedliche Maßstäbe für Erfolg und Misserfolg bei der Partei und den zivilgesellschaftlichen Akteuren gab, woraus oftmals ein Mangel an Unterstützung für die zwischen der LINKEN und der SPD ausgehandelte Kompromisse resultierte.

Außerdem habe man erfahren müssen, dass sich die BürgerInnen rasch an Erreichtes gewöhnten. Der Stimmungswechsel in der Polizei, deren verändertes Agieren, die Verbesserungen bei der öffentlichen Daseinsvorsorge – alles sei als selbstverständlich hingegenommen und kein Vergleich zum Vorher mehr angestellt worden.

Dass der größere Partner, die SPD, alles vereinnahmt habe, was gut lief (1014BE), so ein «Absahngefühl», das habe es schon gegeben (1002BE); dass die SPD für gemeinsam Erreichtes eher belohnt wurde, gilt auch als eine geteilte Erfahrung. Allerdings nicht als platter «Erfolgsklau». Die SPD hatte ja ebenfalls stark an Stimmen

verloren. Es seien eher eigene Schwächen in der Kommunikation gewesen, die Unfähigkeit, mit den eigenen Erfolgen zu wuchern. Die SPD verfüge in dieser Hinsicht über bessere Netzwerke und eine größere Cleverness. DIE LINKE trete öffentlich eher als am Gemeinwohl orientiert auf, rede von der Stadt, weniger von konkreten Interessen bestimmter Bevölkerungsgruppen. Es sei aber so, dass das Bemühen ums sogenannte Gemeinwohl eher dem stärkeren Partner zugerechnet werde, auch deshalb, weil man dies mit präsenteren Personen verbinde (1011BE). Die SPD trete da deutlich klientelistischer auf.

Brandenburg 2009: Nach langem Anlauf gelingt eine rot-rote Koalition

Die Brandenburger LINKE konnte auf einen langen Vorlauf zur Koalitionsbildung verweisen. Es gab erstens bereits vor 2009 Sondierungen und Verhandlungen, die aber immer gescheitert waren. Man hatte daher Verhandlungserfahrungen. Der Landesverband hatte zweitens über mehrere Jahre aufwendig ein Leitbild für Brandenburgs Landesentwicklung ausgearbeitet. Sowohl mit professioneller Unterstützung als auch durch einen breiten Diskussionsprozess mit Parteibasis und Öffentlichkeit hatte man also vor den Landtagswahlen 2009 eine solide politische Agenda, die dann auch zur Grundlage des Wahlprogramms wurde.

Policy: Für die anstehenden Koalitionsverhandlungen hatte man drittens 15 sogenannte Schlüsselprojekte entwickelt. Die Übernahme der Mehrzahl davon in den Koalitionsvertrag war die Bedingung, den Vertrag anzunehmen. Das sei dann auch gelungen.

Von den Projekten können sechs dem Politikfeld Arbeit und Wirtschaft, vier dem Bereich Bildung und Kultur, zwei der Armutsbekämpfung, Mobilität und stärkerer Teilhabe, zwei den regionalen Kooperationen sowie eines dem Bereich Bürgerrechte zugeordnet werden. Die Pointe bei diesen Schlüsselprojekten war, dass diese einer klaren linken Vorstellung von Landesentwicklung folgten, neuralgische Punkte markierten, an denen Weichenstellungen vorgenommen werden sollten, die in ihrer Vielfalt Entwicklungen ermöglichen und auch triggern sollten (1001BRB). Das sei nicht immer von allen so verstanden worden, manche, auch unter den befragten Akteuren, sahen darin nur kleine Schritte, zu wenig für eine linke Partei, von der «Gesellschaftspolitik», «Geist, Idee, Richtung», eine «Geschichte» erwartet werde (1016BRB, 1015BRB).

Wie wurde verhandelt? Die SPD legte einen Entwurf eines Koalitionsvertrages vor, die LINKE ging mit ihren Schlüsselprojekten in die Verhandlungen. Eine Erfahrung war, dass beide Seiten beim ersten Mal gewissermaßen «auf Nummer sicher gehen» und darum die ihnen wichtigen Projekte konkret im Koalitionsvertrag festschreiben wollten. Anderes sei vage geblieben, bloße Zielbeschreibung ohne die jeweils nötigen Instrumente zu charakterisieren (1005BRB, 1016BRB).

Vage sei man auch bei solchen Themen geblieben, für die die Bedingungen nicht in landespolitischer Hand, sondern eher auf Bundesebene oder bei der EU lagen

(1009/1010BRB,² 1005BRB). Derartige Themen und Projekte (Beispiel ÖBS) seien immer riskant, weil ein Scheitern ohne eigenes Verschulden möglich ist.

In der reflexiven Verarbeitung dieser ersten Regierungsperiode ergab sich, dass man ein genaueres Bild von einer Koalitionspartnerschaft gewann, die dann auch ein anderes, offeneres Verfahren ermöglichte. Dazu habe es einerseits eines hohen Maßes an eigener Souveränität und eines entsprechenden Selbstbewusstseins bedurft, andererseits einer Akzeptanz durch den Partner (1013BRB).

Eine weitere Erfahrung war, dass es eine permanente interne Auseinandersetzung darüber gab, ob die politischen Ziele nun die im Koalitionsvertrag vereinbarten gemeinsamen Projekte seien oder die, die im Wahlprogramm standen. Dieser Konflikt sei nicht gelöst worden. Weder sei eine Arbeitsteilung gelungen, bei der die Exekutive sich um die Umsetzung des Koalitionsvertrages, die Fraktion um die möglichst darüber hinaus gehende Umsetzung des Wahlprogramms kümmern sollte (1009/1010BRB), noch hätten die eigene Partei und deren kommunale VertreterInnen dazu bewegt werden können, Vorhaben, die aus SPD-Ministerien kamen (Beispiel familienpolitisches Maßnahmenpaket – 1009/1010BRB) oder aus eigenen (Beispiel Nachhaltigkeitsstrategie – 1013BRB) als ihre anzunehmen und «unten» umzusetzen. Es habe kaum Verständnis für das gemeinsame Regieren in der Partei gegeben (1009/1010BRB). So können keine gemeinsamen *winsets* entstehen.

Zudem lernte man aus der Erfahrung, dass man einen Koalitionsvertrag nicht als abgeschlossenes Programm verstehen dürfe, sondern immer offen für neue Entwicklungen und Situationen sein müsse. Zunächst das zu leben, was ist, und nicht das, was man sich wünsche, und dann schauen, wie man die Gestaltungsspielräume nutzen könne (1005BRB).

Diese Erfahrung notwendiger Offenheit speiste sich auch daraus, dass während der Legislaturperiode einige regionalspezifische Themen überregionale Bedeutung erlangten (CCS, Nachtflugverbot/BER, Braunkohle) und sehr spezielle Themen auf die Agenda gerieten (Wählen mit 16, Verfassungsänderung – Antirassismus-Klausel) (1009/1010BRB).

Das führt zu den Erfahrungen mit der **Implementierung** der Schlüsselprojekte, deren Umsetzung in Landespolitik, in Regierungshandeln.

2009 habe die SPD auf allen der LINKEN wichtigen Feldern hinreichend Platz freigegeben, eine wichtige Erfahrung (1004BRB).

Man ist sich darin einig, dass man «fast alles erreicht» (1005BRB) beziehungsweise «wesentliche Ziele erreicht» habe (1006BRB) oder die Projekte «größtenteils erfolgreich abgearbeitet» habe (1009/1010BRB). Abhängig davon, wie weit man sich gegen den Koalitionspartner bei der Umsetzung durchsetzen konnte oder von bundespolitischen Rahmenbedingungen abhängig war (ÖBS, Grundsicherung für Kinder)

2 Das Interview mit einer Person wurde in zwei Teilen transkribiert, daher die doppelte Nummerierung.

wurden diese Einschätzungen relativiert. Aber auch diese Themen wurden ja in den Politikprozess eingeführt, was als ein Erfolgskriterium genommen wird.

Interessant ist, dass in den Erfahrungsberichten immer wieder Probleme und Themen eine hervorragende Bedeutung einnehmen, die *nicht* von der LINKEN gesetzt worden waren. So die Auseinandersetzung um die Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst, wo man bei den Verhandlungen die «größte Kröte» hatte schlucken müssen (von 51.000 auf 40.000, dann aber bei 44.000 landete), oder bei der Korrektur einer schlecht gemachten Polizeireform.

Die Schlüsselprojekte scheinen im Regierungshandeln und gelegentlich auch in der Legislative als eine Art «Brückenköpfe» oder Basislager funktioniert zu haben: Kam man an einer Stelle nicht weiter, etwa mit den Mikrokrediten für Start-Up- und Kleinstunternehmen, dann versuchte man das Ziel auf anderen (Förder-)Wegen zu erreichen.

Office: DIE LINKE bekam vier Ministerien: für Wirtschaft und Europaangelegenheiten, für Finanzen, für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz und für Justiz.

Als Erfahrung hat man mitgenommen, dass man bei der Wahl stets auf die realen Ressourcen schauen müsse. So habe man mit dem ÖBS ein zentrales Projekt ohne die nötigen Bundesmittel nicht realisieren können. Daher sei es fatal gewesen, das Arbeitsministerium übernommen zu haben (1004BRB). Das Ressort Arbeit sei nur scheinbar gut – der DGB würde sich freuen –, denn die Spielräume seien zu klein für die LINKE (1005BRB). Auch Soziales sei nur scheinbar ein für die LINKE gutes Ressort, weil auf Landesebene da ebenfalls wenig zu machen sei (1016BRB). Gleichwohl findet sich in einem Interview auch die Meinung, dass man Soziales, Daseinsvorsorge als Ressort brauche (1013BRB). Bildung sei ein zentrales Ressort, das die LINKE gern gehabt hätte (1016BRB).

Man habe 2009 die Vorstellung gehabt, es gebe typisch linke Ressorts. Die Erfahrung lehre, dass es gelte, auf jedem Feld die soziale Frage zu erkennen und damit offensiv umzugehen, gerade weil das nicht der verbreiteten öffentlichen Vorstellung entspreche (1001BRB).

Mit dem Wirtschaftsministerium habe die Partei stets gefremdelt. Man habe in der eigenen Partei und in der Öffentlichkeit die durchaus gut gesetzten sozialen Aspekte der linken Wirtschaftspolitik nicht gesehen, nur den «Braunkohleminister» Christoffers (1009/1010BRB, auch 1006BRB). Ressort und Person müssten zusammenpassen, das Ministerium müsse die Parteilinie vertreten. Das sei beim Wirtschaftsministerium unter Christoffers nicht der Fall gewesen (1004BRB, 1016 BRB).

Mit dem Justizministerium sei überraschend viel Gesellschaftspolitik möglich gewesen (1016BRB). Man habe einen kompetenten Minister gehabt und gute Politik gemacht, die auch aus anderen Bundesländern Anerkennung erfahren habe (1009/1010BRB). Aber Justiz sei insofern schwierig, als die aus dem Ministerium kommenden Initiativen nicht als linke Politik von der Wählerschaft wahrgenommen worden seien und nicht als dem linken Image entsprechend galten (1006BRB). The-

men wie Resozialisierung von Straftätern seien enorm unpopulär (1005BRB). Mit Justiz kriege man die Leute nicht (1013BRB).

Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz sei ein gutes Ressort gewesen, wenn auch wegen des Zuschnitts etwas unglücklich (1006BRB). Gegen alle bisherigen Images der LINKEN habe man den Versuch unternommen, intern und nach außen die Vision eines «Ministeriums für Lebensqualität» zu erzeugen (1013BRB).

Mit dem Finanzministerium habe sich die Vorstellung verbunden, den Beweis anzutreten, dass DIE LINKE solide Finanzpolitik machen könne, dass Haushaltskonsolidierung *und* eine Orientierung an sozialer Gerechtigkeit zusammen möglich und linke Projekte auch zu finanzieren seien (1006BRB).

Zur Arbeitsweise wurde aus einem Ministerium berichtet, dass die Maxime «Das haben wir immer so gemacht» außer Kraft gesetzt wurde, was die Hälfte der Verwaltung zunächst gut fand. Es bräuchte aber Staatssekretäre, die die Verwaltung in den Griff kriegen können, das sei nicht immer so gewesen (1013BRB).

Kritisch wurde angemerkt, dass es nicht gelungen sei, den Politikstil in Partei, Exekutive und Legislative zu qualifizieren. Man hätte die Rollen neu bestimmen müssen. «Mein Haus» – das sei nicht der Stil einer linken Partei. Man habe die MinisterInnen regieren lassen, die seien «plötzlich weg» gewesen. Sie hätten gute Politik gemacht, aber keine linke und die Partei nicht mit reingenommen. Es habe unproduktive Konflikte der «Häuser» untereinander gegeben. Man habe sich als MinisterIn gern «private Meinungen» erlaubt (1015BRB). Ein Minister habe vier Jahre lang aufhören wollen. Drei Minister hätten gegen eine Ministerin gearbeitet. Es habe keine gemeinsamen Projekte gegeben, nur «das Haus» (1013BRB).

Was die SPD betrifft, so habe es eine falsch verstandene Solidarität mit dem Koalitionspartner gegeben; man müsse lernen, auch dagegenzuhalten. Wichtig sei, sich nicht mit dem Stuhl, auf dem man sitzt, zu identifizieren (1015BRB). Zwar seien Entscheidungen in der Regierung kollektiv getroffen worden, die SPD habe die Schuld für Unpopuläres aber stets auf die Ressorts der LINKEN geschoben.

Eine interessante Reflexion ist die, dass der größte Fehler einer Regierung der sei, die Opposition für dumm zu halten, ihr die nötigen Informationen vorzuenthalten, die sie braucht, um sich unter realpolitischen Bedingungen eine Meinung bilden zu können. Der Informationszugang sei der Vorteil der Regierungsbeteiligung (1009/1010BRB).

Vote: Wie sehen die Akteure den Erfolg oder Misserfolg ihrer Regierungsperiode? Welchen Stellenwert bekommt dabei die Frage des *vote seeking*?

Das Versprochene sei erreicht worden, daran ändere auch das Wahlergebnis nichts. Die eigenen Themen und Erfolge seien für die Anhängerschaft schon relevant gewesen, aber in der Masse werde das Soziale noch stärker mit der SPD verbunden. Man habe die SPD selbst sozialer geredet, als sie sei (1016BRB).

Andere Sachverhalte aus fünf Jahren Regierung seien wahlrelevanter geworden: regionale Konflikte, eine Schar von überkritischen Meinungsführern, für die die

Regierung «die andere Seite» repräsentiere. Da stehe man als Opposition besser da (1001BRB). Es habe Verliererthemen wie den Flughafen BER gegeben, die die öffentliche Diskussion bestimmt hätten (1016BRB).

Man habe natürlich die Protestwähler verloren – «Du bist verantwortlich und dich brauche ich nicht wählen» (1005BRB) –, ebenso die Enttäuschten und Leute mit diffusen Ohnmachtsgefühlen (1006BRB). Man müsse lernen, den eigenen Anteil an Erfolgen herauszustellen. In dieser Hinsicht sei man nicht mutig genug gewesen (1006BRB).

Man habe als LINKE über eigene Erfolge und Misserfolge geredet, die SPD dagegen nur über Erfolge. Da sei DIE LINKE zwar ehrlicher, es sei aber psychologisch falsch und wohl auch Ausdruck dessen, dass die LINKE mit ihren Erfolgen gefremdelt habe (1009/1010BRB).

Die SPD habe eine gewisse Cleverness, Erfolge für sich zu reklamieren. Das dürfe aber nicht davon ablenken, dass es immer zuerst die eigenen Fehler und Konflikte seien, die am Ende darüber entscheiden, ob man wiedergewählt wird. (1013BRB).

Konflikte zwischen Parteiführung und Exekutive hätten eine negative Rolle gespielt, auch habe es lange kein «Gesicht», keine Identifikationsfigur für die linke Wählerschaft in Brandenburg gegeben (1004BRB).

Die SPD sei schneller dabei, Themen zu besetzen, die eigentlich Themen der LINKEN sein sollten, etwa kurz vor der Wahl das ostdeutsche Thema (1006BRB).

Man habe aber mehr erreicht, als im Koalitionsvertrag vereinbart gewesen sei, etwa beim Thema Inklusion in der Gesellschaft (über die Schule hinaus), beim Thema Personalentwicklung (mehr LehrerInnen als geplant), bei der Nachjustierung der Reform im Bereich Innere Sicherheit/Polizei und bei erneuerbaren Energien. «Innerhalb einer Legislatur schafft man, wenn der Grundgeist stimmt, mit dem man regiert, immer schon auch noch mal eine Menge an Bewegung». «Drunter darf es nicht laufen, drüber geht immer» (1006BRB).

Linke Qualität komme nicht als Verbesserung der Lebenssituation bei der Masse der Menschen an (1004BRB). Mehr LehrerInnen einzustellen sei gut, aber ändere an der privaten Situation vieler nichts. So sei das kein Erfolg in den Augen der Wählerschaft, ebenso wenig wie Verschlechterungen verhindert zu haben (1016BRB).

Außerdem habe man die Erfahrung gemacht, dass viele AnhängerInnen nicht zur Wahl gegangen seien, weil sie davon ausgingen, es würde auf jeden Fall eine (auch gewollte) Fortsetzung der rot-roten Koalition geben (1005BRB). Diese Gewissheit habe demobilisiert (1009/1010BRB).

«Ich glaube auch, dass man nicht dafür gewählt wird, was man gemacht hat, sondern für das, was man machen will.» Man dürfe keine Dankbarkeit erwarten (1009/1010BRB).

Exit-Strategien

Welche Rolle spielte bei der Entscheidung für das Mitregieren die Frage eines möglichen Ausstieges aus einer Koalition? Wann und unter welchen Bedingungen ist ein Kompromiss nicht mehr tragbar? Gab es überhaupt Exit-Strategien? Und welche Rolle spielten dabei sogenannte «rote Linien» oder «Haltelinien»?

Dunphy und Bale fanden heraus, dass die Beantwortung dieser Fragen für die von ihnen auf nationaler Ebene untersuchten kleinen Parteien sehr wichtig war, Teil ihres Überlebensprozesses.³ Die Gefahr, wegen ausbleibender Erfolge oder auch trotz beachtlicher Erfolge von der Wählerschaft abgestraft oder wenigstens nicht belohnt zu werden, ist für kleine Parteien groß. Wie aber sieht das für Parteien mit Volksparteicharakter aus, mit Zustimmungsraten von bis zu einem Drittel der Wählerschaft?

Kleine Parteien reagieren auf diese Herausforderung damit, dass sie mit der Parteibasis ein klares politisches Agreement eingehen, auf das sie sich dann berufen können, wenn sie unverzichtbare Schlüsselforderungen formulieren oder bestimmte Ressorts für sich reklamieren.

Mecklenburg-Vorpommern

Übereinstimmend wurde berichtet, dass die PDS in Mecklenburg-Vorpommern keine Exit-Strategie und keine Haltelinien gehabt habe. 1998 sei die Frage nur gewesen: Wie kommt man rein? Später erst habe ein Nachdenken darüber begonnen, wie man wieder herauskomme (1005MV).

Der politische Wille scheint zu Beginn der linken Regierungsbeteiligung stärker als die Sorge um ein Scheitern gewesen zu sein, jedenfalls bei den wichtigen Akteuren. Wer einen Koalitionsvertrag macht, der will zusammenarbeiten (1007MV).

Der Gedanke an ein Scheitern der Koalition sei dann aber auch überhöht worden zur Angst vor weitreichenderen Folgen für die Partei. Man habe sich nie gefragt, wann der Punkt erreicht sei, aus Angst davor, dann «weg vom Fenster» zu sein. Beide Einstellungen dürften später für die Bewertung der kritischen Situationen der Koalition handlungsrelevant geworden sein. Es hat einige kritische Entscheidungen gegeben, wo es zum Bruch hätte kommen können: Kreisgebietsreform oder die Zustimmung zum Zuwanderungsgesetz im Bundesrat (1002MV).

Grundsätze seien notwendig. Man habe vor der Aufkündigung der Koalition gestanden, als die SPD im Bundesrat mit der Zustimmung zur Rentenreform den Koalitionsvertrag gebrochen habe. Dieser Vertrauensbruch hätte zur Auflösung der Koalition führen müssen. Man sei aber unsicher gewesen, ob die Leute das als Flucht aus der Verantwortung oder als Stärke («die lassen nicht alles mit sich machen») gewertet hätten (1004MV). Man habe das dann «gesichtswahrend» hingenommen (1003MV) – verbunden mit der Hoffnung, später irgendwann einmal Druck machen und diese Karte spielen zu können (1004MV).

3 Vgl. Dunphy/Bale: *The radical left*, S. 493.

Haltelinien seien unbedingt notwendig, aber es sollte keinen Automatismus geben. Regelverletzungen der Koalitionspartner gehörten dazu (1006MV). Es müsse jeweils im Einzelfall entschieden werden, nach der eigenen Programmatik und nach den Handlungsmöglichkeiten auf den jeweiligen Feldern (1007MV). Bei groben Regelverstößen wäre es zum Bruch gekommen (1008MV). Die Frage der demokratischen Legitimation des weiteren Regierungshandelns spielte in den Erfahrungsberichten nur insofern eine Rolle, als man den Ministerpräsidenten nach seinem Wortbruch im Bundesrat vor Parteigremien zur Entschuldigung genötigt habe.

Man habe sich an die 1998 mit der Parteibasis vereinbarten zehn Punkte gehalten (1008MV).

Man habe Ziele gehabt, die unbedingt in den Koalitionsvertrag mussten und umgesetzt werden sollten (1003MV). Es gebe immer Mindestansprüche, was die LINKE «rauszuholen» habe, auch wenn das Wahlvolk es nicht dankt (1006MV).

Ein spezielles Argument nach 2002 war die bundespolitische Bedeutung der Regierungsbeteiligung auf Landesebene. Nachdem man aus dem Bundestag ausgeschieden war, brauchte man dringend die Aufmerksamkeit für die Partei durch die Regierungsbeteiligungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern.

Schließlich wurde übereinstimmend die Erfahrung gemacht, dass die von der Führung der Bundespartei aufgestellten «roten Linien» auf Landesebene nicht hilfreich oder nicht umsetzbar gewesen seien. Das Beispiel des Verbots jeglichen Personalabbaus im öffentlichen Dienst etwa, unabhängig von den konkreten Bedingungen, besonders der Bevölkerungsentwicklung, wurde mehrfach angeführt.

Berlin

Die Erfahrungsberichte der befragten Berliner Akteure sind widersprüchlich. Es habe keine «roten Linien» gegeben, nur immer wieder «Knackpunkte» und entsprechende Forderungen aus der Partei, Schluss zu machen. Wichtig schien es den Interviewten, zu betonen, dass man durchgehalten habe, was schwieriger gewesen sei als hinzuschmeißen (1002BE). «Rote Linien» seien Humbug, man habe vier Jahre, um hier und jetzt Verbesserungen zu erreichen, dazu habe man Schwerpunkte und Referenzprojekte, um nicht den Überblick zu verlieren (1008BE).

Es habe ein paar «rote Linien» gegeben, die man aber nicht öffentlich gemacht habe. Das hätte den anderen Gelegenheiten gegeben, die LINKE in derartige Situationen hineinzutreiben (1003BE).

Auch von Berliner Akteuren wird das Außerordentliche eines Koalitionsbruchs durch die LINKE betont: Man könne natürlich eine Regierung platzen lassen, aber nur einmal (1003BE). Die Frage sei, ob und wie man aus solchen Situationen ohne Gesichtsverlust herauskommen kann. Man müsse der Wählerschaft ehrlich sagen, dass es nicht weitergehe, und die sollten das dann mittragen (1014BE). Man müsse die Auseinandersetzung immer im Einzelfall führen und klarmachen, ob ein Exit wirklich nützt und begründet ist. Eine wichtige Frage dabei sei, ob das Thema poli-

tisierbar ist, es also hinreichende Relevanz für Teile der Bevölkerung und der eigenen Anhängerschaft habe. (1007BE).

Konflikte gebe es immer, man könne auch ernsthafte Fragen an den Koalitionspartner stellen. Aber wenn man nach eigenen Kriterien erfolgreich ist, dann kann man schwerlich aussteigen (1007BE).

Es habe solche Situationen gegeben: In der ersten Periode war der Haushalt verfassungswidrig, man hatte die Wahl, kommunale Wohnungen zu verkaufen oder anderswo eine Milliarde einzusparen. Beides war mit «Sündenfällen» für die PDS verbunden (1017BE). In der zweiten Periode blockierte die SPD die Wohnungsfrage, das sei auch inakzeptabel gewesen (1014BE). Die Anhebung der Kosten der Unterkunft war auch ein Problem mit nicht nur hoher symbolischer Aufladung.

Es entstand in den Interviews der Eindruck, dass die Akteure die Frage eines Exits, eines Koalitionsbruchs wahrgenommen haben als eine Frage großer persönlicher Verantwortung. Das korrespondiert mit dem Fehlen eines vorab gut geplanten parteiinternen Verfahrens für derartige Konfliktfälle. Da sei sehr viel informell gelaufen, und man habe es vermieden, ein Entscheidungsverfahren einzuleiten.

Brandenburg

Der Brandenburger Ansatz sei ein positiver gewesen: «Wir wollen Folgendes erreichen...». Es habe keiner «roten Linien» bedurft. Die hätten sich möglicherweise dann ergeben, wenn der Partner bei vereinbarten Projekten eine völlige Kehrtwende vollzogen hätte (1001BRB). Das sei bei den durch die Partei abgesicherten Schlüsselprojekten nicht der Fall gewesen.

«Rote Linien» könnten sich täglich ergeben, weil die Rahmenbedingungen sich ändern können. Man brauche daher ein Grundkonzept, einen Kompass, nicht starre Linien. Es gehe dabei auch um Kräfteverhältnisse und Verbündete unter sich verändernden Bedingungen (1015BRB).

Die Urabstimmung des Koalitionsvertrages habe gezeigt, dass die Partei den pragmatischen Kurs mittrug (1004BRB).

Haltelinien seien unnütz, stattdessen müsse man Gestaltungsspielräume ausloten und nutzen (1005BRB). Haltelinien brauche man nicht, wenn man um die Grenzen des Machbaren wisse. Das sei so gewesen bei den kritischen Themen Kohleausstieg und Personalabbau im öffentlichen Dienst. Man habe im Laufe der Legislaturperiode gemeinsame Positionen entwickelt (1006BRB).

Kritisch wurde aber auch angemerkt, dass das Regieren ein schleicher Prozess sei, in dem man die Haltelinien irgendwann für sich nicht mehr sieht. Man sei in eine merkwürdige (sozialdemokratische) Position hineingerutscht, von der aus die LINKE das rot-rote Projekt verteidigte, die SPD aber das «Wir machen ...» auf sich bezogen kommunizierte. DIE LINKE könne aber mit ihrer Wählerschaft nicht sozialdemokratisch kommunizieren (1016BRB).

Organisation, Zustand der Partei

Mecklenburg-Vorpommern

Generell wird der erstmalige Eintritt in eine Regierung als ein sehr konfliktbelasteter schmerzhafter Lernprozess beschrieben, der mit vielen Opfern für die Partei verbunden war. Symptomatisch dafür ist eine Reflexion über die aktuelle Lage der Landespartei: Die heutige Harmonie sei der oppositionellen Ohnmacht geschuldet. «Ob wir nun arbeiten oder nicht, für die landespolitische Entwicklung ist das nicht so entscheidend.» In der Opposition einen Spagat zwischen Erwartungen und Möglichkeiten hinzubekommen oder in der Regierung, das seien ganz unterschiedliche Herausforderungen (1002MV).

Der konflikthafte Lernprozess betraf (1) die Mitglieder und die Gliederungen der Landespartei; er entwickelte sich (2) auf ideologischer und programmatischer Ebene, hatte (3) eine personelle Dimension und wurde (4) medial ausgetragen. Er betraf (5) die innerparteiliche Organisationsarbeit und Kommunikation ebenso wie (6) das Verhältnis der Partei zu sozialen Akteuren der Zivilgesellschaft (Gewerkschaften, Vereine und Verbände). Der ganze Prozess wurde begleitet von Auseinandersetzungen mit den eigenen Milieus und Interessengruppen, der eigenen Wählerschaft.

Was den **Zustand der Partei** betrifft, so wurde immer wieder auf den anhaltenden Prozess der Alterung der Mitgliedschaft hingewiesen (1001MV). Viele Mitglieder seien 1998 schon alt gewesen und nun noch älter geworden (1008MV). Es wurde auch berichtet, dass es auf kommunaler Ebene weiterhin eine stabile Arbeit gegeben habe, kein Nachlassen des Engagements und der Aktivitäten zu konstatieren gewesen sei (1001MV).

Die Stimmung bei der ersten Regierungsübernahme sei stark von der kollektiven Erfahrung vieler Mitglieder aus der Nachwendezeit bestimmt worden. Nun sei man wieder wer, nicht mehr die Ausgestoßenen, die Aschenputtel (1008MV, 1003MV). Die 1989/90 Gedemütigten seien damals stolz gewesen, aber es habe auch Zuspruch von denjenigen gegeben, die gesellschaftspolitisch von der Nachwendezeit enttäuscht waren (1005MV).

Damit verbunden war vielfach eine gewisse passive Haltung: viel traditionelle Gefolgschaft, viel Vertrauen (1005MV). «Ganz zufrieden viele Leute, macht Ihr mal!» (1008MV). Das haben einige Akteure als Mangel empfunden; es habe keinen Druck gegeben, keine Kritik an den eigenen Leuten, keine Brüche. Die Parteimitglieder seien wie eine unbewegliche Masse gewesen, das sei wie eingeübt, ein Erbe der DDR (1008MV).

Die in der DDR Sozialisierten hätten erst lernen müssen, dass auch Minister nur im Rahmen von Gesetzen handeln können und Interessen abwägen müssten. Es habe Desillusionierungen gegeben, nicht über die PDS, wohl aber darüber, wie Macht funktioniere. Dass man auch in der Exekutive «nur» nach Gestaltungsspielräumen suchen und linke Akzente setzen könne (1003MV). Es sei «Externen» eher als Mitgliedern gelungen, das «Linke» darin zu erkennen.

Man habe 1998 aber auch lange gebraucht, um für sich zu erkennen, was man eigentlich wolle und auch könne, und das dann zu vermitteln. Man habe zunächst kein Bild von der tatsächlichen Haushaltslage gehabt und die Dimension der Probleme nicht erkannt, die sich aus extremer Arbeitslosigkeit, massiven Schulden und sonstigen Zwängen ergaben.

Beim ersten Mal habe die Partei die Bedeutung der neuen Aufgabe nicht in Gänze begriffen. Es sei schwer gewesen, aus der Oppositionsrolle in die Regierung zu wechseln. Die Konflikte und verpassten Chancen hätten eher die Landtagsfraktion und ihre Fachleuten thematisiert, während die Partei immer gekniffen habe. Sie habe zu viel ertragen, habe um jeden Preis regieren wollen (1006MV).

Andere dagegen seien nicht bereit gewesen, diese Zwänge zu akzeptieren. Die wären lieber wieder in der Opposition gewesen, weil sie Stimmenverluste fürchteten (1001MV). Dieser Widerspruch sei nie aufgelöst worden. Das Regieren habe einige abgeschreckt, die meinten, man habe so regiert, als bestehe die Koalition aus zwei sozialdemokratischen Parteien (1005MV).

Berichtet wird von tiefen Rissen in der Partei, verbunden mit Auseinandersetzungen um die Kreisgebietsreform und die Umsetzung der Hartz-IV-Gesetze auf Landesebene. Das habe zum Rückzug vieler Mitglieder geführt, die nicht mehr öffentlich für die Partei auftreten, Infostände und Wahlkampf machen wollten (1002MV).

Ernüchert hätten dann rasch Debatten darüber begonnen, dass durch das Regieren zu wenig rüberkomme, dass man *dafür* nicht gekämpft habe usw. Die hohe Arbeitslosigkeit habe einen sehr großen Druck erzeugt, was auch zu Austritten führte, die zum Teil «weiße Flecken» hinterließen, etwa in Neubrandenburg. Heftige Kontroversen wurden erinnert, die Mitglieder hätten sich über die Massenmedien informiert und entsprechendes Halbwissen und Vorurteile gehabt. Man habe einfach die Balance in der Partei nicht gefunden (1004MV).

In der Partei hätten sich damals Zirkel gebildet, deren Zweck die beständige Kritik und Vorführung der Regierenden gewesen sei (1002MV).

Mehrfach wurde berichtet, dass die Reaktion «von oben» auf harsche Kritik aus der Partei, auf «Frontalangriffe» (1004MV), eine Art Zurechtweisung gewesen sei, was wiederum zum Rückzug vieler GenossInnen geführt habe. Kritik wurde als Gegnerschaft zum Regieren interpretiert und bekämpft – man sei in ein Freund-Feind-Denken verfallen –, auch weil man «oben» von den eigenen Erfolge «berauscht» gewesen sei: Man habe Landräte gewonnen und bestimmte politische Erfolge gefeiert, war in einer gewissen Verblendung gefangen. Das sei ein «Riesenfehler» gewesen (1005MV).

Zu diesem Komplex gehören auch Erfahrungen mit und Reflexionen über Schwierigkeiten, Zustimmung zu organisieren. Es sei problematisch gewesen, die Entscheidungsfindung nachzuvollziehen. Das Momentum war rasch auf der Seite der Legislative und Exekutive, die bekamen ein auch so deutlich erlebtes Übergewicht, waren die eigentlichen Akteure. So seien Risse in der Partei entstanden, verbunden mit Entscheidungen zur Kreisgebietsreform und in Haushaltsfragen (Landeserziehungsgeld).

Das habe Glaubwürdigkeit gekostet. Eine Schlussfolgerung daraus sei, dass man den ganzen vorparlamentarischen Raum, respektive «die Leute», nicht nur die aus der Partei, mitnehmen müsse. Landtouren seien da ein richtiges Mittel (1007MV). Solche Rückkopplungen seien aber nur teilweise und im Alltagsgeschäft kaum möglich (1006MV).

Die Wahlniederlage 2002 sei ein Schock für die ganze Partei gewesen. Einige seien nicht souverän damit umgegangen, einige hätten nur Schuldige gesucht. Die Niederlage und der Umgang damit hätten die Partei einerseits zusammengebracht, andererseits aber auch einige abgestoßen (1006MV). Es habe große Diskussionen gegeben, die fast zu einem Patt zwischen Befürwortern und Gegnern erneuter Regierungsbeteiligung geführt hätten. Als Reaktion darauf wurde der folgende Verhandlungsprozess sehr transparent organisiert (1001MV).

Als Landespartei, die im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland politisch auf subnationaler Ebene zu agieren hat, sollte eine radikal linke Partei wie die PDS/DIE LINKE es vielleicht doch einfacher gehabt haben, in eine Mitte-links-Regierung einzutreten, ohne vier Jahre lang immer unmittelbar am sozialistischen Programmziel der Bundespartei, der Überwindung des Kapitalismus, gemessen zu werden. Die Erfahrungen der befragten Akteure des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern legen nahe, dass sich, ähnlich wie bei den von Dunphy und Bale untersuchten Parteien, die auf nationaler Ebene in Regierungen eintraten oder solche unterstützten, auch hier parteiinterne Zielfindungs- und Legitimationsprobleme ergaben.

Eine Erfahrung der Akteure in der Regierung war, dass **Regierungshandeln und Systemüberwindung** auseinanderzufallen schienen. Es sei nicht schwer gewesen für die PDS/DIE LINKE, praktische Politik zu machen, eine Politik, die darauf gerichtet war, Leuten zu helfen. Man habe für «unsere Klientel da einiges erreicht» (1001MV). Es ist die Rede von «kleinen Schritten», die man richtig einzuordnen und wertzuschätzen lernte (1003MV), die aber als Verbesserungen auf den Gebieten Demokratie, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit nicht möglich gewesen seien (1007MV). Realpolitik habe das Thema Systemüberwindung dominiert, die auf Landesebene auch nicht machbar sei. Dort könne man einzelne Bausteine verwirklichen, Akzente setzen (1004MV).

Fraktion und Landesvorstand waren, wie die Exekutive, mit «Tagespolitik» beschäftigt. Die «große Linie» sei für sie nicht mehr das Problem gewesen (1008MV). Fundamente waren damit nicht zu ändern. Es sei dies dennoch ein Transformationsprozess gewesen (1007MV).

Man habe den «dialektischen Widerspruch von Regierungshandeln und Anspruch auf Gesellschaftsveränderung, Sozialismus» erlebt. Sozialismus in Mecklenburg-Vorpommern sei nicht möglich gewesen. Das habe in Teilen der Partei zu einem Auseinanderfallen in «revolutionäre Sonntagsreden» auf der einen und eine «Apologie der kleinen Schritte» auf der anderen Seite geführt (1005MV). Die Parteibasis habe

diesen Prozess in Teilen mit «Urvertrauen», in Teilen mit «Urmisstrauen» verfolgt. Für beide Teile sei aber entscheidend gewesen, dass sie altersbedingt zunehmend den Bezug zum Berufsalltag, zum Vereinsleben der Zivilgesellschaft verloren hätten. Da habe sich eine Schere immer weiter geöffnet (1004MV).

Für die Partei sei dies aber auch ein Prozess des späten «Ankommens» gewesen. Die Menschen hätten eine neue Beziehung zu ihrer Heimat, zum Bundesland, zur Republik entwickeln können. Sie hätten sich nicht mehr als «am Rande stehend», sondern sich – auch über ihre RepräsentantInnen – als sich einbringend, gestaltend erlebt. Das hätte die ganze Partei verändert, man sei nun mittendrin statt nur am Rand (1003MV).

Berichtet wird, dass diese Prozesse freilich Teile der Partei überfordert hätten, manche auch lieber in eine «innere Opposition» gegangen seien. Das und mehr noch offene Kritik am Regieren formulierten wiederum Landtagsfraktion und Landesvorstand. Das sei nicht sonderlich konstruktiv geschehen und wäre eher hinderlich gewesen (1006MV).

In der «Logik der kleinen Schritte» dachte man die limitierten Möglichkeiten des Regierungshandelns als kleinerer Partner auf Landesebene mit dem programmatischen Anspruch der Systemüberwindung als Transformationsprozess zusammen. Die Akteure sahen sich dabei als auf einer mittleren Ebene agierend. Die Bundesebene sei die Ebene, auf der klare Gesellschaftskritik geübt werde, die kommunale Ebene sei die Ebene des «einfachen Gestaltens unter gesetzten Bedingungen». Das «strategische Dreieck» der Partei – Protest, Gestaltungsanspruch und Anspruch der Systemüberwindung – funktioniere auf der dazwischenliegenden Landesebene aber nur schwer, nicht zuletzt, weil die Leute nicht zwischen diesen drei Ebenen unterscheiden würden (1002MV).

Man habe gelernt, was unter gegebenen kapitalistischen Bedingungen geht oder nicht geht. Es habe Möglichkeiten gegeben, «aus dem Amt heraus» antikapitalistisch zu agieren, so habe der Arbeitsminister Holter öffentlich gegen Hartz IV protestiert und als stellvertretender Ministerpräsident den Besuch des damaligen US-Präsidenten Bush angeprangert (1002MV).

Man habe gelernt, über gesellschaftliche Verhältnisse, Kräfteverhältnisse zu sprechen und darüber, was unter den Bedingungen zu erreichen ist. Das sei etwas anderes gewesen als das Warten auf die berühmte «revolutionäre Situation» (1003MV).

Es sei dies auch ein emanzipatorischer Prozess gewesen, denn die Antworten von 1990 reichten zehn Jahre später nicht mehr aus. In den Auseinandersetzungen mit gesellschaftlichen Problemen hätten sich viele Leute weiterentwickelt, seien zu Experten im Baurecht, im Kommunalrecht, in Haushaltsfragen geworden. Man habe gelernt, mit den europäischen Fördertöpfen umzugehen. Mit den ersten Mikro-Darlehen für Existenzgründer habe man Unternehmergeist und -kultur von links befördert. Das sei auch ein Stück Wiedergutmachung für die in dieser Hinsicht verfehlte DDR-Politik gewesen (1002MV).

Dagegen haben andere Akteure das als einen «Rückzug in Ressorts», als eine Beschränkung auf die Existenz als «Fachpolitiker» eher negativ erlebt und verarbeitet (1008MV).⁴

Neben der Erfahrung der mittleren Ebene des Regierungshandelns im föderalen Deutschland machte man auch die Erfahrung, dass die Ansprüche an Gesellschaftsveränderung durchaus den verschiedenen Akteuren der Partei zugewiesen wurden. Man habe «keinen Schritt hin zur Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse» getan, dies sei für die Regierung auch schwierig und eher Sache der Partei (1001MV).

Es gab noch eine weitere Dimension bei den Auseinandersetzungen im Spannungsverhältnis zwischen Realpolitik, Alltagspolitik und Systembruch: Die Frage der Orientierung der «Regierenden» der PDS/LINKEN am Ziel des Sozialismus wurde von Teilen der Partei an deren Verhältnis zur DDR festgemacht. Berichtet wird von «DDR-Leuten», denen der Umgang mit der DDR, mit deren Erbe, mit Stasi usw. seitens der GenossInnen in Schwerin zu negativ erschien (1008MV). Die Frage an die Partei in Exekutive und Legislative lautete nicht: Wie haltet ihr es mit dem Sozialismus? Sie lautete: Wie haltet ihr es mit der DDR?

Die Regierungszeit erschien so als eine neue Episode im langen Prozess der Auseinandersetzung mit dem Scheitern des sogenannten «real existierenden Sozialismus», als Teil des un abgeschlossenen Identitätsbildungsprozesses der Linkspartei seit 1989.

In den Studien von Dunphy und Bale zu den kleinen radikal linken Parteien in Europa wird berichtet, dass sie beim Regierungseintritt **personelle Probleme** bekamen. Das bisherige Führungspersonal der Parteien wurde durch die Regierungsämter und die Stellen in der zweiten und dritten Ebene absorbiert. Die Parteien drohten auf diese Weise zeitweilig führungslos zu werden.

Diese Erfahrungen konnten die Akteure aus Mecklenburg-Vorpommern so nicht bestätigen. Zwar sei auch hier die Personaldecke dünn gewesen, aber das Problem war eher, dass kaum jemand MinisterIn oder StaatssekretärIn werden wollte. Man habe da wenig Auswahl gehabt (1008MV). Die Sorge, ob man im Amt mit der Unterstützung der Partei rechnen könne, sei groß gewesen. 1998 wollte gar die Spitzenkandidatin kein Amt übernehmen, was inakzeptabel gewesen sei (1003MV). Zugleich habe es manche doch zu gut dotierten Stellen hingezogen, was nach langen Jahren ehrenamtlichen Engagements und mit Blick auf die prekären Rentenerwartungen vieler GenossInnen verständlich gewesen sei. Da sei viel Opportunismus zu beobachten gewesen (1005MV).

Die Partei brauche, so eine Erfahrung, eine langfristige Personalentwicklung. 1998 sei man in die Regierung «reingeschliddert», 2002 war man personell schon besser vorbereitet. Auch habe es einen «Aderlass» von Fachleuten, ReferentInnen der Frak-

⁴ Diese sehr konkreten, differenzierenden Beschreibungen kontrastieren deutlich mit den etwas abstrakten Aussagen von Felfe u. a. (Warum?, S. 83 u. S. 108) über eine negative Veränderung der PDS zu einer Partei wie jede andere, die dann nicht mehr gebraucht werde.

tion gegeben. Durch den Wegfall des Oppositionszuschlags und entsprechender Stellen in der Landtagsfraktion sei das noch schwerer zu kompensieren gewesen. Man hätte daher unbedingt Stellen in der Exekutive mit eigenen Leuten besetzen müssen, neue Stellen schaffen, auch gegen den Widerstand der SPD.

Die meisten Akteure betrachteten also die Partei keineswegs als führungslos, nachdem das bisherige Führungspersonal wichtige neue Ämter übernommen hatte. Eher hätten sich diese Leute noch mehr Parteiarbeit aufgeladen. Das betraf AmtsinhaberInnen und MandatsträgerInnen, die in der Regel auf Kreisebene oder in Kommunen weitere Ämter, Mandate oder Parteifunktionen innehatten ebenso wie angestellte MitarbeiterInnen, die nun aus gesicherten Jobs heraus verstärkt Parteiarbeit leisten konnten (1006MV, 1004MV).

Es gab aber auch eine andere Meinung zur Frage der Führung oder Führungslosigkeit der Partei, was auch einem anderen Begriff von Führung geschuldet war. Wer unter Führung mehr als nur «die Partei mitnehmen» verstand, eine lebendige Partei wollte, wirkliche Beteiligung fordern, organisieren und wertschätzen wollte, der sah die Partei nach Regierungsübernahme «führungsleer» (1005MV).

Der weitaus größte Teil der Reflexionen zum Thema Führung der Partei während der Regierungszeit befasste sich mit den unterschiedlichen Führungsrollen, mit der Frage der Vereinbarkeit von Amt und Mandat, dem Verhältnis von Fraktionsvorstand, Landesvorstand und Regierungsmitgliedern.

Es seien die Hauptamtlichen in Regierung und Fraktion gewesen, die die Themen bestimmt hätten, nicht die Partei. Das «Oben» und «Unten» gebe es aber schon auf kommunaler Ebene (1001MV).

Parteigremien, speziell der Landesvorstand, seien entwertet worden (1005MV). Von Bedeutung sei der kritische Umgang der Landtagsfraktion mit der Regierungsmannschaft gewesen. Man habe nicht die Rolle des die Regierung bloß Tragenden gespielt, sondern sich auch als Kontrollinstanz, mit Mandat der WählerInnen, verstanden (1004MV).

Die Fragen, ob der Landesvorsitzende Mitglied des Landtags und zugleich stellvertretender Ministerpräsident sein sollte oder nicht, die MinisterInnen ihr Mandat behalten sollten oder nicht, wurden im Rückblick unterschiedlich beantwortet. Da spielte eine Rolle, wie man am besten ein Machtzentrum schafft, für die eigene Partei, aber auch für den Partner in der Regierung, und für den Einzelnen ging es darum, je nach eigener Position im Gefüge auf Augenhöhe zu sein, im Geschäft zu sein, zu wissen, was läuft. Funktionalität und Balance innerhalb der parlamentarischen Demokratie, das scheinen die Kriterien gewesen zu sein.

Die Bilanzen der kleinen Parteien in Regierungsverantwortung in Europa waren unterschiedlich, was den erwarteten Zustrom neuer Parteimitglieder betrifft. Für die PDS/DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern scheint die Erfahrung recht einheitlich. Auch nach dem Eintritt der PDS in die Regierung war eine Nähe zur, gar die Mitgliedschaft in der Partei noch ein Karrierehindernis. Dabei spielte auch eine

Rolle, dass die Öffentlichkeit diese Regierungsbeteiligung eher als Episode denn als nun ständige Option ansah. Natürlich habe es auch Menschen gegeben, die neu dazugekommen seien, leider auch Trittbrettfahrer (1006MV).

Als spannend erlebten die Akteure den Zugewinn an Vernetzung, an Kontakten und Arbeitsbeziehungen zu vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Personen aus der «gesellschaftlichen Mitte». Das müsse man aber organisiert, zielgerichtet, bewusst betreiben. Dazu gehöre auch die nachhaltige Pflege derartiger Kontakte (1006MV).

Welche Rolle spielten mit dem Regierungseintritt die **Medien**? Generell haben größere linke Parteien wie die PDS/DIE LINKE im Osten Deutschlands auch schon als Oppositionsparteien eine größere Medienaufmerksamkeit erfahren, eine breitere und kontinuierliche Berichterstattung als kleinere radikal linke Parteien auf nationaler Ebene in Europa. Insofern sollte der «Schock» für die Akteure beim Eintritt in eine Regierung nicht so groß gewesen sein. Eine Besonderheit in Mecklenburg-Vorpommern war, dass von 1990 bis 2006 nur drei Parteien dauerhaft im Landesparlament vertreten waren, die PDS/DIE LINKE konnte sich also ständiger medialer Aufmerksamkeit sicher sein.

Berichtet wurden generelle Erfahrungen vom Dasein als öffentliche Person: Mediale Präsenz erhöht den Abstand zur Partei; der Anzug und der Dienstwagen gehören dazu; mit der Wahl in ein Amt gelte man automatisch als kompetent. Genau diese Kompetenz entfremdet, man ist gefragt, erklärt politische Sachverhalte. Es mache einen Unterschied, ob man als Amtsperson in einen Betrieb komme oder ohne Amt. In offizieller Mission lerne man nicht die «wirkliche Welt» kennen (1005MV).

Eine geteilte Grunderfahrung ist die der eigenen Person im Spannungsfeld von *Verführung* und *Vorführung* durch die Medien, begleitet von einer strengen Selbstzensur im Privatleben und in der Politik: «Das ist ein schweres Leben, das muss man einfach mal sagen» (1003MV).

Ein Akteur berichtete, dass die erste Zeit des Regierens 1998 «furchtbar» gewesen sei. Man habe in täglicher Angst gelebt, was am nächsten Tag wieder in der Zeitung stehen würde (1002MV). Es habe teilweise schlimme Angriffe, etwa auf Martina Bunge, gegeben. Das habe Spuren hinterlassen (1004MV). Man verändere sich auf jeden Fall (1006MV). «Du wirst vorsichtig, wem du vertrauen kannst und wem nicht» (1007MV).

Daraus resultierte ein gewisses Grundmisstrauen gegenüber den Medien. Man dürfe das öffentliche Dasein nicht mit dem Vertrauen der Medien in die eigenen Aussagen verwechseln. Zu glauben, die Medien beherrschen zu können, sei ein großer Fehler gewesen. Linken werde kein Fehler verziehen (1007MV). In Regierung werde jedes Argument hinterfragt.

Wie waren die Reaktionen darauf? Berichtet wird von einem «Zwang zur Professionalisierung» (1004MV). Es sei eine Frage der Persönlichkeit, ob man das durchstehe. Man müsse aufpassen, dass man mit beiden Beinen auf der Erde bleibe, kein Kunstwerk werde, «ich» bleibe (1006MV). Man müsse glaubwürdig bleiben, das habe mit Moral zu tun (1007MV).

In der Öffentlichkeit bestehen zu können, dazu bedürfe es neben der Persönlichkeit auch einem intakten sozialen Umfeld. Gegen die Einsamkeit bei bestimmten Entscheidungen helfe nur «bedingungslose Solidarität» (1002MV). «Es ist ganz wichtig, Solidarität zu haben.» Verliere man die, müsse man das Amt aufgeben (1003MV).

Es habe klare Verabredungen gegeben, ein Rollenspiel, wer was nach außen vertritt. Immer wieder wird berichtet, dass das nur funktioniere, wenn «die Chemie stimme» (1002MV), man auf der «gleichen Wellenlänge» sei (1007MV). Gerade in Krisensituationen sei man eine «Leidensgemeinschaft», das schweiße die Führung zusammen. Als negative Erfahrung formuliert: Man sei Teil eines Betriebes, funktioniere (1005MV).

Dunphy und Bale stellten in ihrer Studie fest, dass die **Bedeutung innerparteilicher Kommunikation** und die **Hinwendung zu Organisationsfragen** der Partei für radikal linke Parteien in der Regierung besonders seien. Die neuen Spannungen innerhalb der Partei zwischen «Oben» und «Unten», zwischen aktiven und passiven Mitgliedern wollen moderiert werden. Das fällt kleinen Parteien dann schwer, wenn ein Großteil ihrer Aktiven, ihres «Apparates» für exekutive und legislative Angelegenheiten gebunden ist. Kritisch wird es, wenn ein Gros der Mitglieder einer Regierungsbeteiligung eher skeptisch bis ablehnend gegenübersteht.⁵ Einheit und Geschlossenheit der Partei auch organisatorisch zu bewahren scheint eine der Herausforderungen für radikal linke Parteien in der Regierung zu sein.

Wie stellt sich das im Rückblick für die Akteure in Mecklenburg-Vorpommern dar? Der erste Befund ist, dass eine große linke Partei in einem Bundesland sich auf eine weiterhin stabil funktionierende kommunale und regionale Parteiorganisation verlassen kann. Auf Kreisebene ist nicht nur die Landespolitik Thema, sondern auch die Kommunalpolitik und die Bundespolitik (1007MV). Ein zweiter Befund ist, dass die Mitgliedergewinnung immer ein Problem war, ob in der Opposition oder in der Regierung.

Es gibt ein gewisses Rollenverständnis für die Regierungszeit: «Die Exekutive informiert über die Landespolitik, die Partei macht Aktionen und an den großen Dingen der Bundespartei nehmen wir teil.» Man hätte die Partei aber auch in diesem Sinne führen müssen (1008MV). Die Regierung sei für die Gesetzgebung und Verwaltung des Landes zuständig gewesen, die Partei für die Verbindung zur Wählerschaft, für die Kommunikation zwischen Regierung und Gesellschaft (1006MV). Ihre Rolle als «führendes Organ» und als Korrektiv (der Regierungsarbeit) habe die Partei aber nicht angenommen (1006MV).

So ist die vielfach geteilte Erfahrung die, dass es eine Intensivierung der innerparteilichen Kommunikation gegeben, diese allerdings eher «top down» funktioniert habe. Die «in Schwerin Eingebundenen» hätten zumeist auch noch Funktionen in der Partei gehabt (1004MV). Manche Leute hätten sogar mehr Zeit für Parteiarbeit

5 Vgl. Dunphy/Bale: The radical left, S. 498.

gehabt als in der Opposition (1005MV). Es sei strikt geregelt gewesen, dass Abgeordnete auch vor Ort Parteiarbeit zu machen hätten, ebenso deren MitarbeiterInnen. So habe man Kraft gewonnen (1008MV). Anders als bei anderen Parteien hätten linke MinisterInnen noch ein Parteileben am Wochenende und nach Dienstschluss. Die Partei müsse informiert, Beschlüsse organisiert werden. Das sei kraftraubend, müsse ja stets auch vorbereitet werden (1003MV). So habe man die Erfahrung gemacht, an Grenzen zu kommen, dass die Kraft oft nicht für mehr gereicht habe.

Kommuniziert habe man in der ersten Periode nur, wenn Probleme aufgetaucht sind, und dann defensiv; man habe eine Rechtfertigungsstrategie verfolgt. Notwendig sei aber eine aktive Strategie, die Vorhaben, Bedingungen, Spielräume erklärt. Das müsse Teil des Regierungsgeschäfts sein (1006MV). Die Kommunikation sei zumeist erklärend, mitnehmend, verteidigend gewesen. Das sei falsch gewesen und hätte viel offener sein können (1002MV).

Radikal linke Parteien leben auch von ihrer außerparlamentarischen Tradition, von **Beteiligung an Protesten**. Sie pflegen enge **Bindungen zu entsprechenden sozialen Bewegungen, zivilgesellschaftlichen Akteuren** wie Gewerkschaften, Vereinen, Verbänden oder Bürgerinitiativen. Wie verträgt sich das mit dem Regierungshandeln?

Die Bilanz der PDS/DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern ist aus der Sicht der befragten Akteure grundsätzlich eine positive. Man habe sich weiterhin an für die ganze Partei zentralen Protesten (Frieden, soziale Gerechtigkeit) beteiligt (1002MV). Man habe gegen Sachen protestiert, die «nicht unsere» waren: Hartz IV, Castor-Transporte usw. (1005MV). In großen politischen Fragen, die nicht im Bundesland gelöst werden, sei man weiterhin Opposition gewesen, da habe es keinen Unterschied gemacht, ob man regiert oder nicht (1008MV).

Bei anderen Protesten habe man sich je nach Sachlage beteiligt. Es habe auch eine Arbeitsteilung gegeben: Teile der Partei hätten an Protesten, die auch die Landespolitik betrafen, teilgenommen, während die Exekutive erst einmal auf der anderen Seite gestanden hätte, weil sie ja dafür die Verantwortung gehabt habe (1006MV). Es sei schwierig gewesen zu entscheiden, ob man sich berechtigten Protesten anschließen sollte oder nicht. Die Partei könne das immer, die Landtagsfraktion nicht immer. Das habe auch den Druck auf den Koalitionspartner erhöht: «Wir haben den außerparlamentarischen Druck benutzt, um in der Regierungskoalition besser regieren zu können» (1007MV).

Natürlich sei man auch selbst zum Ziel von Protesten geworden, habe auch «Prügel bezogen». Dem müsse man sich aber stellen (1002MV), müsse damit einen Umgang finden, zum Dialog bereit sein (1006MV). Es habe wenig Proteste gegen die eigene Politik in Schwerin selbst gegeben, außer gegen die Gebietsreform (1005MV). Die sei «scheiße» gewesen, der Widerstand dagegen groß (1008MV). Es sei schwer, wenn man angegriffen und beleidigt wird. Das bleibe aber nicht aus, man müsse auch Entscheidungen gegen bestimmte außerparlamentarische Kräfte und deren Interessen treffen, dürfe da nicht feige sein (1007MV).

Generell habe sich das Spektrum der Interessenvertreter, mit denen man zu tun hatte, in der Regierung stark erweitert (1004MV). Das Verhältnis zu den Gewerkschaften sei gut gewesen. Man habe sich mit denen eng abgestimmt, die wollten eine linke Regierungsbeteiligung, haben diese mit vorbereitet. Die Gewerkschaften seien froh gewesen, dass die PDS/DIE LINKE das Arbeitsministerium übernommen habe, und hätten den Kontakt auch pragmatisch zur Durchsetzung ihrer Interessen genutzt. Beide hätten eine gut sozialdemokratische Durchsetzungspolitik gemacht: «Der eine will, der andre kann» (1006MV). Als Beispiele wurden genannt: die Entwicklung des modernsten Personalkonzepts in Deutschland und die gemeinsame Durchsetzung der Zahlung von Tariflohn beziehungsweise ortsüblicher Löhne bei öffentlichen Aufträgen.

Berichtet wird auch von einem anderen Stil der Exekutive im Umgang mit Interessengruppen. Der Zugang für Vereine und Verbände sei ein anderer, besserer, die Diskussionskultur und die Entscheidungsprozesse seien kooperativer, konstruktiver gewesen (1002MV).

Man habe Klientelpolitik gemacht, für Umweltverbände und -gruppen, für Sozialverbände, auch für die Traditionsverbände der DDR. Dabei habe es mehrere Probleme gegeben: Erstens fasere diese Klientelpolitik sehr stark aus, man habe viele Interessen zu bedienen gehabt. Man sei «im Amt für alle da» und dürfe keinen schlechter stellen. Da passten auch der Koalitionspartner und die Opposition auf. Zweitens habe man nie versucht, gewisse «Deals» zu machen, sich also der Unterstützung bei Wahlen im Gegenzug für Leistungen zu versichern. Und drittens sei eine Grunderfahrung, dass man keinen Dank zu erwarten habe. Diese Leistungen würden von der PDS/DIE LINKE einfach erwartet. Eher habe es eine «späte Reue» bei manchen gegeben, nachdem man aus der Regierung ausgeschieden war.

Berlin

Eine zentrale Erfahrung der befragten Akteure in Berlin, den **Zustand der Partei** betreffend, war die »Überdehnung« der Partei mit dem Regierungseintritt und eine damit einhergehende Entfremdung von der Basis. Es habe ein «mentales Wegrücken» gegeben und Mobilisierungsprobleme, die damit erklärt wurden, dass die Leute älter geworden seien (1007BE). Berichtet wird von einem «Nachlassen der Älteren», verbunden mit der Einstellung: «Uns geht es doch gut, und den Sozialismus werden wir nicht mehr erleben» (1002BE).

Es habe schon wegen der Präambel zum ersten Koalitionsvertrag 2002 Austritte gegeben, wegen der darin eingenommenen (allzu kritischen) Haltung zur DDR-Geschichte, aber es seien auch neue Mitglieder gewonnen worden (1008BE).

Viele Mitglieder seien enttäuscht und frustriert gewesen, hätten sich nicht mehr an Infostände gestellt, seien nicht mehr bereit und auch nicht in der Lage gewesen, die politischen Auseinandersetzungen um die Berliner Landespolitik in der eigenen Partei zu führen. Die Politik der Berliner PDS sei weniger aus der eigenen Partei heraus verteidigt worden (1008BE).

Die Partei habe in der ersten Periode nie voll hinter der Regierungsbeteiligung gestanden. Große Teile hätten sich passiv, duldsam verhalten. Das sei in der zweiten Periode etwas besser geworden. Generell aber seien die Mitglieder nicht auf das Regieren vorbereitet gewesen, hätten es vorgezogen, sich zurückzulehnen, zuzuschauen und zu kommentieren. Die Wählerschaft habe sich ähnlich verhalten (1011BE).

Die Basis habe sich das alles angeschaut und die Arbeit der Regierenden benotet (1017BE) und dabei «manche Realität nicht wahrgenommen», etwa bei der Kürzung des Blindengeldes oder bei Kürzungen in anderen sozialen Bereichen. Im Vergleich zur Praxis in andern Bundesländern sei man in Berlin noch gut dabei gewesen (1014BE).

Andererseits wurde auch auf die «relativ hohe Identifikation» der Partei mit der Arbeit der Regierung verwiesen, man habe auf Landesparteitagen eine Zustimmung von zwei Dritteln der Delegierten sicher gehabt. Anders als gegenüber der Wählerschaft habe man dort die Chance gehabt, sich und die Politik zu erläutern (1012BE).

In dieser Phase der «Überdehnung» habe man sich stark belastet gefühlt. Auf wenigen Personen habe viel Verantwortung gelastet, da man es nicht geschafft habe, eine «unterstützende Arbeitsstruktur» zu schaffen (1017BE). Man habe geredet, versucht zu erklären, sei dabei aber immer defensiv gewesen. Man habe die Haltung von Gescheiterten eingenommen, die ihr Scheitern erklären. Diese Haltung entsteht unter Druck und erzeugt bei den Akteuren das Gefühl, nicht alles erreicht zu haben, was drin gewesen wäre – auch wenn das gar nicht so ist. Man sei in eine Abwärtsspirale geraten, aus der heraus man keine eigene Stärke habe entwickeln können (1014BE). Je länger man regiert, desto stärker werde die Gefahr des «systemischen Funktionierens». Als Akteur werde man immer kürzer angebunden gegenüber den Mitgliedern. Das sei die «Macht der Institutionen». Man müsse aufpassen, dass man sich dem nicht vollständig ergibt, wie die SPD (1012BE).

Die Basis habe auch kein großes Interesse an anderen gesellschaftlichen Bereichen entwickelt, die man sich beim Regieren erschloss. Die Regierungsbeteiligung hat an der Substanz der Partei gezehrt, das sei aber auch in Opposition so gewesen (1017BE).

Die Berliner PDS/DIE LINKE sei breit und bunt aufgestellt, nicht zuletzt aufgrund der unterschiedlichen Politikerfahrungen der Mitglieder aus PDS und WASG. Teile der Partei seien gegen die Regierungsbeteiligung gewesen. Belastend seien die ständigen Debatten gewesen, ob die Möglichkeit, die bessere von zwei Lösungen zu wählen, durchaus linke Politik sein könne oder ob das schon zwangsläufig Prinzipienverrat sei (1017BE). An der Frage der Regierungsbeteiligung habe sich ein großer Flügel immerzu abgearbeitet (1011BE). Das alles habe das Parteileben nicht aktiviert.

Im *erfahrenen* Spannungsfeld zwischen **Regierungshandeln und Systemveränderung** zeigt sich eine große Differenziertheit der Berliner Landespartei bereits zum Zeitpunkt des Regierungsantritts, die sich im weiteren Verlauf noch verstärkt, sowohl in Bezug auf die zeitlichen Erwartungshorizonte als auch auf die Reichweite und Tiefe der gesellschaftlichen Veränderung. Die eigenen Leute hätten unerfüllbare Er-

wartungen gehabt, die vielleicht berechtigt, aber eben nicht erfüllbar gewesen seien (1017BE). Erwartungen seien enorm hoch, nicht realistisch gewesen (1008BE). Die Erwartungen seien höher gewesen als bei anderen Parteien. Nach solchen Maßstäben könne man nicht erfolgreich sein (1011BE). «Das ist ja ein alter Hut, dass die Erwartungen an eine linke Regierung immer unerfüllbar hoch sind» (1017BE).

Gerade in der ersten Periode habe es viele Erwartungen gegeben, die wenig mit Stadtpolitik, dafür viel mit symbolischer Politik (Teilnahme der eigenen Regierungsmitglieder an Protesten bei Staatsbesuchen usw.) zu tun gehabt hätten. Das habe man unterschätzt (1007BE).

Erklärt wird diese Distanz zur praktischen Stadtpolitik zum einen mit einer «Entrücktheit» von Teilen der Mitgliedschaft aufgrund ihres fortgeschrittenen Alters. Diese Mitglieder wollten Stadtpolitik nicht mehr im Detail diskutieren (1007BE). Mit dem Alter hätten sie sich von den Problemen, die Menschen im Erwerbsleben haben, entfernt. Dadurch fehlten ihnen die unmittelbaren Anstöße, Gesellschaftsveränderung zu begreifen (1011BE). Zum anderen hätten die Menschen nur schwer die verschiedenen föderalen Ebenen der Politik (Bund, Land, Stadtbezirk) unterscheiden können (1008BE). Und schließlich gebe es auch «Grenzen des Redens». Es sei ein Irrtum zu glauben, dass unsere Klientel gern mit den Regierenden über politische Projekte rede. «Man stützt nicht diejenigen, die an der Regierung sind, man arbeitet lieber mit der Opposition zusammen» (1008BE).

Es gab aber auch ganz andere Erinnerungen, nach denen pragmatische Erwartungshaltungen vorherrschend gewesen seien, so bei 1017BE: Die AnhängerInnen hätten keine weitergehenden Erwartungen gehabt, keine Wunder erwartet und keinen tief greifenden Wandel, auch wenn allgemein die Gesellschaft gerechter werden sollte. Sie wollten im Einzelnen eine Politik, die an linken Werten und Prinzipien orientiert sei. Das habe man gelegentlich missachtet, sodass es bei einzelnen Themen mit hohem symbolischen Wert zu Fehlentscheidungen gekommen sei (1014BE).

So habe es dann auch Teile der Partei gegeben, die sich gezwungen sahen, sich mit den «Mechanismen» auseinanderzusetzen, Machbarkeit zu erkunden. Das habe der Partei einen Schub gegeben, sich mit bestimmten stadtpolitischen Themen und Entscheidungen zu beschäftigen. Dadurch habe sich eine differenzierte Sicht mit vielen Grautönen ergeben. Das habe auch Kritiker leiser werden lassen, was eine wichtige Erfahrung für die Partei gewesen sei (1003BE).

Wie wurden diese Spannungen von den Akteuren verarbeitet?

Man habe eine sachliche, pragmatische Politik gemacht: «Das sind die Rahmenbedingungen und da versuchen wir das maximale in Richtung unserer Programmatik rauszuholen.» Man habe sich und anderen da nichts vorgemacht (1003BE).

Die Linie der Partei sei es gewesen, Verbesserungen im Hier und Jetzt zu erreichen, bessere Krankenversorgung, bessere Renten usw., und nicht zu warten, bis der Sozialismus kommt. So hätten auch die Mitglieder gedacht, auch wenn sie dies ungern zugäben (1008BE).

Man habe die Erkenntnis gewonnen, dass Landespolitik etwas anderes als ein Systemwechsel sei. Dabei habe man aber viel Gelegenheit zur Kooperation mit Akteuren gehabt, die weitergehende Vorstellungen verfolgten, zum Beispiel im Umweltbereich oder bei Kulturprojekten, die man mit Fördergeldern unterstützt habe (1017BE).

Bei diesem pragmatischen Kurs sei es fatal gewesen, dass bestimmte Kürzungen aufgrund des Sanierungskurses der ersten Periode stets gegen jedes Beispiel eines Erfolges aufgerechnet worden seien. Auch sei es nicht gelungen, am Einzelnen das über den gegenwärtigen Zustand Hinausweisende zu zeigen, etwa bei der Schulreform (1007BE).

Das «strategische Dreieck» sei wichtig gewesen. Darum habe man sich auch so «verkämpft» beim ÖBS, weil dieser einen systemüberwindenden Ansatz enthielt, weil ein Teil Arbeit aus dem Widerspruch von Kapital und Arbeit herausgelöst wird. Man habe da eine Niederlage erlitten, keinen guten Namen für das Projekt gefunden, und die Best-Practice-Beispiele hätten die SPD-Bezirksbürgermeister für sich reklamiert. Man habe keine Antwort auf den Vorwurf gefunden, dass ÖBS nur einen kleinen Kreis von Langzeitarbeitslosen betreffe und nichts für alle Transferempfänger war (1012BE).

Bei manchen blieb vor allem Skepsis zurück: «Alle Begriffe, die etwas Ermutigendes haben und wo man leuchtende Augen kriegt, verlieren im täglichen Gebrauch ein bisschen ihren Zauber.» Es sei ein Unterschied, ob man gerade eine Verwaltung leiten muss oder nicht. Viele hätten die Idee gehabt, man wählt eine linke Partei mit utopischen Vorstellungen, und die wissen, wie es geht. Wissen die aber auch nicht und stellen sich einen gemeinsamen gesellschaftlichen Lern- und Transformationsprozess vor (1017BE). Die Partei habe zu wenig begriffen, dass es ihre Rolle ist, in der Stadt Probleme aufzuspüren, Politik zu entwickeln und weitergehende Themen zu diskutieren (1014BE). Man habe sich bemüht, eine Vision für Berlin zu entwickeln, das sei aber nur wenig weit gediehen. Es gebe zwar einen utopischen Überschuss, doch die Frage blieb offen, ob der sich mit konkreten Vorstellungen verbindet, was heute zu tun ist, oder eine abstrakte Hoffnung auf den «großen Krach» bleibt (1011BE).

Was hat sich beim Regierungseintritt an der **Führungsstruktur** der Berliner Landespartei verändert? Gab es **personelle Probleme**?

Generell ist, so die Erfahrung, das politische System derart angelegt, dass sich die Macht vom gewählten Vorstand hin zur Fraktion verschiebt. Wenn dann in der Regierung hinzukommt, dass die Legislative tendenziell Regierungsfraktion, also Truppe der Regierung ist, dann gibt die Regierung die Richtung vor. Sie tut dies, indem sie Rahmenbedingungen setzt und die Diskussion des Für und Wider verschiedener Optionen bestimmt (1003BE). Der Exekutive würden die Abgeordneten irgendwann lästig, man wolle nicht mehr diskutieren, wo entschieden werden muss. Der Koalitionsvertrag könne nicht immer wieder neu diskutiert und infrage gestellt werden. Das müsse geklärt werden (1008BE).

Fraktion und Exekutive gewöhnen ein Übergewicht, die Partei komme in der Öffentlichkeit, das heißt in den Medien, nicht mehr vor (1008BE). Dadurch verstärke

sich, was in Berlin schon Tradition sei, das «Sich-Absetzen» der Basis von Amts- und MandatsträgerInnen (1002BE). Denn der Landesvorstand werde für Regierungspolitik verantwortlich gemacht und in Haftung genommen, die Mitglieder gingen dann auf Abstand (1008BE).

Was die Auswirkungen der Regierungsbeteiligung auf die Parteiführung betrifft, so gab es unterschiedliche Einschätzungen. Die einen sagen, dass es 2001 praktisch keine selbstständige Führung der Landespartei mehr gegeben habe, geführt hätten die Abgeordneten, die im Landesvorstand saßen (1002BE). Als Stefan Liebig Partei- und Fraktionsvorsitzender wurde, sei die Partei führungslos gewesen. Zusammen seien die Ämter nicht gleich gut zu führen. (1011BE). Andere sagen, dass die Partei dadurch keineswegs führungslos oder verkümmert sei. Es seien ja nur 10 bis 20 Leute wirklich eng in die Regierung eingebunden gewesen (1003BE). Allerdings habe sich auch in der Sache, thematisch, die Führungsarbeit auf Regierungspolitik hin verschoben. Das Personal könne nicht gleichzeitig über die Partei und über das Regieren nachdenken (1007BE).

Da Abgeordnete in die Exekutive gegangen seien, die im Landesvorstand keine Funktion hatten, habe das auch einen Generationswechsel mit sich gebracht. Andererseits sei der Landesvorstand zu einer «Mittler-Instanz» geworden: Wenn Exekutive und Fraktion auf Kritik der Partei nicht reagierten, habe man sich an den Vorstand gewandt, der sich dann mit kleinteiligen Regierungsproblemen befassen musste (1014BE).

Es habe «seit Jahr und Tag keine Personalentwicklung» gegeben, auch schon in Oppositionszeiten nicht. Das sei aber Aufgabe der Gesamtpartei, Perspektiven für Leute mit Verwaltungsausbildung zu schaffen und Mitglieder zu solchen Ausbildungen zu ermuntern (1008BE). Personalentwicklung, Bildungsarbeit, Personalförderung habe nicht stattgefunden. Das sei bis heute ein Schwachpunkt; andere Parteien seien in dieser Hinsicht besser, hätten Formate, die auch Spaß machen (1017BE).

Die Führung der Partei durch Leute, die «in den Logiken der Verwaltungs- und Parlamentsapparate steckten», die nicht die Perspektive der Partei entsprachen, sei in der ersten Regierungsperiode auf eine Einbahnstraßen-Kommunikation zum Zwecke der Befriedung der Partei hinausgelaufen (1011BE).

Das Problem der Verantwortlichkeit der Amts- und MandatsträgerInnen gegenüber der Partei wurde als Leitungsproblem durchaus gesehen. Gerade in der zweiten Periode hätten einige Regierungsmitglieder, das ernster zu nehmen versucht, mit unterschiedlichem Erfolg (1002BE).

Steigerte die Regierungsbeteiligung die Attraktivität der Landespartei, kamen neue Leute zur Partei? Nach den Erfahrungen war das kaum der Fall. Sicherlich hätte die Aussicht auf Macht und Geld einige Menschen angezogen. Eine geordnete Personalpolitik aber, die Leute mit Fachkompetenzen und der Fähigkeit, mit Menschen arbeiten zu können, gefördert hätte, habe es nicht gegeben (1002BE). Immerhin seien Vorurteile abgebaut worden (1017BE).

Die gestiegene Akzeptanz, die öffentliche Darstellung als «normale Parlamentspartei» habe viele neue Kontakte gebracht im öffentlichen Dienst, in den Wissenschaften usw. (1012BE). Von Berufs wegen sind viele Menschen ins Umfeld der Partei geraten, die weiterhin ansprechbar seien, das habe das Verhältnis der Partei zur Zivilgesellschaft verändert (1007BE). Neue Leute seien nicht gewonnen worden, aber neue Partner. In Berlin werde das Personal auch für Landespolitik eher auf Bezirksebene rekrutiert (1014BE).

Was ändert sich im Umgang mit den **Medien**, wenn man in eine Landesregierung eintritt? Generell wurden die Erfahrungen wohl durch eine scheinbar traditionelle linke Voreingenommenheit mitbestimmt. «Das sind nicht unsere Medien», hieß es zum Beispiel. Die Medien hielten kritische Distanz, berichteten nicht über wirklich wichtige und mutige Entscheidungen, etwa über Thomas Flierls Opernstiftung, sondern wollten der LINKEN lieber «einen reinziehen» (1003BE).

Solche Urteil wurden aber auch selbstkritisch hinterfragt. Es gebe eine linke Voreingenommenheit gegenüber den Medien, die oft das eigene Unvermögen kaschiere, mit diesen angemessen umzugehen. Selbst habe man keine schlechten Erfahrungen gemacht und werde für das wahrgenommen, was man in der Stadtpolitik mache. Gleichwohl sei das ständige Gefühl, in den Medien unterrepräsentiert zu sein, merkwürdigerweise geblieben (1017BE). Es habe keine unfaire Medienbegleitung gegeben. Nur ein Jahr vor der Wahl hätten alle Medien schlagartig umgeschaltet und DIE LINKE sei dann nicht mehr vorgekommen (1007BE). Das zu kompensieren habe enorme Ressourcen gebunden (1003BE).

Die Medien seien schon die vierte Macht (1002BE). Umfragewerte und Medienresonanz bestimmten immer mehr das Regieren. Besonders wenn die Resonanz aus den eigenen Reihen «mangelhaft oder mies» sei (1011BE). Dann werde auf den Prespiegel zurückgegriffen, um sich ein Feedback zu verschaffen.

Wie wurde darauf reagiert? Schlagartig habe sich für einige alles geändert, beispielsweise nachdem die Gesundheitssenatorin beim Rauchen «erwischt» worden war. Man kontrollierte sich mehr, wurde aufmerksamer und entwickelte einen bewussten Umgang mit der Tatsache, eine öffentliche Person zu sein (1017BE). Man habe einen «verantwortlichen Umgang» mit den Medien versucht. Dabei sei ein Grundvertrauen untereinander wichtig. Ebenso brauche es eine «Feedback-Kultur», man müsse einander wahrnehmen und darüber reden (1014BE). Nach Gregor Gysis Abgang seien mehr Leute für die Medien interessant geworden, SenatorInnen, Fraktions- und Landesvorsitzende. Von denen sei «keiner ausgeschert», habe sich keiner auf Kosten der Partei profiliert (1014BE).

Generell habe man «kein gutes Händchen» gehabt, was Öffentlichkeits- und Medienarbeit betrifft. Man habe unterschätzt, dass Meinungsbildung über Schlagzeilen erfolgt (1002BE). Es komme darauf an, sachliche Arbeit zu machen, Kontakte herzustellen, unaufgeregt zu agieren und keine großen «Böcke zu schießen». Man habe aber keine Strukturen aufgebaut, es sei eher ein Prozess der Selbstdisziplinierung gewesen

(1003BE), ein Lernprozess. Man dürfe als Exekutive nichts Falsches sagen, müsse auf alles vorbereitet sein, mit einer Zunge sprechen, nicht in jedes Mikrofon «beißen» (1008BE). Man brauche nicht nur Charisma, sondern auch Redetalent, die «ungeheure Fähigkeit zu niveaувollen Reaktionen» (1002BE).

Einfache Abgeordnete würden von den Medien weniger angefragt, bekämen aber auch kaum Medientraining. Gefragt seien die Abgeordneten der LINKEN, wenn die Partei in der Opposition ist, in der Regierung sei nur die Exekutive für die Medien von Interesse.

Andere Erfahrungen besagen, dass man leicht die Wirkung von Meldungen über die eigene Person überschätze. Öffentlichkeit verführe, man scheint wichtiger als andere zu sein. Um da immer wieder auf den Boden geholt zu werden, brauche es ein gutes Umfeld (1012BE).

Generell wird die **innerparteiliche Kommunikation** von den befragten Akteuren als defizitär erinnert. Man sei permanent am Reden und Erklären gewesen, während die Parteibasis (die «andere Seite») die Haltung eingenommen habe: «Wir wissen nichts.» «Als ob man auf unterschiedlichen Umlaufbahnen unterwegs war» (1017BE).

In vielen Veranstaltungen habe sich die Partei «informieren lassen». Dabei habe man zeigen können, dass man «keine Scheiße redet». Das habe auch die «Radaubrüder ruhiger gemacht». Andererseits sei dabei auch jede Spontaneität verloren gegangen (1003BE).

In der ersten Regierungsperiode habe man viel mehr innerparteilich kommuniziert als in der zweiten, auch bundesweit. Die Angriffe wie auch die Erklärungsnot angesichts umstrittener Entscheidungen wie der Kürzung des Blindengeldes waren in der ganzen Partei groß. Vieles war kompliziert, es ging um «fast nicht erklärbare Zusammenhänge». Man habe es mit dem «Argument des Tages» versucht, einer aktuellen Massenpublikation, was bei den Mitgliedern aber kaum angekommen sei (1008BE).

Es habe eine «gestörte Feedback-Konstellation» gegeben: Wenn (1) die eigenen Leute nicht davon überzeugt sind, dass es richtig ist zu regieren, (2) von den Regierenden immer nur einseitig erklärt und gerechtfertigt wird, dann entstehe (3) eine Stimmung, in der keiner mehr etwas sagt (1011BE).

Generell habe es mehr Kommunikation auf den einzelnen Ebenen (Stadtbezirken) gegeben, fürs Land habe man keinen Plan gehabt. Es sei aber notwendig, Verabredungen zur Gesamtverantwortung für die innerparteiliche Kommunikation auf Landesebene zu treffen (1007BE).

Die Partei habe drei Jahre lang ihre Rolle gegenüber dem Regieren zu finden versucht – als kritische Begleitung, dabei das Ganze stützend –, doch mit nur wenig Erfolg (1014BE).

Sehr verallgemeinernd wird als Ursache problematischer Kommunikation berichtet, dass es einen Mangel an einer offensiven, konstruktiven Auseinandersetzung mit Positionen in den eigenen Reihen und in der SPD gegeben habe. Man hätte miteinander reden, mehr ausloten müssen, nur so wären Kompromisse vermittelbar gewe-

sen. Als man nach der Wahlniederlage 2006 versucht habe, dies mit einer Reihe von Basiskonferenzen zu ändern, sei man aber an Grenzen gestoßen. Die Basis habe sich aber nicht geöffnet, nicht zuletzt wegen der Vergangenheit vieler Mitglieder aus der SED und SEW; die seien sehr auf sich bezogen gewesen, hätten eine Scheu vor der Öffentlichkeit gehabt (1002BE).

Die oben beschriebene «Überdehnung» des Landesverbandes habe in der innerparteilichen Kommunikation einen gewissen Schutzmechanismus bei den einfachen Mitgliedern hervorgebracht, die sich als unwissend, uninformiert präsentierten. Ihr artikuliertes Informationsbedürfnis sei nur symbolisch gewesen, denn eigentlich hätten sie eher nicht informiert werden wollen und sich selbst auch nur wenig aktiv informiert (1002BE). Das habe der Abwehr von Verantwortung gedient, so waren es immer «die da oben», man selbst wusste ja von nichts.

Wie verträgt sich das mit dem auch berichteten breiten Grundvertrauen? Mit dem Regieren sei eine Beschleunigung von politischen Prozessen verbunden, was dazu führte, dass Mitglieder von Entscheidungen erst aus der Zeitung erfahren, das gibt es in der Opposition nicht. Daraus entsteht ein Nacharbeitsbedarf, aber man könne nie nacharbeiten. Daher müsse man eine politische Kultur in der Partei haben, ein Grundvertrauen und Grundverständnis. Dann könnten Details ruhig diskutiert werden. Neben der «Überdehnung» der Partei scheint es auch ein «gesteigertes Tempo» politischer Prozesse zu geben, dem die Partei nicht immer gewachsen war (1014BE).

Angesichts dieser Situation waren die Akteure auf Landesebene freilich schlicht überfordert. Die Kommunikationsstörung sei strukturell geworden. Aufseiten der Akteure erschien das als eine Ressourcenfrage, die Partei einzubeziehen sei schwierig gewesen, habe Ressourcen gefressen (1007BE).

Wie sehen die befragten Berliner Akteure die Aufmerksamkeit für die «normale» Parteiarbeit, die **Organisationsarbeit** in der Regierung? Die Erfahrungen sind skeptisch, ernüchtert. In Berlin sein man nie gut darin gewesen, Parteiarbeit vom Land her zu organisieren. In der Opposition sei es nun wieder etwas besser, aber man wisse nicht, ob das bei erneuter Regierungsbeteiligung dann auch so bliebe (1008BE).

Der Einsatz für Parteiarbeit sei nicht so hoch gewesen, wie er hätte sein müssen. (1) Das Regierungsmanagement habe viel Kraft absorbiert, (2) man hatte eine überschaubare Personaldecke und (3) sei die gesellschaftliche Verankerung nicht so gewesen, wie sie sein sollte, um guten Druck fürs Regieren zu bekommen. Man habe immer vor der Frage gestanden: Redet man mit Mitgliedern oder mit andern Leuten? (1011BE)

Es hat ein hohes Problembewusstsein für die operative Parteiarbeit gegeben, das aber mit der Überlastung des Personals, besonders am Ende der zweiten Legislaturperiode geschwunden sei. Es war eine Schwäche, dass es kaum gelungen ist, eigene Leute in Verwaltungen unterzubringen und damit mehr Personal zu haben. Man sei zu schamhaft gewesen, um Stellen zu fordern und zu schaffen, das sei ein Fehler gewesen (1012BE).

Es gibt aber auch optimistischere und pragmatischere Einschätzungen. Man habe keineswegs weniger auf die Parteiarbeit geachtet, sondern sich einfach auf Berliner Politik umorientiert und diese zum Gegenstand der Parteiarbeit gemacht. In der Opposition sei das wieder aufgegeben worden, nun dominierten wieder allgemeine politische Themen die Veranstaltungen, nur gelegentlich die Stadtpolitik (1003BE).

Auch für die Berliner Landespartei stellt sich die Frage, wie sich die in der Opposition eingeübten **Modi der Interessenvertretung** im außerparlamentarischen Bereich des Protestes im parlamentarischen Bereich des Lobbyismus in der Regierung veränderten. Welche Auswirkungen hat das auf die Bindungen an bestimmte soziale Milieus und Interessengruppen gehabt?

Relativ unproblematisch scheint laut Interviews die Zusammenarbeit der Partei mit den organisierten Interessen gewesen zu sein, speziell mit den Gewerkschaften und Sozialverbänden. Die Beziehungen zu den Gewerkschaften waren vor Regierungseintritt nicht glänzend und man habe sich in der ersten Legislaturperiode noch schwer miteinander getan. Der strikte Sanierungskurs, Personalabbau im öffentlichen Dienst, der Solidarpakt usw. führten zu Konflikten und starken Konfrontationen. Damit seien beide Seiten jedoch pragmatisch umgegangen, man habe einen engen Kontakt gepflegt. Es gab institutionelle Formen der Zusammenarbeit, etwa den Runden Tisch zur Industriepolitik. Funktionäre redeten immer miteinander, wenn auch nicht immer öffentlich, da gehe es häufig inszeniert konfrontativ zu. Gewerkschaften würden ein instrumentelles Verhältnis zu den Parteien pflegen; stark auf die SPD fixiert, hätten sie die PDS/DIE LINKE als Druckmittel gegen die SPD benutzt. Das sei aber für die Gewerkschaften nicht die richtige Strategie gewesen; sie müsse beide Regierungspartner unter Druck setzen, nur einen als Rammbock zu benutzen, zerstöre diesen am Ende (1014BE).

Insgesamt habe es einen fairen Umgang untereinander gegeben, das Verhältnis habe sich intensiviert, SpitzenvertreterInnen seien auf den Parteitag aufgetaucht, es habe enge Kontakte gegeben, die weiter bestehen (1003BE).

Schwieriger scheint im Rückblick das Verhältnis zu den sogenannten sozialen Bewegungen in ihrer ganzen Breite in der Metropole Berlin gewesen zu sein, das auch differenzierter betrachtet wird. Es sei eine «grandiose Fehleinschätzung» gewesen, dass man als LINKE mit den sozialen Bewegungen enger verquickt sei. «Ich sage heute: Soziale Bewegungen arbeiten nicht mit Regierenden zusammen.» Das beste Beispiel sei die «Rote Karte» des Flüchtlingsrates für die Sozialsenatorin gewesen (1008BE). Beim Wasser-Volksentscheid habe man ein Desaster erlebt. Man war Mitinitiator der Bewegung, hatte einiges erreicht, aber nicht das Ganze. Dann sei die Stimmung umgeschlagen, es gab keine Vermittlungsebene mehr, Entfremdung war die Folge (1012BE).

Die außerparlamentarische Erdung sei «gründlich misslungen», man sei nicht an den Orten gewesen, wo die außerparlamentarischen Leute aktiv sind (1017BE). Man habe Beziehungen in den außerparlamentarischen Raum abreißen und verkümmern

lassen. Bei den Themen Stadtentwicklung und Wohnen seien die Entscheidungen der SPD der LINKEN angelastet worden. Da stelle sich die Frage nach der Verantwortung der Gesamtpartei. Sie gehe ja als Ganze in die Regierung, nicht nur ein Teil von ihr, von dem sich der andere Teil dann distanzieren könne. Was haben die 5.000 Mitglieder getan, die genannten Beziehungen zu pflegen (1003BE)?

Mit einigen sozialen Bewegungen und Initiativen in der Integrations- und Partizipationspolitik, gegen Rechtsextremismus, auch im sozialen Bereich sei es leichter gewesen. Gut sei es immer dann gelaufen, wenn Partner auch Strukturen auf der Ebene der Berliner Stadtbezirke hatten (1008BE).

Mit der Regierungsübernahme sei deutlich geworden: «Ich brauche für bestimmte Dinge, wenn ich sie durchsetzen will, Menschen, die mitmachen.» Bei diesem aktiven Prozess des »Mitnehmens«, des Zugehens auf Bündnisse, soziale Bewegungen, viele kleine Bürgerinitiativen sei Demokratieverständnis gewachsen. Aber das blieben partikuläre Interessen, und es sei schwer gewesen, Leute für weitergehende Ziele zu halten (1002BE).

Man habe sich dann mehr darauf konzentriert, organisierte Interessen zu bedienen, was aber kein Ersatz für die Vitalität kleiner außerparlamentarischer Mobilisierungen gewesen sei (1014BE). Die Spontaneität sei einfach weg gewesen, in der Regierung mache man nicht mal diese oder jene Demo einfach so mit (1003BE).

Das Verhältnis zu Protesten als Regierende neu zu bestimmen sei ein mühseliger Lernprozess gewesen, etwa wenn es um die Beteiligung der Senatoren an Protesten ging. Über politisch brisante Fragen ging man (gelegentlich) mit symbolischen Gesten schnell hinweg und verdarb es sich mit dem linksradikalen Protestspektrum, als es um die Nichtteilnahme der linken Senatoren an einer Demonstration gegen den Besuch des US-Präsidenten Bush in Berlin ging.

Man müsse lernen, wie man den Druck der Gesellschaft für die eigene Politik nutzt. Es sei nötig, ein nüchternes, unvoreingenommenes Verhältnis zu Protesten zu entwickeln, es immer genau zu prüfen und sich drauf einzustellen. Sensibilität sei gefragt. Protestierenden hätte es auch mal missfallen, dass man auf ihrer Seite stand. Dann seien auch Eier geflogen (1011BE).

Protest sei eine Frage des Sich-selbst-ernst-Nehmens. Man könne Forderungen unterstützen, auch wenn man sie in der Regierung gerade nicht umsetzen kann. Die damit verbundene Verschiebung im Kräfteverhältnis sei oft für die Partei wichtiger als für die Protestierenden, die von der Regierung etwas anderes erwarten (1007BE).

Gab es eine **wohlverstandene linke Klientelpolitik**? Für sozial Schwache, Rentner, auch Teile der jungen Leute – ja, da habe es sie gegeben, aber die Stadtgesellschaft in ihrer Breite wurde klientelistisch nicht bedient. Es habe kaum Kontakte zu Intellektuellen und WissenschaftlerInnen und ein zwiespältiges Verhältnis zu den Kulturschaffenden gegeben – all das sei in der Partei auf wenig Interesse gestoßen (1002BE).

Klientelpolitik habe es gegeben für Leute ohne Jobs (ÖBS) sowie für AktivistInnen der Demokratiebewegung (mehr Transparenz, Bürgerbeteiligung, Kampf gegen

Rechtsextremismus). Zugleich wurde auch die eigene Klientel verprellt, so sei etwa die Entscheidung zum Thema «Vermögenswirksame Leistungen Tarifgebiet Ost» ein «Stich ins Herz» der Ostberliner StammwählerInnen gewesen (1003BE).

Insgesamt sei zu wenig Klientelpolitik gemacht worden (1007BE) – aus «falscher Selbstlosigkeit», aber auch, weil man nur wenig Zugriff auf Ressourcen gehabt habe. Generell gelte für linke Klientelpolitik für «Bedürftige»: «Die danken es einem nie!». Und «Aufgeklärte» hätte diese Art von Unterstützung nicht nötig (1017BE).

Klientelpolitik gelte im linken Diskurs als nicht anständig, das sei falsch. DIE LINKE wird von Leuten getragen, die wollen, dass man ihre Interessen vertritt: Ostberliner Interessen, Interessen des «unteren Drittels der Gesellschaft», Interessen des Öffentlichen Dienstes – diese müsse man dann auch bedienen. Die SPD habe ein Gespür für Klientelpolitik und verstehe, dass DIE LINKE da aktuell ein Problem hat. Die SPD habe immer gestaunt, wenn DIE LINKE Politik gegen ihre Klientel machte (1014BE).

Brandenburg

Berichtet wird von einem Wandel innerhalb der Landespartei. An der Basis hätten sich andere WortführerInnen gezeigt und die Diskussionen seien andere gewesen als zu Zeiten der Opposition. Man habe sich weg von programmatischen und selbstbezogenen Diskussionen hin zu pragmatischer Politik bewegt, sich am Nutzen orientiert und häufiger gefragt: «Was bringt das für die Kommune?» Zugleich seien ältere Mitglieder, die den **Ansatz der Systemüberwindung** vertraten, stiller geworden. Der Druck in Richtung Pragmatismus war groß.

Dieser Erfahrungsbestand, ein starker Pragmatismus, der in der Partei auf eine große Zustimmung bauen konnte, wird von anderen geteilt. Als eine Art «Altersweisheit» habe es ein Grundverständnis gegeben, das lautete: «Die wissen, wo wir leben, die wissen, dass es nicht das Ende der Geschichte ist, und die haben sicherlich eine Vorstellung davon, wie sich so eine Gesellschaft anfühlen müsste, mit der sie sich identifizieren könnten. Sie wissen aber, es ist so nicht, und sie wissen, wir sind ein Teil dieser Gesellschaft, haben eine bestimmte Stärke und müssen das, was wir an Stärke haben, in Politik umsetzen.» Jüngere seien da radikaler gewesen (1004BRB).

Zugleich gab es eine alternde Parteibasis, in der die Zahl der Aktiven rasch schrumpfte und in der ein «Grundvertrauen» geherrscht habe, «ohne mitzudenken und mitzumachen» (1006BRB).

Für das Selbstwertgefühl der Partei sei das nicht eben förderlich gewesen. Man habe mit der sogenannten Leitbilddebatte versucht, Brücken zu bauen, Perspektiven aufzuzeigen. Das sei gescheitert, weil es von der Landtagsfraktion handwerklich nicht gut gemacht war und es auch keinen Bedarf für solche Debatten in der Partei gegeben habe (1001BRB). Mit der Leitbilddebatte habe man sich für die Gesellschaft öffnen wollen, es gab Vernetzungen, «aber die Partei war nie dabei», habe daran kein Interesse gehabt (1013BRB).

Die Diskussionen um das Wohin seien mit Regierungseintritt abgebrochen worden, man habe sich fortan mit den «ersten Schritten» beschäftigt, keine neuen Fragen nach der Zukunft sozialer Sicherungssysteme, dem Bodeneigentum, dem Eigentum generell gestellt. Für eine Linke im 21. Jahrhundert sei eine solche Debatte aber notwendig, auch wenn das die in Regierung Eingebundenen nicht nebenher machen können (1016BRB).

Andererseits wird auch berichtet, dass man auf Regionalkonferenzen und anderen Veranstaltungen gekämpft und erklärt hat, dass kleine, pragmatische Schritte und Visionen sich nicht ausschließen. In der Bildungspolitik etwa sei es trotz «kleinster Schritte» gelungen, die Richtung, das Ziel aufzuzeigen, die Basis mitzunehmen und die «Verfechter der Gemeinschaftsschule» außerhalb der Partei bei der Partei zu halten (1006BRB).

Mit der SPD seien nur Alltagsprobleme, keine Zukunftsfragen zu verhandeln gewesen, beispielsweise über Nachhaltigkeit oder die «Enkeltauglichkeit» linker Landespolitik (1013BRB).

Die Konflikte in der Partei betrafen zum einen die Frage der Erwartungen an und die Möglichkeiten von politischen Projekten in Brandenburg. Selbst «durchgerechnete» Vorhaben hingen in letzter Instanz dann von Steuerschätzungen ab (1009/1010BRB).

Die Partei habe plötzlich eine neue Ebene der Politik akzeptieren müssen, die «Ebene der Unveränderlichkeit», weil die eigenen Leute so sind, die Partner, die Rahmenbedingungen. Man habe keinen professionellen Umgang damit gefunden, keine Ebene, auf der man das hätte reflektieren, moderieren und korrigieren können. Es habe eine «Geschäftsordnung des politischen Prozesses» gefehlt. Die Partei sei sich ihrer Kraft nicht bewusst gewesen und habe sie darum nicht nutzen können (1015BRB). Ohne kritischen Diskurs habe es entsprechende Demotivationen gegeben (1016BRB).

Hier kam auch ein unterschiedliches Politikverständnis zum Tragen. Die einen sagten: «Ihr müsst das machen, ihr seid Regierung» – ohne Möglichkeiten eines Juniorpartners zu bedenken. Die Gewerkschaften hätten diese Haltung demagogisch bedient, als sie 2009 die LINKE wegen des Stellenabbaus im öffentlichen Dienst als «Wahllügner» bezeichneten. Dabei hätten sie genau gewusst, was drin war für die LINKE und dass die Kompromisse Schritte in die richtige Richtung waren (1005BRB). Solche Art Kompromisse und damit überhaupt eine Regierungsbeteiligung habe ein kleiner Teil der Partei abgelehnt. Dabei habe doch das Engagement der Partei für den Mindestlohn Wirkung gezeigt, auch wenn der noch zu gering ist. «Das Gute an den letzten 5 Jahren ist ja, man kann Entwicklung sehen» (1005BRB).

Der Konflikt wird auch beschrieben als einer zwischen der Orientierung auf das Umsetzbare einerseits und dem Beharren auf einer Orientierung an «Prinzipien über Politik» andererseits (1009/1010BRB).

Konflikte hätten sich an regionalen Themen wie der Braunkohle entzündet, die ideologisch aufgeladen wurden (1001BRB). Ein Ausstiegsszenario sei mit der SPD nicht machbar gewesen, daher habe DIE LINKE eine Energiestrategie, ein Ener-

giewendeszenario entwickelt, bei dem die einzelnen Schritte schon in die richtige Richtung gingen. Das sei von AktivistInnen nicht akzeptiert worden und habe alle anderen Themen überlagert (1009/1010BRB).

Der Zusammenhalt und das Aktivitätsniveau der Partei seien davon nicht betroffen gewesen. Nach Umfragen war das Wählerpotenzial mit der Arbeit der Landespartei in der Regierung im Allgemeinen hoch zufrieden. Allerdings sei das nicht wahlrelevant gewesen (1001BRB).

Die vielen «Erklär-Veranstaltungen» der MinisterInnen hätten eine «belebende Wirkung» für den Landesverband gehabt, diesen ein bisschen zusammengeschweißt und die Ebenen Land und Kreise näher zusammenrücken lassen. Dabei habe sich die programmatische Führung hin zur Fraktion verschoben. Der Landesvorstand sei leider weder personell noch fachlich in der Lage gewesen, die Leitbilddebatte zu führen. Man müsse aufpassen, dass Ressourcen bei der Partei bleiben, damit diese als «Mitentwickler» agieren könne (1006BRB).

In Sachen **Personal und Führung der Partei** ist man sich weitgehend einig, dass der Eintritt in die Regierung die Landespartei in Brandenburg nicht hat führungslos werden lassen, diese also auch nicht «verkümmerte», wie es von einigen anderen radikal linken Parteien in Europa berichtet wird. Drei der vier linken MinisterInnen waren ehemalige, aber keine aktuellen Landesvorsitzenden der Partei. Personalknappheit bei der Besetzung von Ämtern und Stellen in der Exekutive habe es wohl gegeben, woraufhin ein gemeinsamer Personalpool der Partei ins Gespräch gebracht worden sei (1005BRB). Personaltechnisch sei man nicht gut vorbereitet gewesen, weder 2009 noch 2014 (1009/1010BRB, 1006BRB). Man hat zwei Minister und alle StaatssekretärInnen von außen holen müssen, das sei «nicht segensreich» gewesen, und es hat gedauert, bis die «in Brandenburg ankamen» (1001BRB).

Ein Teil der befragten Akteure berichtete, dass ein Generationswechsel im Gange ist, neue Leute angezogen und gefördert wurden. Junge Leute übernahmen als Kreisvorsitzende und Abgeordnete Verantwortung, zumeist aus innerer Überzeugung, weniger aus Karrieregründen (1005BRB). Man müsse den neuen Leuten aber Raum geben (1016BRB). Jüngere, die erst regierungskritisch waren, identifizierten sich mittlerweile mit der Regierungsarbeit, seien zu «echtem Nachwuchs des Landesverbandes» geworden. Man habe aber die Schwierigkeiten mit dem Generationswechsel unterschätzt (1004BRB). Dagegen verneint ein anderer Akteur die Frage, ob in der Regierung die Partei neue Leute angezogen hat (1001BRB).

Die Führung der Landespartei sei schwieriger geworden, die Balance zwischen Landesvorstand, Fraktionsführung und MinisterInnen hätte erst hergestellt werden müssen. Das sei krisenhaft verlaufen. Die Führung habe zur Exekutive gewechselt, mit scharfen Konfliktlinien zur Fraktion. In noch schwächerer Position seien die VertreterInnen der Partei gewesen, des Landesvorstandes. Die «steckten nicht drin» im Regierungsgeschäft. Der Informationsvorsprung von Amts- und MandatsträgerInnen gegenüber den Ehrenamtlichen sei uneinholbar gewesen (1009/1010BRB).

Man habe ein wenig hilfreiches Rollenverständnis entwickelt: Partei und Fraktion hätten die Rolle als Regierungspartei nicht verinnerlicht. «Ihr Vier (gemeint waren die MinisterInnen; H.P.) regiert mal, wir machen hier weiter Opposition» (1013BRB). Partei und Fraktion hätten mit «Riesenaugen» auf die Exekutive geschaut. Minister hätten der Fraktion berichtet, wo es doch Rolle der Legislative ist, Gesetze zu machen, und es die Rolle der Partei hätte sein müssen, die MinisterInnen zu bewegen. Man sei regierungsgläubiger geworden, eine schlechte Entwicklung, die sich rasant vollzogen habe. Man habe versucht, in der zweiten Legislaturperiode «die Kurve zu kriegen», auch gegenüber außerparlamentarischen Kräften (1006BRB).

Die Spannungen und Konflikte zwischen Partei und Exekutive seien zum Teil irrational gewesen, auf jeden Fall zeitaufwendig und Personal verschleißend. Ein Akteur sprach von einem «menschenssendem Vorgang» bis in die Arbeitsebenen hinein (1001BRB). Eine Folge sei das Arbeiten von Kabinettsitzung zu Kabinettsitzung gewesen, was strategisches, längerfristiges Herangehen blockiert habe.

Sehr kritisch fällt auch das Resümee der ersten Periode bei einem anderen Akteur aus. Die Führung [gemeint ist der Landesvorstand; H.P.] habe nicht geführt. Die Partei dürfe sich nicht «hinten anstellen beim Regieren», sondern müsse ihre eigene Rolle spielen. Dafür müssten Mechanismen entwickelt werden. Man brauche ein «Handbuch des Regierens» (1015BRB).

Hinzu seien Probleme mit der konkreten Stellenbesetzung, der Ämterhäufung und mit der Trennung von Amt und Mandat gekommen. Häufige Personalwechsel an der Spitze ließen die Partei gelegentlich ohne politisches Machtzentrum erscheinen, auch für die SPD. Für die Öffentlichkeit habe die Partei dann kaum noch (ein) Gesicht gehabt.

Die Erfahrungen mit den **Medien** waren vergleichbar mit denen in Berlin oder Mecklenburg-Vorpommern. Die Medien seien sehr kritisch gegenüber der LINKEN, die linken Medien gar denunziatorisch. Generell müssten Linke um Medienpräsenz kämpfen. Man müsse sich professionell und systematisch Medienkompetenz erarbeiten, das gehöre dazu (1006BRB).

Der RBB sei von freundlich-kritischer Regierungsbegleitung der SPD/CDU-Koalition auf regierungskritische Berichterstattung bei SPD/LINKE umgeschwenkt. Die drei Brandenburger Tageszeitungen seien als «Recherchekartell» aufgetreten. Die rot-rote Regierung sei als Intermezzo genommen worden (1001BRB). Man habe von Hofberichterstattung auf maximalen Widerstand gegen Rot-Rot umgeschaltet. Das habe viele verletzt. Minister Helmuth Markov habe jeden Kontakt zu den Medien abgebrochen, andere hätten rhetorisch zurückgeschlagen – beides sei falsch gewesen und zeige mediale Defizite und dass man dafür keine Strategie hatte (1016BRB).

Rot-Rot sei bei den Medien nicht beliebt, es werde dagegen angeschrieben, auch mit unlauteren Methoden (1005BRB).

Die Medien hätten eine treibende Rolle bei einer harten politischen Auseinandersetzung gespielt. Ein teilweise illoyaler Beamtenapparat habe kleine Fehler aufgebauscht, eigene Leute mit hohem fachlichen Ansehen seien so wochenlang in zermür-

bende Auseinandersetzungen verstrickt gewesen, beschädigt worden und schließlich zurückgetreten (1001BRB).

Das Parlament sei schon eine harte Schule gewesen. Die Medien sind erbarmungslos. Man müsse im Amt immer transparent sein, das schütze. Der Presse sei viel angeboten worden, wer einen guten Pressesprecher hatte, sei besser dran gewesen (1013BRB, 1006BRB).

Man brauche ein «dickes Fell», müsse abgestumpft sein. Das sei der Justizminister nicht gewesen und habe unterschätzt, wie angreifbar das Thema Strafvollzug macht. Er habe sich nicht verändert, aber aufgegeben, sei als Minister daran «zerbrochen» (1004BRB). Er habe selbst Fehler gemacht, sei kein Opfer der Medien (1006BRB).

Verändert die neue mediale Aufmerksamkeit die Menschen? Die Richtung der Veränderung sei im Einzelnen angelegt. Ein Akteur hat sich nach eigener Einschätzung nicht in seinem Wesen verändert; er habe professionelle Begleitung genutzt. Allgemein sei allerdings jeder Blick von außen, jede Mediation abgelehnt worden, besonders von den männlichen Mitgliedern der Exekutive. Die hätten die kulturellen Veränderungen im Regieren an sich selbst nicht bemerkt (1015BRB). Gleichwohl seien die MinisterInnen aber nicht «mediengeil» geworden (1006BRB).

Es habe eine Konkurrenz unter den MinisterInnen der LINKEN gegeben. Man habe sich in der Partei erst der Rollenzuweisung unterworfen: Energieminister sei böse, Umweltministerin sei gut. Das sei die falsche Strategie gewesen. Man wechselte dann dazu, Anita Tack als Gesundheitsministerin, Ralf Christoffers als Wirtschaftsminister zu bezeichnen, das sei den Medien gegenüber jedoch nur schwer zu vermitteln gewesen.

Eine Erfahrung war: «Man steht allein für sein Ressort» (1013BRB).

Minister, die vorher schon Parteiführer waren, seien abgebrüht. Aber wenn man regiert, sei die Situation doch eine andere. Ein «Lass die reden...» könne im Amt verheerend wirken. Diese Abwehrhaltung gegen die Medien verhindere ein offensiv-positives Vermitteln eigener Politik. Aber die Leute seien so geprägt (1004BRB).

Strategisch sei man nie in die Offensive gekommen. Ein eigenes Agenda-Setting sei über die Absichtserklärung nicht hinausgekommen. Praktisch sei man gegenüber der Öffentlichkeit immer defensiv aufgetreten, habe «Baustellen beräumen» müssen und sich im «permanenten Krisenbewältigungsmodus» befunden, von Kabinettsitzung zu Kabinettsitzung. Man habe nicht gelernt zu sagen: «Wir müssen jetzt aus eigener Geschlossenheit heraus mit eigener Kraft und eigener Authentizität, mit politischen Inhalten öffentlich wahrnehmbar werden» (1001BRB).

In den umkämpften Bereichen soziale Frage und sozialökologischer Umbau müsse DIE LINKE die «Marktführerschaft» übernehmen. Man brauche dafür ein «Frontgesicht» wie in Thüringen Bodo Ramelow, dem die Leute was zutrauen und dem sie vertrauen (1004BRB).

Wie wurden die **Veränderungen der innerparteilichen Kommunikation**, die sich mit dem Eintritt in die Landesregierung ergaben, von den befragten Akteuren verarbeitet? Was berichten sie darüber, wie sich die Aufmerksamkeit des Führungsper-

sonals der Partei für die alltägliche **Organisationsarbeit der Partei**, für Mitgliederbetreuung usw. entwickelt hat?

Ein erster Befund lautete, dass man einen deutlich besseren Zugang zu Informationen habe, wenn man regiert. «Man kann anders informieren» (1005BRB). Man habe nun über «Herrschaftswissen, erworben in Regierung», verfügt (1006BRB).

Aber damit ergab sich ein Problem. Der Zugang zu Informationen war ein privilegierter, die Überdehnung der Partei betraf auch deren Informationsstände. Rasch habe sich ein entsprechendes Kommunikationsmodell herausgebildet, man kommunizierte «top down», «informierte» die Parteibasis und die Leute. Die Rede ist von «Frontalunterricht», in dem man vermittelt habe, was man in der Regierung so machte (1013BRB). Der Dialog habe nicht gut funktioniert, es sei eher ein «Senden» gewesen (1016BRB). Es habe viel Information gegeben, aber wenig Interaktivität (1009/1010BRB). Auch habe diese Kommunikation oft den Zweck der Rechtfertigung des eigenen Tuns gehabt (1015BRB).

Dabei seien die Bedingungen für eine andere Kommunikation gar nicht so schlecht gewesen. Berichtet wird davon, dass viele Akteure, die auf Landesebene Funktionen und Ämter hatten, auch kommunal oder in der Parteibasis verankert waren, etwa als Kreisvorsitzende (1006BRB). Auch habe es von 2009 bis 2011 eine «Kaskade von Regionalkonferenzen» gegeben, gut besucht, zu denen zunehmend die pragmatisch interessierten Leute gekommen seien. Dann aber sei die Partei «müde» geworden (1001BRB).

Ein Problem dabei sei auch gewesen, dass für die auf Landesebene Aktiven die Zeit und die Kräfte für derartige Agitation und Propaganda begrenzt waren. Man war mit Regieren befasst, in der Opposition sei es leichter gewesen (1005BRB).

Die Folgen dieser einseitigen Kommunikation wurden sehr wohl reflektiert. Die Leute hätten irgendwann aufgehört, mit der LINKEN zu reden. Gleichwohl habe man oben in der Parteihierarchie ein falsches Bild gehabt, gemeint, die Leute seien zufrieden, alles laufe gut. Auch ein Grund, warum man dann auf Kritiker so wenig souverän reagiert und Bürgerinitiativen, Greenpeace usw. quasi zu Feinden erklärte habe (1016BRB).

Es gibt die Erfahrung, dass die eigene Basis sich die Informationen über das, was die eigene Partei in der Regierung tat, aus den Tageszeitungen holte, ja geradezu an den Zeitungen hing (1005BRB). Das von den Medien erzeugte Bild sei dann schwer zu korrigieren gewesen.

Auch habe eine Rolle gespielt, dass es generell nicht gut gelang, die kommunale Ebene in die Umsetzung der politischen Vorhaben der Landesregierung einzubinden. Über Dinge, die gewissermaßen unveränderlich sind, lässt sich wohl informieren, aber schwerlich kommunizieren.

Im Ergebnis, so die Erfahrung, habe die Parteibasis nicht in eine aktive Rolle gegenüber der Gesellschaft hineingefunden, aus der sie heraus die Politik der Landesregierung und der eigenen Partei hätte erfolgreich vertreten, kommunizieren können. Was wurde aus den für radikal linke Parteien traditionell so wichtigen **Beziehungen zu**

bestimmten sozialen Milieus, zu den Gewerkschaften, zu Vereinen und Verbänden? Und wie vertragen sich das Regieren und das der LINKEN innewohnende positive **Verhältnis zu einer außerparlamentarischen Protestkultur?** Gab es in Brandenburg eine eigene **linke Klientelpolitik?**

Die Erfahrungen mit den organisierten Interessen, den Gewerkschaften, Verbänden usw. seien zunächst positiv gewesen. Man habe um deren professionelles Verhalten gewusst, sie agierten pragmatisch, seien halt Interessenverbände, die zuerst ihre Eigeninteressen verfolgen. Auf der Funktionärssebene habe es eine gute Zusammenarbeit und regelmäßige Treffen gegeben. Allerdings hätten sich einige der Minister und Spitzenfunktionäre schwer getan mit deren Art, öffentlich nicht über Erfolge der Kooperation zu reden und gelegentlich auch gegenüber der LINKEN in einen recht aggressiven «Kampfmodus» umzuschalten.

Auch wird von bitteren Erfahrungen mit der Polizeigewerkschaft in Sachen Polizeireform (1006BRB) und von einem «bitteren Erkenntnisprozess» berichtet, von «heftigen Auseinandersetzungen mit Einzelgewerkschaften» und einem «gestörten Verhältnis» einiger Minister zu den Gewerkschaften. Einen solchen «Freund-Feind-Modus» wie bei der GEW und der GdP habe es in Opposition nicht gegeben (1013BRB).

Einige Akteure der LINKEN waren erstaunt darüber, wie sich das Verhältnis gerade der Beschäftigten im öffentlichen Dienst – insbesondere der LehrerInnen und PolizistInnen mit ihrer starken Lobby – zur LINKEN in der Regierung änderte. Sie seien «nie zufrieden» gewesen, «obwohl sie von uns mehr kriegten» (1001BRB).

Man habe «bittere Erfahrungen» mit dem Versuch einer linken Klientelpolitik für die Polizei gemacht (1005BRB). Wer die Seite wechselt, von der Gewerkschaft zur Regierung, Amt oder Mandat annimmt, werde bestraft. Gewerkschaften seien da maßlos und unfair. Erreichtes werde als selbstverständlich genommen und nicht honoriert (1005BRB). Zu den Industriegewerkschaften habe man nie zu einem befriedigenden Verhältnis gefunden (1001BRB).

Die Erfahrungen mit Protesten in Brandenburg reflektieren zunächst die Veränderungen der Proteste selbst. So etwas wie der Hartz-IV-Protest, den die LINKE selbst mitgetragen hatte, sei den «bürgerlichen Protesten» gewichen, der mit Mittelschichtenproblemen und lokalen Interessen zu tun habe: Windräder, Fluglärm, Oberleitungstrassen usw. Da entstanden Bürgerinitiativen, professionell und ressourcenstark, hätten sich Gehör verschafft. Für die sozial Schwachen seien das alles «Luxusprobleme» gewesen, und die Hinwendung der Landesregierung zu dieser real existierenden Protestkultur und der enorme Ressourceneinsatz der Regierung zur Lösung solcher Probleme (Lärmschutz) habe die große Mehrheit der Schweigenden frustriert (1001BRB). UmweltaktivistInnen, FluglärmgegnerInnen und BewohnerInnen abzubaggernder Dörfer seien nur eine winzige Gruppe der Bevölkerung. Da blieben viele andere auf der Strecke.

Es gab vier Proteste in Brandenburg: gegen den Großflughafen BER, von LehrerInnen und PolizistInnen und GegnerInnen wie BefürworterInnen der Braunkohle. Die Brisanz des Themas Flughafen BER hatte die Regierung «geerbt», unterschätzt, habe

aber nichts machen können. Die schlechte Polizeireform stammte vom entlassenen SPD-Minister Speer, sei verbessert worden, habe aber geschadet. Für die Lehrerschaft habe man viel erreicht, aber die Forderungen seien immer maßloser geworden, manches sei in der Umsetzung sabotiert worden. Bei Umwelt/Braunkohle gab es jeweils viele AktivistInnen beider Seiten in den eigenen Reihen, doch habe man sich defensiv, rechtfertigend verhalten, wenig Durchsetzungsmacht gezeigt (1004BRB).

Ein Dilemma sei, dass man als Regierung leicht Aktive und Multiplikatoren ansprechen kann, die Leute aber, die Betroffenen, erwarteten Resultate (1004BRB).

Man habe sich in einer zweifach neuen Situation gesehen, zum einen als Regierung nicht jeden Protest unterstützen zu können, und zum anderen wegen der Qualität, der neuen Formen und Inhalte der Proteste auswählen zu müssen (1005BRB). «Wohlhabende mit Geld» setzten ihre Interessen eher und anders durch, da sei ein neues «Kampffeld» entstanden (1013BRB).

Generell war es eine neue Erfahrung, als LINKE in der Regierung Ziel von Protesten zu werden (1006BRB).

In den Milieus, in denen die LINKE vorher gut verankert war, hat sich bei den im Umweltbereich Aktiven etwas verändert. DIE LINKE in Brandenburg ist eine moderne Partei des sozialökologischen Umbaus. Als «spannend» wird berichtet, dass die linke Nachhaltigkeitsstrategie viele Leute angezogen hat (1006BRB). Durch die Konflikte um die Braunkohle seien jedoch manche der sozialökologischen AktivistInnen weggebrochen, die nun als Multiplikatoren fehlten (1004BRB).

Man habe sich speziell für sozial Benachteiligte und Menschen im unteren Einkommensspektrum stark gemacht (Mindestlohn, Vergabegesetz usw.), doch für Langzeitarbeitslose, Arme, Obdachlose sei nicht erkennbar Politik gemacht worden. Die müsse man wieder erreichen (1006BRB). Ähnlich ein anderer Akteur: Als der ÖBS «crashte», habe man nicht umgeschaltet und gefragt, was man nun für die Leute tun kann (1016BRB).

Als eigenes Klientel wurden auch genannt: das Prekariat und Teile der gesellschaftlichen Mitte, die sozial und perspektivisch denken und ökologisch leben wollen (1004BRB), Sorben und Wenden (1009/1010BRB).

Die Erfahrungen mit linker Klientelpolitik waren eher ernüchternd. Die Unterschichten gingen nicht wählen, die Betroffenen aus der Mitte dankten sie nicht. Auf Landesebene gebe es für eine Politik für sozial Schwache nur wenig Gestaltungsräume – etwas mehr Mobilität und bessere Bildungschancen. An die Hartz-IV-Problematik komme man nicht heran.

Unter linker Klientelpolitik wird auch verstanden: Mittel, Lottogelder und Fördermittel, breit zu streuen; damit habe man vielen auf niedrigem Niveau schon weitergeholfen (1013BRB, 1001BRB).

Es gibt auch ein anderes Verständnis von Klientelpolitik: Man müsse Klientelpolitik machen, ohne Dankbarkeit zu erwarten, indem man die Leute mitnehme auf einem gemeinsamen Weg, ihnen Optionen eröffne (1015BRB).

Legitimität und Akzeptanz

Generell lassen sich die Befunde von Dunphy und Bale bestätigen, dass radikal linke Parteien durch den Eintritt in Regierungen **Legitimitätsgewinne** verzeichnen können.

Mecklenburg-Vorpommern

Von einer Ächtung innerhalb des politischen Systems konnte bei der PDS in Mecklenburg-Vorpommern 1998 schon keine Rede mehr sein, zu verankert war die Partei auf Landes- wie auf kommunaler Ebene. Vorbehalte allerdings gab es reichlich, was aber auch nicht verwundert habe: «DIE LINKE ist die einzige [Partei], die die Gesellschaft insgesamt so nicht, will wie sie ist» (1001MV). Man habe 1998 eine Normalität hergestellt im Umgang mit der DDR-Geschichte, mit Schuld und Versöhnung, da habe die Präambel des ersten Koalitionsvertrages eine wichtige Rolle gespielt (1002MV). Im Jahr 2002, als die Bundespartei den Einzug in den Bundestag nicht schaffte, sei es ein wichtiger Beitrag der Landespartei in Mecklenburg-Vorpommern gewesen, durch ihre Regierungsarbeit zu zeigen: DIE PDS ist eine in der Gesellschaft angekommene, zugehörige Partei. Sie sei so ein Türöffner in die ganze bundesdeutsche Gesellschaft gewesen, was bis heute nachwirke (1003MV).

In Mecklenburg-Vorpommern hat sich nach Aussagen der befragten Akteure die Akzeptanz der PDS/DIE LINKE verbessert. Das wird daran festgemacht, dass man viele neue Einladungen, Kontakte, Arbeitsbeziehungen hatte (1001MV). Man habe als regierungsfähig gegolten, Interesse an Gesprächen signalisiert bekommen und hatte Kontakte über Parteigrenzen hinweg (1004MV). Man sei nicht mehr das Schmutzdelkind gewesen. Dazu habe man besser sein müssen als andere – «und wir waren gut» (1007MV). Nun sei einem auch das politische Handwerk zugetraut worden, das sei das Schönste gewesen. Man habe eine Entzauberung über die Medien erfahren, die öffentlich bestätigten, dass das Abendland nicht unterging, wenn Linke mitregieren (1006MV).⁶

Man habe die Erfahrung gemacht, dass das Wichtigste an der Regierungsarbeit sei, erstens um Vertrauen zu werben, den Leuten zum Teil irrationale Ängste etwa vor Enteignungen zu nehmen. Ein Minister habe keine Wartezeiten geduldet, Termine gab es innerhalb von 14 Tagen, oder er sei direkt zu den Betroffenen hingefahren. Zweitens müsse man das Vertrauen in der Partei immer von Neuem gewinnen. Die Exekutive sei auf die Landesverfassung, nicht auf das Parteiprogramm vereidigt. Drittens müsse man versuchen, die Verwaltung hinter sich zu bringen (1003MV).

Allerdings sind die Erfahrungen der befragten Akteure in Sachen Legitimitätsgewinne ambivalent. Die Regierungsarbeit habe die Partei dramatisch verändert, befand ein Akteur. Zwar habe es größere Akzeptanz durch die «demokratische Einbindung», den «Marsch durch die Institutionen» gegeben. Die Partei sei aber «schnell tot» gewesen, weil

6 Berg und Koch hatten noch festgestellt: «Bislang aber fand die selbstverständliche Akzeptanz der PDS-Minister [...] keine automatische Entsprechung in einer analogen Akzeptanz des PDS-Landesverbandes» (Politikwechsel, S. 89).

alles Regieren bedingungslos verteidigt worden sei. Da sei ein Teil der Mitgliedschaft ausgestiegen, ein Teil habe sich angepasst (1005MV). Man sei nicht mehr «kämpferische Opposition» gewesen, die Missstände anprangert, sondern eine ziemlich angepasste Partei, nicht viel anders als die anderen, bedauerte ein anderer Befragter (1008MV).

Man habe – nicht innerhalb der Partei, aber im Umfeld, außerhalb der Partei – an Glaubwürdigkeit verloren bei Menschen, die nicht mit den Diskussionszusammenhängen vertraut waren, die die regierende Partei aus der Beobachterperspektive betrachteten (1001MV, 1008MV).

Eine Erfahrung war, dass man sich zu oft von der SPD habe einbinden lassen und zu wenig über Parteigrenzen hinweg diskutiert habe. Man hätte Fehler in der ersten Regierungsperiode vermeiden können, hätte man ernsthaft mit der CDU-Opposition gesprochen. So sei man mit dem Haushalt vor dem Verfassungsgericht gelandet und habe verloren (1004MV).

Berlin

Die Regierungsbeteiligung sei für die PDS/DIE LINKE in Berlin nie ein Wert an sich gewesen, erinnert ein Akteur (1008BE). Ein anderer hält dagegen: In Berlin als dem Zentrum der Ost-West-Auseinandersetzung sei die Regierungsbeteiligung ein Wert an sich gewesen. Jetzt werde nur noch über die Politik der LINKEN diskutiert, nicht mehr über die Partei als solche oder über Regierungsbeteiligung überhaupt (1003BE).

Eine Partei wie jede andere in den Augen der Bevölkerung zu werden war aber ein solcher Wert an sich. Das habe man erreicht. Das Potenzial sei dadurch größer geworden, vieles habe seinen Schrecken verloren (1014BE). Vorbehalte antikommunistisch sozialisierter Westberliner seien abgebaut worden. Man habe Anerkennung für Wirtschaftskompetenz und weitere Fachkompetenzen, etwa bei Rekommunalisierung, bis hinein ins Bürgertum erworben (1012BE).

Im Westen Berlins habe man schließlich auch erkannt: Die Linken sind normale Leute, die mit Messer und Gabel essen können. Der Mythos, die Angst vor der Linken, sei weg. Es habe eine Normalisierung, ein Mentalitätswechsel in der Stadt stattgefunden – ein großer Erfolg (1017BE).

Man zeige heute das Bild einer «normalen Parlamentspartei», habe Gestaltungsfähigkeit bewiesen. DIE LINKE Berlin sei nicht mehr Protest- und Randpartei, nicht mehr nur Ostpartei, sondern gesamtstädtische Partei (1011BE). Viele würden heute noch sagen, dass es unter Rot-Rot besser lief, weniger Stillstand gab (1014BE).

Die Ost-West-Differenz der Wahlergebnisse für DIE LINKE wurde abgebaut. Man hat Akzeptanz gewonnen in Westberlin und in den alten Bundesländern. Damit habe sich auch ein neuer Erfahrungshorizont in Netzwerken der Stadtgesellschaft, bei Multiplikatoren in Verbänden, Initiativen, Verwaltungen aufgetan (1007BE).⁷

7 Das bestätigt den früheren Befund von Reißig: Mitregieren in Berlin, S. 64.

Im Osten Berlins gab es die Vorstellung, dass das Mitregieren Dinge wieder aufleben lassen würde, die man aus der DDR wertschätzte. Damit verbanden viele Menschen die Hoffnung auf späte Anerkennung und Respekt für ihr Leben in der DDR (1002BE).

Aber es gab auch negative Erfahrungen. Man sei nicht mehr Adressat für Protest, weil man zu viele Protest- und Gestaltungserwartungen enttäuscht habe (1007BE). Manche Protestler seien enttäuscht worden, weil deren Anliegen (Hartz IV) nicht landespolitisch unterstützt werden konnte. Enttäuschungen seien aber nicht zu verhindern, wenn man regiert. Man müsse die Balance finden, die Latte nicht so hoch legen, dass man notgedrungen immer nur darunter durchlaufen kann (1012BE).

Die Regierungsbeteiligung habe der Partei geschadet, das zeige das Wahlergebnis. Vertrauen sei in Bereichen wie Wohnen verloren gegangen. In anderen Bereichen (Integration, Partizipation, Rechtsextremismus) werde der Regierungswechsel bedauert: Man vergleiche im Nachhinein doch und vermisse die Beiräte, die Einbeziehung der Interessenvertreter und Betroffenen (1008BE).

Aus den eigenen Reihen gab es immer Vorwürfe der Mauschelei, des Nachgebens, der Anpassung an die SPD.

Mit der Glaubwürdigkeit gebe es einige Probleme, wo man schwierige Entscheidungen getroffen hat (Wohnen, Wasser-Volksentscheid, Protestteilnahmen). Aber da müsse man genauer hinsehen. Die Beschlüsse zu Kita-Beiträgen hätten über 80 Prozent der Leute mit kleinen Kindern nicht betroffen, es sei aber so dargestellt worden, als ob alle darunter leiden mussten. Der GSW-Verkauf sei nicht gut gewesen, doch 2006 war die Linkspartei die einzige Partei, die keine kommunalen Wohnungen mehr verkaufen wollte (1003BE). Wichtig sei, dass man auf diesen Gebieten «dran blieb», weiterarbeitete und die heute erreichten Leistungen mit bestimmten Personen verbunden werden (1002BE).

Die Diskussion über den möglichen Verlust der Identität, die Anpassung durch Regierungsbeteiligung war und ist auf Bundesebene und in Berlin in der Partei immer präsent. Eine Erfahrung lässt sich als «Gelingens-Bedingung» formulieren: Man sollte sich als Partei vorab vergewissern, dass man die Verantwortung für das Regieren und auch das Verkaufen der Erfolge gemeinsam tragen und nicht alles aus der Partei infrage stellen lassen will (1007BE).

Brandenburg

In Brandenburg sei es im Jahr 2009 keine Aufgabe mehr gewesen, sich als demokratische Kraft zu legitimieren, als regierungsfähige Partei dagegen schon. Dabei habe die in der ganzen Partei verbreitete Diskussion über die Regierungsbeteiligung als ein Wert an sich keine Rolle gespielt (1001BRB). Die Frage sei eher gewesen, wie man seine Ziele am besten erreichen kann. Man regiere nur auf Zeit, es sei eine Chance, die die LINKE nutzen müsse (1005BRB).

DIE LINKE in der Regierung auf Landesebene sei in Brandenburg und darüber hinaus ein Stück weit Normalität geworden. Dabei sei der Start 2009 nicht leicht gewesen. Es habe viel Aufregung über die Stasi-Frage gegeben und vielleicht auch ein mangelndes Zutrauen, dass die LINKE es kann. Es stelle eine der größten Leistungen dar, linke Regierungsbeteiligungen als legitime, normale Variante auch für die Bevölkerung akzeptabel gemacht zu haben. Es sei «total wichtig» gewesen zu beweisen, dass dann «nicht die Weltrevolution ausbricht oder die Insolvenz droht». Und es sei weiter entscheidend, dass die LINKE erkennbar bleibt, visionär auch in der Regierung und zur Tagespolitik in der Lage (1006BRB).

Die Akzeptanz der LINKEN sei 2009 bereits gegeben gewesen. Es war ja schon die dritte Sondierung für eine rot-rote Koalition mit der SPD. Der Landesparteitag stimmte mit 90 Prozent gegen Oskar Lafontaine und Gregor Gysi und für eine Regierungsbeteiligung. Die Stimmung in der Bundespartei sei sicher nicht so «entschieden Pro» gewesen, aber die Brandenburger LINKE habe sich immer schon in einer Art «Appeasement-Politik» geübt (1004BRB). DIE LINKE sei in Brandenburg akzeptiert, daran habe der Eintritt in die Regierung nichts geändert (1009/1010BRB).

Die Frage der Glaubwürdigkeit der Partei sei eher eine temporäre, an konkrete Themen und Situationen gebundene Frage. Kohlestreit und Diskussionen über die DDR seien solche Anlässe gewesen (1001BRB). Bei sozialen Themen habe die LINKE eine hohe Glaubwürdigkeit, da sei man regierend vorwärts gekommen im Land (1004BRB). Einige Politikfelder seien kritisch für die Glaubwürdigkeit, die Braunkohle, die sogenannte Altanschließer-Problematik. Da sei an Grenzen gestoßen, habe sich dann aber immer die Frage gestellt, auch öffentlich: Was wird denn bei einer Aufkündigung der Koalition in dieser Sache für die Betroffenen besser? (1009/1010BRB).

Es habe keine Anpassung an die SPD gegeben. Den Widerspruch zwischen dem Durchsetzbaren und dem, was man langfristig will, produziere man ja selbst (1005BRB).

DIE LINKE habe in der Regierung viel Zuspruch von Vereinen und Verbänden bekommen, das sei auf vielen Veranstaltungen erlebbar gewesen (1013BRB).

Kritisch wird reflektiert, dass sich die Landespartei eine Glaubwürdigkeitsdebatte in Sachen Braunkohle hat aufzwingen lassen. Das sei möglich gewesen, weil nicht die Partei als Akteur in dieser Frage aufgetreten sei, sondern die Exekutive. Man sei umgehend im Rechtfertigungs- und Verteidigungsmodus gewesen, anstatt ein wirkliches Gespräch zu suchen und den Druck für sich zu nutzen (1015BRB).

Natürlich seien die Erwartungen an DIE LINKE während der Regierungszeit auch «geerdet» worden. Die «Kümmerer-Nummer» sei in der Regierung nicht durchzuhalten. So habe sich das Gefühl verbreitet, die LINKE höre nicht mehr richtig zu. «Wir erklären nur noch, was wir alles Gutes machen» (1016BRB).

Schlussfolgerungen im Vergleich zu denen der Untersuchungen von Dunphy und Bale

Wie in Europa auf nationaler Ebene so sind in Deutschland auf subnationaler Ebene Regierungsbeteiligungen der LINKEN nichts mehr Ungewöhnliches. In der jüngeren Geschichte hat es mehrere Tolerierungen von Minderheitsregierungen gegeben: In Sachsen-Anhalt von 1994 bis 2002 und in Berlin 2001/2002 durch die PDS, in Nordrhein-Westfalen wurde von 2010 bis 2012 mit wechselnden Mehrheiten, auch mit der LINKEN, regiert. In drei Ländern – Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin – war beziehungsweise ist die PDS/DIE LINKE Juniorpartnerin, seit 2014 führt die LINKE in Thüringen eine rot-rot-grüne Landesregierung an.

Wenn es richtig ist, dass die Koalitionsgeschichte auf subnationaler Ebene ein wichtiger Faktor ist für das Verhalten der Parteien auf nationaler Ebene, so dürfte die Partei DIE LINKE auf Länderebene ihren Beitrag zur Koalitionsfähigkeit auf Bundesebene geleistet haben.⁸

Auch wenn für die PDS/DIE LINKE in den neuen Bundesländern nach den langen Jahren in der Opposition eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung angenommen werden kann, so war doch der Schritt, sich an einer Landesregierung zu beteiligen, wie für die kleineren Parteien Europas, die auf nationaler Ebene in eine Regierung eintraten, ein großer Schritt – für sie selbst. Ein Schritt hin zur vollen Legitimität als Akteur im demokratischen Spiel der Parteien.

Natürlich scheinen Differenzen auf zwischen dem, was *radical left parties* auf nationaler Ebene als Erfolge eigener Politik in der Regierung bestimmen und was auf subnationaler Ebene dafür gehalten wird. Die Eindämmung des Neoliberalismus stand in den deutschen Bundesländern für die PDS und DIE LINKE nicht ganz oben auf ihrer Agenda, und bestimmten sozialen Akteuren und Bewegungen einen Zugang zur Macht zu eröffnen war auch nicht die Aufgabe, der man sich stellen musste. Bislang galt es auch nicht, eine rechte Regierungsbeteiligung durch den Eintritt in eine Regierung auf Länderebene zu verhindern. Es ging im Wesentlichen um die Implementierung linker Politikansätze in die Landespolitik, und das auf vielen Politikfeldern, von der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik über den Umwelt- und Verbraucherschutz, den Bereich Soziales, Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturpolitik; sogar im Justizbereich wurden Erfolge vermeldet. Dabei waren es weniger die rasch auszuzahlenden Gewinne für viele oder auch nur für die eigenen Klientel, sondern eher nachhaltige Effekte, Weichenstellungen, neue Entwicklungen, die man angeschoben hatte, die als wichtige Erfolge post festum erinnert werden.

Die hier vorliegende Interview-Studie bestätigt den europäischen Befund, dass eine *radical left party* einiges riskiert, wenn sie sich aufs Regieren einlässt. Die Landesparteien geraten unter erhebliche Spannungen. Es gibt Überdehnungen, Ungleich-

8 Vgl. Bale/Dunphy: In from the cold?, S. 286.

zeitigkeiten, mitunter Verluste an Personal und kollektiver Handlungsfähigkeit. Das Problem wird darin gesehen, dass ohnehin vorhandene Schwierigkeiten der Organisationsentwicklung – Überalterung, Verlust einer flächendeckenden Präsenz, finanzielle Verluste durch geringe Spenden und Mitgliedsbeiträge – und die neuen Herausforderungen des Organisationslernens sich überlagerten und teilweise verstärkten.

Die meisten Befragten sehen die Entscheidung zur Regierungsteilnahme auch heute noch als richtig und eigentlich alternativlos an. Darin unterscheiden sie sich nicht von den PolitikerInnen anderer *radical left parties* auf nationaler Ebene.⁹ Es gibt allerdings auch einige in der deutschen Studie, die eine tiefe Skepsis haben oder überzeugt sind, dass das Risiko zu hoch war und nicht wieder eingegangen werden sollte. Ihnen erscheint das Potenzial, auf die Politik Einfluss nehmen zu können, auf Landesebene als zu gering.

Eine wirklich schwierige Frage für die Parteiführungen in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Brandenburg war der Abgleich der drei Zielgrößen *policy*, *office*, *votes*. Der Druck in Richtung *policy making* war wohl doch so groß, dass die Optimierung, die Abstimmung der drei Aufgaben des *policy seeking*, *office seeking* und *vote seeking* nicht wirklich stattfand.

Wo lagen die Grenzen politischer Kompromisse? Wenn die Autoren Dunphy und Bale für die nationale Ebene den Befund lieferten, dass die Bewahrung einer glaubwürdigen sozialistischen Perspektive als eines programmatischen Identitätskerns einerseits, die Sicherung der Einheit der Partei als Basis für deren Akteursfähigkeit andererseits die Möglichkeiten für Kompromisse mit den Koalitionspartnern begrenzen, so stellt sich das auf subnationaler Ebene in Deutschland etwas anders dar. Programmatische Fragen, sogenannte Bundesthemen, standen selten zur Verhandlung. Es schien nur wenigen Personen sinnvoll zu sein, wegen außenpolitischer, militärischer Entscheidungen der SPD auf Bundesebene die Koalition auf Landesebene infrage zu stellen. Bundespolitische Tabuthemen wie das Verbot jeglichen Abbaus von Stellen im öffentlichen Dienst schienen auf subnationaler Ebene nicht zu gelten oder erwiesen sich nur als gültig für symbolische Politik in der Opposition. Gelegentliche Versuche der Bundespartei, in diesem Sinne «nach unten», auf Landesregierungen Druck zu machen, wurden stets zurückgewiesen. Und es scheint, als ob die Frage, wie die kritischen Kompromisse von der eigenen Anhängerschaft aufgenommen werden würden, nicht die zentrale Rolle bei den Entscheidungen der Exekutive gespielt hat. Das Maß des Erträglichen wurde innerhalb der Exekutive, gelegentlich auch der Fraktionen, bestimmt. So erscheinen die Grenzen der Belastbarkeit des kleineren Koalitionspartners merkwürdig flexibel. Es gab schwere Vertrauensbrüche und Brüche des Koalitionsvertrages, die man miteinander aushielt.¹⁰

9 Vgl. Dunphy/Bale: *The radical left*, S. 502.

10 Allerdings war das nur in Mecklenburg-Vorpommern der Fall.

Einige weitere Befunde der Studien aus Sussex konnten für die subnationale Ebene in Deutschland bestätigt werden, andere nicht. (1) Konkrete, detaillierte Koalitionsvereinbarungen sollen, so die Erfahrungen anderer *radical left parties* auf nationaler Ebene, besser sein als offene Agreements, weil damit der größere Partner gebunden wird. In den Interviews dieser Studie wird darauf verwiesen, dass es in Koalitionsvereinbarungen sowohl klare Projekte mit genauen Ausführungsbestimmungen als auch offene Absprachen geben kann. Die Koalitionsverträge scheinen überhaupt sehr stark von der Performance der jeweiligen Verhandlungspartner und deren Mandaten abhängig zu sein. (2) Auch für die *radical left parties* in Deutschland auf subnationaler Ebene gilt, dass es umso einfacher ist, der Öffentlichkeit Kompromisse zu verkaufen, je besser man die innerparteiliche Kommunikation und die Parteiarbeit generell aufrechterhalten kann. (3) Auch auf der subnationalen Ebene braucht DIE LINKE fürs Regieren die Unterstützung wichtiger sozialer Schlüsselgruppen und der Gewerkschaften. (4) Effektives Regieren in der Mediengesellschaft erfordert nicht unbedingt zentralistisches Agieren; statt straffer politischer Führung und Disziplin¹¹ geht es auch mit Vertrauen, funktionierender Kommunikation im *inner circle* sowie einem intakten sozialen Umfeld der öffentlichen Personen der LINKEN. Freilich hat auch DIE LINKE besondere Probleme wegen der traditionellen Pluralität und weit entwickelten innerparteilichen Demokratie. (5) Ob es auch auf subnationaler Ebene gilt, dass die Fortsetzung einer Regierung nach einem Wahlsieg der nach einer Niederlage vorzuziehen ist, muss offen bleiben, solange dieser Fall noch nicht eingetreten ist.

11 Vgl. ebd.

ANHANG

Literatur

- Baier, Walter: Linker Aufbruch in Europa?, Wien 2015.
- Bale, Tim/Dunphy, Richard: In from the cold? Left parties and government involvement since 1989, in: *Comparative European Politics* 9(2011)3, S. 269–291.
- Berg, Frank/Koch, Thomas: Politikwechsel in Mecklenburg-Vorpommern?, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 2, Berlin 2000.
- Dunphy, Richard/Bale, Tim: The radical left in coalition government. Towards a comparative measurement of success and failure, in: *Party Politics* 17(2011)4, S. 488–504.
- Felfe, Edeltraut/Kischel, Erwin/Kroh, Peter: Warum? Für wen? Wohin? 7 Jahre PDS Mecklenburg-Vorpommern in der Regierung, Schkeuditz 2005.
- Merkel, Wolfgang/Weßels, Bernhard: In der Zwickmühle, in: *WZB-Mitteilungen* 117(2007), S. 20–23.
- Koß, Michael/Hough, Dan: Zurück in die Zukunft? Die Linkspartei.PDS und die Verlockungen des Populismus, in: Jun, Uwe/Kreikenbom, Henry/Neu, Viola (Hrsg.): *Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft*, Frankfurt a.M./New York 2006, S. 179–200.
- Koß, Michael/Hough, Dan: Between a rock and many hard places. The PDS and government participation in the eastern German Länder, in: *German Politics* 15(2006)1, S. 73–98.
- March, Luke/Rommerskirchen, Charlotte: Out of left field? Explaining the variable electoral success of European radical left parties, in: *Party Politics* 21(2015), S. 40–53.
- Reißig, Rolf: Mitregieren in Berlin, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 22, Berlin 2005.
- Wolf Harald: Der Staat ist kein Fahrrad, in: *LuXemburg* 1/2014, S. 94–103.
- Wolf, Harald: Rot-Rot in Berlin, Hamburg 2015.

Interviewleitfaden

Was ist politischer Erfolg in der Regierung und was sind Bedingungen dafür?

- Hatte man vorab klare Vorstellungen über notwendig zu erreichende «Schlüsselerfolge», ein klares (eigenes) Programm?
- Ist es besser, konkrete und detaillierte Koalitionsvereinbarungen zu verhandeln oder eher vage, offene Agreements zu schließen?
- Konnte man eigene Themen implementieren?
- Bekam man die für die Umsetzung der Ziele wichtigen Ressorts?
- Wurden die Ziele erreicht?
- Wurde man dafür «belohnt»? Oder gab es den «Diebstahl» der Erfolge durch die Sozialdemokratie?
- War das Ergebnis von der Art: «Gute Politiker, aber die Partei ist verdorrt»?
- Gab es «rote Linien»?

Verschaffte die Regierungsbeteiligung mehr Akzeptanz als «normale demokratische Partei»?

Hat sie die Partei als Vehikel des sozialen und politischen Wandels gestärkt?

- Hielt man die Balance zwischen Mitregieren und den Erwartungen der Anhängerschaft?
- Gab es Brüche in der Geschlossenheit der Partei und beim Aktivismus, wenn Mitglieder und WählerInnen desillusioniert waren über das Tempo und die Tiefe der Veränderungen?
- Glaubwürdigkeit – gab es eine Anpassung an die SPD und einen Verlust der Identität und damit von Mitgliedern und WählerInnen?
- Linke Parteien haben einen das System überschreitenden Horizont, einen utopischen programmatischen Überschuss. Was wird daraus in der Regierung?

Die Partei und das Personal

- Absorbierte die Regierungsbeteiligung den Kern des Führungspersonals und verkümmerte dadurch die Partei?
- Führte die Beteiligung der Partei neues Personal zu?
- Die Folgen der Mediatisierung für das Regierungspersonal, die Gefahr medialer Vorführung des Personals – gab es Abgänge deswegen?
- Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Tatsache der Mediengesellschaft und einer starken Führerschaft und Parteidisziplin?
- Wie viel Aufmerksamkeit wurde Fragen der Parteiorganisation und der Kommunikation in der Partei gewidmet?

Formen der Interessenvertretung in der Regierung

- Für linke Parteien ist die Verankerung im Außerparlamentarischen, die selbstverständliche Nutzung von Formen der Protestkultur Teil ihres Selbstverständnisses und des politischen Alltagsgeschäfts. Was wird damit in Regierung?
- Auf Unterstützung welcher sozialen Gruppen setzte man als Regierungspartei?
- Gab es Klientelpolitik?
- Wie entwickelte sich das Verhältnis zu Gewerkschaften und NGOs?

Unter welchen Bedingungen ist es sinnvoll, eine Koalition nach einer Wahlniederlage einzugehen?

Interviewte Personen in den Bundesländern Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern

Bartsch, Dietmar: Von Januar 1997 bis 2002 sowie von 2005 bis 2010 Bundesgeschäftsführer der PDS, Linkspartei.PDS, DIE LINKE. Von 1998 bis 2002 und seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Bernig, Andreas: Seit 2005 Mitglied des Brandenburger Landtages.

Bluhm, Heidrun: Von 2002 bis 2005 Erste Stellvertreterin des Oberbürgermeisters von Schwerin. Seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages. Ab 2007 stellvertretende Landesvorsitzende, seit Dezember 2012 Landesvorsitzende der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern.

Breitenbach, Elke: 2002/03 Persönliche Referentin der Berliner Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz. Seit Januar 2003 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin. Von 2003 bis 2008 Mitglied des Parteivorstandes der PDS, Linkspartei.PDS, DIE LINKE.

Domres, Thomas: Seit September 1999 Mitglied des Brandenburger Landtages. Seit August 2012 Parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion der LINKEN. Mitglied des Landesvorstandes der Brandenburger LINKEN.

Falkner, Thomas: Referent des Fraktionsvorstandes der Landtagsfraktion der PDS/DIE LINKE im Brandenburger Landtag

Gramkow, Angelika: Von 1991 bis 2008 Mitglied des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern. Von 1999 bis 2006 Fraktionsvorsitzende der Fraktion der PDS, Linkspartei.PDS.

Große, Gerrit: Seit 2001 Mitglied des Brandenburger Landtages, von Dezember 2009 bis Oktober 2014 Vizepräsidentin des Brandenburger Landtages.

Holter, Helmut: Von 1998 bis 2006 Minister für Arbeit und Bau des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Von November 1994 bis Dezember 2002 Mitglied des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern. Von 1991 bis 2001 Landesvorsitzender der PDS in Mecklenburg-Vorpommern.

Kaiser, Kerstin: Seit 1999 Mitglied des Brandenburger Landtages. Von 2005 bis 2012 Fraktionsvorsitzende der Landtagsfraktion der PDS, Linkspartei.PDS, DIE LINKE im Brandenburger Landtag.

Koplin, Torsten: Seit 1998 Mitglied des Landtages Mecklenburg-Vorpommerns. Von 2003 bis 2006 Mitglied des Parteivorstandes der PDS, Linkspartei.PDS.

Lederer, Klaus: 2003 Stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner PDS. Seit Dezember 2005 Landesvorsitzender der Berliner Linkspartei.PDS, DIE LINKE. Seit 2003 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses.

Lompscher, Katrin: Von 2001 bis 2006 Bezirksstadträtin für Stadtentwicklung in Berlin-Lichtenberg. Von 2006 bis 2011 Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Berlin.

Nord, Thomas: Von Februar 2005 bis Februar 2012 Landesvorsitzender der Brandenburger Linkspartei.PDS, DIE LINKE. Seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit 2012 Mitglied des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE und seit 2014 Bundesschatzmeister.

Ritter, Peter: Seit 1994 Mitglied des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern. Von 2001 bis 2009 Landesvorsitzender der PDS, Linkspartei.PDS, DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern.

Schatz, Carsten: Von 2001 bis Juni 2012 Landesgeschäftsführer der PDS, Linkspartei.PDS, DIE LINKE in Berlin.

Schoenburg, Arnold: Von 1990 bis 2002 Mitglied des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern und dort Parlamentarischer Geschäftsführer der PDS-Fraktion.

Schwenke, Mignon: Von 2001 bis 2003 Mitglied des PDS-Landesvorstandes Mecklenburg-Vorpommern. 2002/03 Mitglied des Bundesvorstandes der PDS. Von 2003 bis 2007 stellvertretende Landesvorsitzende der Linkspartei.PDS Mecklenburg-Vorpommerns. Von 2004 bis 2006 Referentin beim stellvertretenden Ministerpräsidenten und Umweltminister Wolfgang Methling.

Seidl, Anni: Mitglied des Landesvorstandes der PDS, Linkspartei.PDS, DIE LINKE in Berlin, außerdem Mitglied des Bezirksvorstandes Mitte, der Historischen Kommission beim Parteivorstand sowie des Parteirates.

Tack, Anita: Seit 1990 Mitglied des Brandenburger Landtages. Von 2009 bis 2014 Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg.

Tackmann, Kirsten: Von 2005 bis 2012 stellvertretende Landesvorsitzende der Brandenburger PDS, Linkspartei.PDS, DIE LINKE. Seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Urchs, Thilo: Seit 2001 Vorsitzender der PDS, Linkspartei.PDS, DIE LINKE im Stadtbezirk Berlin-Mitte. Von 2006 bis 2011 Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Mitte.

Wolf, Udo: Von 1997 bis 2003 und von 2005 bis 2007 stellvertretender Landesvorsitzender der PDS, Linkspartei.PDS, DIE LINKE in Berlin. Seit 2001 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, seit Oktober 2009 Fraktionsvorsitzender.

Zillich, Steffen: Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses von 2002 bis 2006 und von 2007 bis 2011. Von 2001 bis 2007 Bezirksvorsitzender und bis 2011 Mitglied im Bezirksvorstand der Partei DIE LINKE im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

Dr. Harald Pätzolt ist Sozialwissenschaftler und arbeitet in der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE im Bereich Strategie und Grundsatzfragen.

Die interviewten Personen hatten weniger Probleme mit dem eigentlichen Geschäft des Regierens auf subnationaler Ebene als Probleme, die neuen Rollen ihrer Landesparteien als Regierungsparteien gemeinsam zu lernen. Beides, erfolgreiches Regieren *und* erfolgreiches Agieren als Regierungspartei, scheinen jedoch Grundbedingungen für Wahlerfolge zu sein.